Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 22	31. August 1920	Jahrg. II

1. Die Judendebatte im badischen Landtag.

Die Vorgänge an der technischen Hochschule in Karlsruhe sind auch Gegenstand der Diskussion im Badischen Landtag gewesen. Wir bringen nachstehend die Ausführungen der einzelnen Politiker an Hand des amtlichen Stenogramms.

Aus der Sitzung vom 22. Juni:

Abg. **Straub** (Zentrum): Im Zusammenhang damit möchte ich dann auf Vorgänge an der Technischen Hochschule in Karlsruhe zurückkommen, die von dem Herrn Kollegen Dr. Kraus in Form einer Förmlichen Anfrage hier zur Sprache gebracht und gewürdigt worden sind. Wir vom Zentrum konnten damals unsere Stellungnahme bekanntermaßen deshalb nicht zum Ausdruck bringen, weil sich damals besondere politische Verhältnisse zugetragen haben, die eine Erörterung dieser Angelegenheiten als unzweckmäßig erscheinen ließen. Wir haben uns wegen dieser Vorgänge, das will ich vorweg behaupten, eingehend erkundigt. Der Tatbestand wird im allgemeinen so, wie er vom Herrn Kollegen Dr. Kraus vorgetragen worden ist, auch uns zugegeben. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen — da referiere ich nur — sollten gewisse Imponderabilien bei der Studentenerregung mitgespielt haben. Es wird uns nämlich gesagt, unter den Dozenten speziell der Chemischen Abteilung soll ein größerer Prozentsatz von Israeliten sein. Es wird uns weiter gesagt, jüdische Assistenten seien bevorzugt und jüdischen Studierenden würden die besseren Plätze zugewiesen. Diesen Vorgang der Bevorzugung hätten die Studenten schon längere Zeit unliebsam empfunden und daraus resultiere auch die größere Neigung der Studenten zum Antisemitismus. Wenn diese Mitteilungen richtig sein sollten, ist die Haltung der Studenten wenigstens in etwas erklärlich.

Unsere Stellung zu den Vorkommnissen ist klar. Wir bedauern die Vorkommnisse, und sie sind höchst unerfreulich sowohl für die Studenten wie für die Dozenten. Ueber eines aber darf man sich nicht hinwegsetzen und das müssen wir uns vorhalten: Der antisemitische Rassenhaß und -kampf ist im Volke vorhanden. Er hat besondere Nahrung erhalten durch Vorkommnisse während des Kriegs und der Revolution, und es ist nicht angängig, daß man in der abfälligen Art, wie es Herr Kollege Dr. Kraus, aber auch der Herr Kollege Marum durch einen Zwischenruf getan hat, die Angelegenheit abtut.

Ich will nur auf das eine hinweisen: der Herr Kollege Marum hat durch einen Zwischenruf die Studentenschaft und die Art und Weise, wie sie in jener Sache vorgegangen ist, mit dem Ausdruck „Idioten" abgetan. So kann man an einer so großen Materie, über einen Gegenstand, an dem schon ganz andere Geister als wie hier im Landtag gearbeitet haben, nicht mit einem gelinden Federstrich hinweggehen. Wir lehnen nach unserem Parteiprogramm den Antisemitismus ab. Darüber wollen wir niemals einen Zweifel lassen. Wir können uns jedoch nicht für die Auffassung erwärmen, wie sie der Herr Kollege Dr. Kraus vorgetragen hat. Wir anerkennen es, daß in Deutschland eine Anzahl Juden manche Verdienste für die Wissenschaft dem deutschen Reiche gebracht hat. Daß aber diese Verdienste, wie aus seinen Ausführungen herausgeklungen hat, derart große und überragende sind, das können wir aus der deutschen Geschichte und aus der deutschen Philosophie nicht entnehmen (Zuruf von Dr. Kraus). Herr Kollege Dr. Kraus, es ist Ihnen der Ausdruck vielleicht nicht mehr in Erinnerung, ich will Sie aber hinweisen, daß Sie damals davon gesprochen haben, es sei die deutsche Wissenschaft von der jüdischen Wissenschaft und Philosophie geradezu „befruchtet" worden. Das können wir nicht zugeben (Abg. Dr. Kraus: Aber geschichtlich ist es so!) .Das zeigt die Geschichte nicht (Abg. Dr. Kraus: Doch!). Wenn Sie zurücksehen nach den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft, wenn Sie etwa vergleichen den Erfolg christlicher Forscher auf dem Gebiet der medizinischen Wissenschaft mit dem des jüdischen Teils auf gleichem Gebiet, dann werden Sie sehen, daß vom jüdischen Teil nicht bahnbrechend oder befruchtend eingewirkt worden ist. Wir anerkennen, daß die Juden Verdienste auf verschiedenen Gebieten haben, aber eine Befruchtung können wir nicht anerkennen. Ich kann Ihnen sagen, wir werden auf dem Gebiete der Dichtkunst, z. B. Heine niemals so anerkennen, wie Sie ihn vielleicht einschätzen wollen. Hier hat der Herr Kollege Dr. Kraus ein Gebiet angeschnitten, auf dem man in ruhiger und sachlicher Weise verschiedenster Meinung sein kann und Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich behaupte, daß der Dichter Heine hier eher zersetzend als befruchtend auf das deutsche Volk eingewirkt hat. Ich will von diesem Gebiete aber abgehen.

Wir machen nur Front gegen die Auswüchse von jüdischer Seite, wie sie sich sowohl während des Krieges als auch während der Revolution und seither gezeigt haben. Man hielt es heute für durchaus angebracht, wenn man auf jener Seite etwas mehr Zurückhaltung üben würde sowohl im Geschäftsleben als auch sonst. Dieser Meinung sind aber nicht nur wir vom Zentrum allein, sondern dieselbe Meinung ist zum Ausdruck gebracht worden im „Volksfreund" durch Chefredakteur Schöpflin und im Frühjahr 1920 durch einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung".

Wenn ich ganz offen meine Meinung sagen will, sind auch mir und anderen Parteifreunden auf meiner Seite Meinungen von jüdischer Seite mitgeteilt worden, die sich in genau derselben mißbilligenden Weise geäußert haben, wie wir es heute vom Zentrum zu dieser Angelegenheit tun. Aber (zu den Deutschnationalen gewendet) nach Ihrer Seite soll von uns auch etwas gesagt werden. So, wie die „Süddeutsche Zeitung" die Angelegenheit ausgeschlachtet hat, so findet sie selbstverständlich auch nicht unseren Beifall. Wir waren und sind der Meinung, daß die Haltung der „Süddeutschen Zeitung", diametral entgegengesetzt der Haltung des badischen „Volksfreundes", mit dazu bestimmt war, hier etwas frisches Wasser auf das deutschnationale Sammelbecken zu bringen (Abg. Marum: Wasser verdunstet!). Das überlasse ich dann den Herren von der deutschnationalen Partei, sich damit abzufinden, ob sich das Wasser verdunstet oder verdichtet. Auf der anderen Seite muß ich aber sagen, daß die Art und Weise, wie der Herr Kollege Dr. Kraus die Angelegenheit behandelt hat, auf uns den Eindruck gemacht hat, daß sie nicht gerade besonders politisch klug war (Abg. Dr. Kraus: Man kann nicht immer Wahlagitation im Landtag treiben!). Herr Kollege! Wir treiben in dieser Angelegenheit keine Wahlagitation, dessen kann ich Sie versichern. Sie haben die Rede gehalten, ich will Ihnen aber doch sagen, wie sie gewirkt hat. Wenn man nämlich Ihre Rede, die Sie damals gehalten haben, vom rein politischen Standpunkte aus betrachtet, dann ist sie nach unserer Meinung die beste und glänzendste Propaganda gewesen für die deutschnationale Partei (Sehr richtig! im Zentrum — Abg. Dr. Kraus: Na, na!). Wenn man auf die letzten Wochen zurückblickt und die Zeitungen nachliest, werden Sie, Herr Kollege Dr. Kraus sehen, daß Sie diesen Erfolg für sich buchen dürfen! Vom philosophischen Standpunkte aus kann ich Ihnen ruhig sagen, war Ihre Rede provozierend und gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht besonders angebracht. Wir bedauern es aber weiter, wie der „Volksfreund" damals die Angelegenheit der Karlsruher Studentenschaft behandelt hat, wie er die Studenten persönlich angegriffen und heruntergerissen hat. Ich habe die verschiedenen Artikel des „Volksfreundes" vor mir liegen, habe sie mir heute noch einmal zu Gemüte geführt und ich muß sagen: so darf man doch mit Leuten, die auch im Kriege waren und ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, nicht umgehen. Wenn man von bürgerlicher Seite gegen Arbeiter, die den Krieg mitgemacht haben, in dieser Weise losgegangen wäre, so bin ich fest überzeugt davon, das Echo von Ihrer Seite wäre ein ganz anderes gewesen. Wir weisen aber, um unsere Grundsätze zu wahren, jeden Eingriff in die Berufung der akademischen Lehrkräfte von unberufener Seite zurück. Wir müssen aber auch anerkennen, daß der Studentenschaft das Koalitions- und Versammlungsrecht wie jedem andern eingeräumt werden muß. Wir lehnen es ab, die Studenten so zu behandeln, wie es hier von jener Seite bezüglich der Karlsruher Studentenschaft geschehen ist und zwar sehr zum Vorteil der deutschnationalen Partei.

Abg. Dr. **Kraus** (Soz.): . . . Nun ist von einem Herrn von Zentrumsseite — und ich bedauere das, ich wäre sonst nicht darauf eingegangen — mein Verhalten anläßlich der Behandlung der Förmlichen Anfrage bezüglich des Karlsruher Hochschulstreiks und der Judenfrage erörtert worden. Ich muß darauf mit wenigen Sätzen antworten.

Ich darf mir erlauben, aus dem Stenogramm wenigstens die Hauptsätze, in denen ich damals über die

Judenfrage gesprochen habe, hier zur Verlesung zu bringen. Sicherlich wird niemand, der meinen damaligen Ausführungen objektiv gefolgt ist, den Eindruck gewonnen haben können, als ob ich mich etwa einseitig für den Semitismus und für die Juden einsetzte; das geht schon aus der Anerkennung hervor, die mir auch bezüglich meines Berichtes über alle diese Fragen gezollt worden ist. Und wenn es richtig ist, was der Herr Abg. Straub gemeint hat — daß da im chemischen Laboratorium der Technischen Hochschule so eine gewisse semitische Inzucht stattfinde —, so bin ich darüber nicht unterrichtet: über diese Angelegenheit wird das Unterrichtsministerium die nötigen Aufklärungen zu geben haben. Aber auch wenn es richtig ist, ändert das nichts an der Tatsache, daß das damalige Vorgehen der Studenten unbedingt verurteilt werden muß; auch ich halte nach wie vor jedes Wort meines damaligen Berichtes und meiner damaligen Ausführungen vollinhaltlich aufrecht (Sehr gut! links). Und nun will ich vorlesen, was ich damals über die Judenfrage, und zwar im Anschluß an die Erwähnung eines Artikels, in welchem die „Süddeutsche Zeitung" diese Vorgänge und dieses Vorgehen, zugunsten des Antisemitismus ausgeschlachtet hatte, gesagt habe — übrigens hier etwas nebenbei, was mir gerade so einfällt. Damals, am 11. März 1920, habe ich die Herren auf der Rechten gefragt: Wissen Sie denn, wie Marx — der damals in der „Süddeutschen Zeitung" angezogen worden war — selbst über die Juden gedacht hat? Man wollte damals nicht sehr viel davon wissen; aber in der Wahlagitation ist diese Marxsche Schrift über die Judenfrage als Propagandamittel für den Antisemitismus gegen die Sozialdemokratie aufgetaucht. Das ist immer sehr interessant: und in diesem Zusammenhang habe ich vorhin gesagt, man könne doch hier „nicht immer Wahlagitation treiben". Ich möchte den Herrn Abg. Straub bitten, davon Kenntnis zu nehmen, daß ich das nicht auf seine jetzigen Ausführungen bezogen wissen wollte, sondern ich wollte damit folgendes sagen: Wenn ich damals in einem kurzen geschichtlichen Absatz auf die Bedeutung des Judentums eingegangen bin, so geschah das deshalb, weil ich glaubte, es aus Gründen der Objektivität tun zu müssen. Hätte ich damals aber Wahlagitation für meine Partei treiben wollen, dann hätte ich nicht in diesem Sinn über die Judenfrage gesprochen (Sehr richtig! auf sozialdemokratischer Seite — Zuruf von Zentrumsseite). Die Wendung war in dem Sinne gemeint: Wir können doch nicht bei jedem Wort, das wir hier sagen, uns fragen, wie das wohl bei der nächsten Landtags- oder Reichstagswahl wirken werde; einmal muß man die Dinge doch auch über-parteipolitisch und objektiv behandeln können — nicht immer nur unter dem Gesichtspunkt der kommenden Wahlergebnisse. —

Nun habe ich damals ausgeführt:

„Und nun glaube ich, wird doch hier im Hause niemand sein wollen, der nicht wüßte, welche große Bedeutung das jüdische Geistesleben in der Entwicklung des deutschen Geisteslebens und der deutschen Kultur gehabt hat. Solche Phrasen"

Phrasen, wie sie damals gemacht worden sind: daß die „deutschvölkische Erziehung" das Judentum ablehne —

„können nur Leute machen, die über eine wirklich geschichtswissenschaftliche Kenntnis nicht verfügen. Denn wer eine geschichtliche Kenntnis z. B. der sogen. klassischen deutschen Geistes- und Kulturperiode des 18. und 19. Jahrhunderts hat, der weiß doch, wie in jener Periode, wo ein Goethe, Schiller, Fichte und Hegel aufgewachsen sind, jüdische Naturen männlichen und weiblichen Geschlechts in der hervorragendsten und edelsten Weise das deutsche Geistesleben beeinflußt haben."

Nach wie vor habe ich auf Grund meiner geschichtlichen Kenntnisse an diesen Sätzen nichts zu ändern.

„Wenn man aber darauf hinweist" — fuhr ich damals fort —, „daß die Ausbeutung und Ausnützung, die im staatlichen und Wirtschaftsleben vor allem während des Krieges getrieben worden ist, hauptsächlich aus jüdischen Kreisen komme, dann wissen diese Herren Studenten ganz genau, daß, sobald es an das Profitnehmen gegangen ist, während des Krieges die christlichen Kaufleute und Industriellen mindestens ebenso vornedran waren, wie die anderen. Die glänzendste Bestätigung für diese Tatsache liegt in dem, was uns die Geistlichen der katholischen und evangelischen Kirche heute leider über das Niveau sagen müssen, auf welches das Erwerbsleben auch christlicher Kreise herabgesunken ist."

Auch daran habe ich nichts zu ändern.

„Ich kann aber solchen Aeußerungen gegenüber darauf hinweisen, daß z. B. Männer jüdischer Abkunft wie der berühmte Philosoph und Begründer der Marburger-Schule, Hermann Cohen, in das deutsche Kultur- und Geistesleben in einer so gründlichen Weise eingedrungen sind, daß sie uns, wie gerade Cohen, deutsche Denker, beispielsweise Kant und andere, unserem Volk überhaupt in einer Weise vermittelt haben, wie es in dieser Form nicht einmal von sogenannten deutschen oder christlichen Gelehrten geschehen ist.

Heute kann man nicht mit der vagen Phrase kommen, wir müssen unsere Universitäten von jüdischen Gelehrten säubern, damit unsere Studenten erst wieder deutsches Wesen für sich gewinnen",

und so weiter!

Mit diesen Sätzen habe ich damals meine Stellung zur Judenfrage eingenommen. Ich halte sie nach wie vor aufrecht und (zum Zentrum gewendet) ich glaube nicht, daß der Herr Kollege Straub mit den Ausführungen in Ihrem Sinne meinen Ausführungen in vollem Maße gerecht geworden ist. Denn ich muß sagen: Innerhalb meiner philosophischen und literarischen Studien bin ich nicht etwa bloß bei der Betrachtung des 18. und 19. Jahrhunderts, die ich hier angeführt habe, sondern auch bei viel früheren Jahrhunderten schon auf ganz bedeutende Einflüsse gestoßen, die jüdische Denker, Schriftsteller und Literaten auf unser abendländisches Kulturleben ausgeübt haben. Und weil der Herr Abg. Straub als Zentrumsredner gesprochen hat, möchte ich ihm sagen, daß ihm wohl bekannt sein wird, welch bedeutenden Einfluß für die Forschung christlicher Denker im Mittelalter z. B. die von jüdischen und arabischen Philosophen zu den Schriften des Aristoteles verfaßten Kommentare geübt, wie sie geradezu die maßgebende Grundlage für das Denken über ihn abgegeben haben und daß wesentliche Gedankengänge ihrer Auslegung des Aristoteles und des Plato in die

Philosophie des Thomas von Aquino und andere philosophische Systeme übergegangen sind. Ich meine, soviel Gerechtigkeit muß man doch haben können, allen andern gegenüber, auch denjenigen gegenüber, die, vom „Rassen"-Standpunkt aus gesehen, nicht zum gleichen Volk wie wir gehören, anzuerkennen, daß sie im Laufe der Jahrhunderte eine große Bedeutung für die Entwicklung unseres Kulturlebens gehabt haben. Unser Kulturleben hat sich nun eben einmal nicht nur „germanisch" entwickelt: Es ist auch von jüdischen und slawischen Elementen und Gruppen her beeinflußt worden.

Darum halte ich nach wie vor meine Behauptung aufrecht: Nur wer wissenschaftlich nicht gebildet ist und die Geschichte nicht kennt, kann heute noch der Fahne des Antisemitismus nachlaufen.

Damit möchte ich die Debatte über diesen Punkt schließen.

Aus der Sitzung vom 23. Juni 1920.

Minister des Kultus und Unterrichts **Hummel**: In diesem Zusammenhang ist nochmals die Frage gestreift worden, die auch schon einmal Gegenstand der Erörterung im Laufe des Sommers im Hohen Hause war im Zusammenhang mit einer Berufung an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der Herr Kollege Straub ist aber in dem Zusammenhang noch auf diese Frage zurückgekommen, daß er nach Motiven für jene Bewegung in der Studentenschaft gesucht hat. Er hat die Meinung vertreten, daß in der Studentenschaft eine Verstimmung vorhanden gewesen sei über eine zu große Zahl jüdischer Professoren einmal und dann über eine zu starke Berücksichtigung jüdischer Studenten durch die Professoren selbst.

Ich habe mir nun die Mühe gegeben, die Konfessionalität der Professoren an der chemischen Abteilung der Technischen Hochschule in Karlsruhe festzustellen. Ich bin in der Lage, festzustellen, daß nach der Angabe der Konfessionalität kein einziger Jude sich weder unter den Assistenten noch unter den Ordinarien im Augenblick der Erhebung befunden hat. Diese Erhebungen stammen vom 16. Februar oder März. Ich glaube aber kaum, daß der Personenstand sich inzwischen stark vermehrt hat (Abg. Spang: Und die Getauften?). Der Herr Kollege Spang macht den Zwischenruf: „Und die Getauften?" Ich möchte darauf antworten und erklären, daß ich nur mit dem alleräußersten Widerstreben und mit peinlichen Empfindungen dazu genötigt war, mich auch nach dieser Frage umzusehen, und soweit ich feststellen kann, von den Personen, die der Herr Abg. Spang im Auge hat, unter 25 Assistenten höchstens 3 in Betracht kämen. Ich glaube also, daß auch diese Ziffer in gar keinem Verhältnis steht zu der Aufregung, die über diese Frage geherrscht hat (Sehr richtig! links), die aber, wie ich konstatieren kann, meistens außerhalb der Studentenkreise entstanden ist. Das Verhältnis, das ich hier angegeben habe, gibt m. E. keinen Anlaß, anzunehmen, daß die Studentenschaft etwa dadurch in die Erregung hätte geraten können. Ich bin in jedem Falle der Meinung und sie hat sich in den letzten Tagen noch bei mir verstärkt, daß jene Bewegung von außen hereingetragen war. Ich würde nun hoffen und wünschen, daß dies in Zukunft unterbleibt.

Der Herr Abg. Straub hat auf eine Bevorzugung jüdischer Studenten abgehoben als neuen Gesichtspunkt, der seinerseits in die Debatte hineingeworfen wird. Mir ist darüber nie eine Klage bekannt geworden im ganzen Verlauf der Angelegenheit. Von keiner Seite ist auf diese Klage abgehoben worden, und nun tritt hier durch den Mund des Herrn Abg. Straub diese Frage zum ersten Male auf. Ich müßte ihn also doch ersuchen, mir ganz genaue Unterlagen zu geben, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, auch zu prüfen, ob zu derartigen Beanstandungen irgendein erheblicher Grund vorliegt. Wie gesagt, irgendeine Stellung kann ich meinerseits nicht dazu nehmen, solange nicht mehr vorliegt als die allgemeine Ausstellung, die der Herr Abg. Straub hier gemacht hat, für die mir zunächst ein Beweismaterial aber fehlt. Ich kann auch nicht annehmen, daß die Professoren bei der Technischen Hochschule Karlsruhe die Studenten deshalb bevorzugen sollten, weil sie der jüdischen Konfession angehören, und nehme das auch bis zum Beweis des Gegenteils nicht an.

Abg. **Karl** (Deutschnationale Volkspartei): Ich möchte über den Fall Mayer an der hiesigen Hochschule sprechen. Ich erinnere daran, daß nicht etwa unsere Fraktion diesen Fall wieder ausgegraben hat, sondern daß das von seiten der Sozialdemokratie aus geschehen ist. Vielleicht wäre es besser gewesen, man hätte ihn nicht wieder ausgegraben. Nachdem er aber bereits behandelt worden ist, müssen auch wir darauf zu sprechen kommen.

Dieser Fall will nach zwei Seiten hin betrachtet sein: Einmal nach seiner prinzipiellen oder eigentlich rechtlichen — und zweitens nach der Seite seiner speziellen Veranlassung hin.

Was nun die prinzipielle rechtliche Seite angeht so wurde vom Unterrichtsministerium, vom Senat und auch von sonstigen öffentlichen Anklägern der Studentenschaft behauptet, diese letzteren hätten einen ungesetzlichen Eingriff begehen wollen in die bestehenden Berufungsrechte der akademischen Behörden. Ich halte diese Anklage nicht für berechtigt. Die Studenten haben mit keinem Wort die bestehenden Rechte der berufenen Behörden etwa angetastet oder angezweifelt, sie haben sie nicht schmälern und nicht beschneiden wollen; sie haben diese Rechte stets ausdrücklich anerkannt. Sie haben nur das eine getan: sie haben den speziellen Wunsch geäußert, und nur in einem einzigen Falle, nicht prinzipiell: es möchte die berufene Behörde diese ihre nicht bestrittenen Rechte in einem gewissen Sinne, nach einer gewissen Richtung hin ausüben. Die Studenten haben diesen Wunsch geäußert nicht etwa in ungesetzlicher tumultuarischer Weise, sondern durchaus würdig und ernst, obwohl sie mehrmals und schon von Anfang an mit ihrer Bitte ohne weiteres zurückgewiesen worden sind. War nun schon die Aeußerung eines solchen Wunsches ein ungesetzliches Vorgehen? Gewiß nicht. Ich glaube, daß bei der Berufung von Professoren solche Sonderwünsche, zumal wenn sie von einem großen Teil der Studentenschaft mitempfunden werden, Berücksichtigung finden, sogar dann, wenn sie nicht einmal in der Weise wie hier öffentlich und nachdrücklich ausgesprochen wurden. Das müßte ja eine schlechte Unterrichtsverwaltung sein, welche nicht Rücksicht nimmt auf solche bestehenden Neigungen und Abneigungen von Studenten. Es muß ihr doch daran liegen,

ein möglichst harmonisches Vertrauensverhältnis zwischen Studenten und Professoren herzustellen. Es würde also die Universitätsverwaltung gründlich gegen den Geist ihrer eigenen Rechte handeln, wollte sie einfach sagen: „jetzt erst recht nicht; wir sind die Stärkeren und Ihr habt Euch zu fügen!“

Aber die Studenten sind noch weiter gegangen. Sie haben nicht nur den bestimmten Wunsch geäußert, einen gewissen Professor nicht zu bekommen, sondern sie haben angekündigt, wenn man ihnen diesen Wunsch versage, daß sie dann die Konsequenzen daraus ziehen würden. Das sieht nun allerdings sehr gefährlich aus. Wenn wir uns aber fragen: was wären diese Konsequenzen gewesen, so wird unsere Angst weichen. Was hätten die Studenten denn tun können, wenn man ihnen den Direktor Mayer doch als Professor hierher gesetzt hätte? Ich will nicht sagen, daß das Kollegschwänzen zu den Grundrechten des Studenten gehöre (Heiterkeit); aber es gehört zu den Grundrechten des Studenten, daß er sich seine Dozenten ausliest; und wenn er die Wahl hat zwischen einem Ordinarius, den er nicht mag, und einem Extraordinarius, den er mag, so wird er an der Tür des Ordinarius vorübergehen und bei dem Extraordinarius belegen. Weiteres haben auch hier die Studenten gar nicht gewollt, und weiteres hat man in ihren Drohungen auch gar nicht zu finden gewußt. Ich denke nun, die Auswahl der Lehrer ist ein altes und heiliges Recht des Studenten. Er ist nun einmal kein Schüler, den man in die Klasse seines Klassenlehrers hineinzwingt; er hat die Freiheit der Wahl. Hier steht eben gleich gegen gleich, hier steht Freiheit gegen Freiheit. Und von dieser Freiheit Gebrauch machen zu wollen, das ist noch durchaus keine ungesetzliche Drohung, von der man sogar hier in diesem Falle behauptet, sie verstoße gegen die guten akademischen Sitten (Abg. Dr. Gothein: Freiheit des Boykotts!). Die Studenten haben einfach angedroht, Gebrauch zu machen von ihrem alten Rechte. Ich finde, daß diese Drohung eigentlich noch zahm ist gegenüber mancher anderer Art von Demonstration gegen mißliebige Professoren, auch gegen solche, die man erst bekommen sollte. Ich erinnere nur an die bei den Studenten ab und zu vorkommenden öffentlichen musikalischen Darbietungen, welche man Katzenmusik nennt (Heiterkeit rechts) und welche trotz ihres drastischen Charakters durchaus nicht so ernst und streng behandelt werden als hier die Ankündigung der Studenten (Abg. Dr. Kraus: So müssen Sie reden!). Und mancher, der heute über solche Dinge, auch über Katzenmusik, hart urteilt, sieht ganz danach aus, als ob er sich früher bei solchen öffentlichen musikalischen Aufführungen mit großem Eifer und vieler Virtuosität beteiligt hätte.

Aber die Studenten sind noch weiter gegangen: Sie haben ihre Meinung auch dem zu berufenden Professor mitgeteilt. Das nennt der Senat nicht nur einen Verstoß gegen die allgemeinen guten studentischen Sitten, sondern auch gegen die allgemeinen guten menschlichen Sitten. Diese Anklage verstehe ich nun gar nicht. Wäre es vielleicht besser gewesen und gegangen, wenn die Studenten den Professor ruhig hätten kommen lassen (Zuruf links: Ja!) und hätten ihn dann boykottiert? Wäre dieses Verfahren nicht grausamer gewesen als das Verfahren, das die Studenten eingehalten haben? Sie haben ehrlich und offen den Professor, den sie bekommen sollten, gewarnt, um ihn vor einer unangenehmen Enttäuschung zu bewahren (Abg. Dr. Kraus: So müssen Sie reden!). Sie hätten das gar nicht nötig gehabt und sie haben es getan auf die Gefahr hin, dafür gemaßregelt zu werden.

Aber, sagt man, diese unreifen jungen Studenten, diese Herrchen und Bürschchen, wie sie genannt wurden, (Minister Hummel und Abg. Dr. Kraus: Wer hat sie so genannt?). Im „Volksfreund“ sind sie so genannt worden (Abg. Dr. Kraus: Was hat die „Süddeutsche Zeitung“ schon geschrieben!).... Diese Herrchen und Bürschchen haben gar nicht die Fähigkeit, über einen Professor zu urteilen! Die Studenten sind heute keine „Herrchen“ und „Bürschchen“; es sind Männer bis zu 30 Jahren und darüber, Männer, die 4½ Jahre im Kriege gestanden sind, die schwere Opfer für das Vaterland gebracht haben. Vergleichen Sie nun damit, wie so manchmal junge Leute, Arbeiter in staatlichen Betrieben, es durch Drohungen noch ganz anderer Art durchsetzen, daß ein mißliebiger Vorgesetzter entfernt wurde; und vergleichen Sie damit die Art, wie die Studenten vorgegangen sind. Man hat junge Leute von 20 Jahren ausgestattet mit den wichtigsten politischen Rechten und wollte noch jüngere mit dem Rechte versehen, Betriebsräte zu wählen. Ich will darüber gar nichts sagen. Aber dann darf man es Studenten dieses reiferen Alters und mit dieser soldatischen Vergangenheit nicht übel nehmen, wenn sie auch einmal bezüglich der Besetzung einer Professorenstelle nichts weiter tun, als einen Wunsch äußern und sogar hinzufügen, für die Konsequenzen könnten sie nicht garantieren (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sehr gut — Abg. Dr. Kraus: Sehr gut!). Die Studenten sind also keine jungen „Bürschchen“ und keine jungen „Herrchen“, es sind auch keine Faulenzer, die im Müßiggang die Zeit totschlagen. Der Herr Abg. Dr. Kraus hat zwar gemeint, die Herren müßten verflucht viel Zeit haben, um solche Versammlungen abzuhalten. Nein, Herr Kollege Dr. Kraus, die Studenten haben sehr wenig freie Zeit übrig; das müssen Sie wissen. Die Studenten kennen schon lange keinen Achtstundentag mehr. Man kann ihnen ja gar nicht genügend Zwischenkurse und Zwischensemester abhalten. Anläßlich der Landesschulkonferenz ist von seiten eines Universitätsprofessors angeführt worden, daß die Studenten sogar des Nachts verbotenerweise in die Uebungssäle einsteigen, um dort heimlich zu studieren. Ich habe noch nicht gehört, daß z. B. jugendliche Arbeiter nachts in die Fabriken eingestiegen sind (Heiterkeit), um dort verbotenerweise zu arbeiten. Also, die Studenten sind durchaus keine Faulenzer. Sie sind auch keine reichen Schlemmer. Das waren sie wohl in ihrer überwiegenden Mehrheit nie, solange es überhaupt deutsche Studenten gegeben hat. Die meisten entstammen bescheiden begüterten Familien und müssen sich in schwerem Daseinskampfe durch die Universitätsjahre hindurchbringen, oft hindurchhungern. Schauen Sie sich doch die heutigen Studenten an, in ihren abgetragenen und abgeschabten feldgrauen Röcken und beobachten Sie sie, wie kümmerlich sie sich nähren. Wir haben ja um ihretwillen den Entschluß gefaßt, einen besonderen akademischen Kosttisch mit Staatszuschuß zu errichten. Nein, das sind wahrhaftig keine Schlemmer. Man fügt ihnen also eine schwere Beleidigung zu, wenn man sie unter diese Menschenklasse rechnet. Ich möchte

vielmehr behaupten: Ein größerer und reinerer Idealismus der Arbeit und einheiligeres Streben, eine ernstere Entschlossenheit, den harten Kampf mit dem Leben aufzunehmen und durchzuführen, hat unsere deutsche Studentenschaft noch nie durchglüht als jetzt (Abg. Dr. Koenigsberger: Die vermissen, daß sie nicht mehr Offiziere sind!). Das ist eine Redensart, auf die ich lieber nicht eingehen will. Und darum kann ich es auch nicht billigen, daß das Ministerium das allergröbste Geschütz gegen die Studenten aufgefahren hat. Sie wissen, die chemische Abteilung hat die Studenten ausgeschlossen mit gewaltsamen Maßnahmen, um sie auf die Knie zu zwingen. Man hat ihnen angedroht, sämtliche Vorlesungen und Uebungen zu schließen (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Hört, hört!). Und diese Aussperrmaßregeln wollte man noch auf den Sommer ausdehnen. Man hat den Studentenausschuß seiner Rechte entkleidet; und das, obwohl 1068 gegen 28 bei der allgemeinen Studentenversammlung das Vorgehen des Studentenausschusses gebilligt hatten. Das Kultusministerium nannte das eine Zufallsmehrheit. Es gibt im Leben ja allerdings merkwürdige Zufälle. Ja, man zwang die Studenten sogar zu einem sacrificium intellectus. Sie mußten nämlich das Gegenteil von dem erklären, was sie vorher mit aller Feierlichkeit als ihre Meinung ausgesprochen hatten. Und das, nachdem der Stein des Anstoßes schon weggeräumt war, nachdem der zu berufende Professor, Direktor Mayer, auf seine Berufung bereits verzichtet hatte. Ich weiß nicht, ob das noch nötig war. Aber, muß man gewiß sagen: Wären die Studenten wirklich die reichen Leute, als welche man sie oft hinstellt, ja fast brandmarkt, so hätte die Drohung des akademischen Senats gar keinen Eindruck auf sie gemacht; sie hätten eben ein Semester zugesetzt, oder wären auf eine andere Hochschule gegangen. Auch das konnten sie nicht, und darum mußten sie, hellen Ingrimm im Herzen, pater peccavi sagen. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Universitätsverwaltung hätte sich begnügt, wenn es überhaupt nötig gewesen wäre, den Studenten einen Verweis zu geben. So aber schließt die ganze Sache wenigstens bei sehr vielen unter den Studenten mit einem tiefen und heftigen Ingrimm ab, mit dem Gefühl, vergewaltigt worden zu sein.

Nachdem ich die prinzipielle und rechtliche Seite der Angelegenheit betrachtet habe, wende ich mich zu der speziellen Veranlassung. Hier möchte ich jedoch vor allen Dingen bemerken: Es war durchaus nicht religiöse oder, wie behauptet wird, konfessionelle Voreingenommenheit der Studenten gegen den Herrn Direktor Mayer, was sie dazu bewog, ihn abzulehnen. Wir kennen keine religiöse Intoleranz, keiner von uns, gegen unsere israelitischen Mitbürger (Lachen links — Zwischenrufe). Lachen Sie nur, Sie könnten meinetwegen auch weinen, das macht auf mich keinen Eindruck. Wir sind erzogen in der tiefsten Ehrfurcht gegen die jüdische, alttestamentliche Religion, und in dieser Ehrfurcht erziehen wir unsere Jugend weiter. Wir sind erzogen in der Ehrfurcht vor dem alttestamentlichen Sittengesetz (Zuruf des Abg. Dr. Kraus), das auch die Grundlage unseres christlichen Sittenkodexes ist; in Ehrfurcht gegen den alttestamentlichen Kultus und besonders den Opferritus, den ja die Schrift selbst nennt „den vorausweisenden Schatten“ des großen heiligen Opfers auf Golgatha. Da also haben wir ein vollständig reines Gewissen. Hier lassen wir uns von niemandem beikommen. Allerdings, manches aus dem Talmud abzulehnen, werden wir für uns das gute Recht haben. Auch weiß ich, daß die Studenten sich nach der religiösen Stellung des Herrn Direktor Mayer gar nicht erkundigt haben. Sie wußten nicht, ob er zur orthodoxen oder zur liberalen israelitischen Religion gehöre, oder zu gar keiner Konfession oder gar religionsfeindlich sei (Abg. Dr. Kraus: Das ist sehr bezeichnend!). Herr Dr. Kraus! Vortrefflich von Ihnen gesagt: Es ist wirklich sehr bezeichnend, daß sie sich um seine religiöse Stellung nicht bekümmert haben. Also beruht die Sache nicht auf konfessioneller Ablehnung (Abg. Dr. Kraus: Worauf denn sonst?). Sie müssen eben Geduld haben; Sie fragen: worauf denn? Sie werden es gleich hören (Heiterkeit). Auch auf den eigentlichen Rassengegensatz kommt es hier nicht an. Wir haben z. B. einen Professor der Medizin namens Ibrahim, einen berühmten Gelehrten; der ist türkischer Semit. Kein Mensch, kein Student hat gegen diesen etwas einzuwenden gehabt. Nein, es gilt nicht der israelitischen Religion, nicht der semitischen Rasse, sondern es gilt der jüdischen Nation. Jetzt können Sie schreien. (Heiterkeit — Zuruf: Das ist genau dasselbe!). Der Gegensatz ist durchaus nicht religiös und konfessionell, nicht rassenmäßig. Er beruht darauf, und das wird auch niemand leugnen, daß die Juden unbeschadet (Abg. Dr. Kraus: Spiegelfechterei!) ihrer religiösen Stellung eben ein Volk bilden, eine Nation, ein Volk von Brüdern einerlei Abstammung (Ganz richtig! rechts — Abg. Dr. Kraus: Von Adam und Eva!). Darum halten sie zusammen in einer Art, wie ich es z. T. wenigstens auch uns Deutschen wünschen möchte. Dieses nationale Zusammenhalten der Juden ist bewunderungswürdig. Es ist sogar ihre Haupttugend; darauf beruht ihre Größe und ich habe allen Respekt davor. Ich weiß freilich, daß nicht alle Juden in dieser starken Weise ihre nationale Zusammengehörigkeit fühlen und bekunden. Ich weiß, daß es viele Juden gibt, Männer und Frauen, welche gute Deutsche mit allem Ernst zu sein sich bestreben. Ich gehe noch weiter: Es gibt viele Juden, Männer und Frauen, welche bessere Deutsche sind, als viele unter uns, die sich Deutsche nennen und über die Juden schimpfen. Aber wenn ich mich auch durch entgegengesetzte Wahrnehmungen, selbst durch Beweise vom Gegenteil nicht abdrängen lasse von diesem Bekenntnis (Heiterkeit), und wenn es sich in Einzelfällen manchmal auch zeigt, daß Blut eben doch dicker ist als Wasser, in manchen Fällen sogar dicker als Taufwasser, so werde ich doch auf der anderen Seite wieder betonen müssen — und das müssen sie mir zugestehen, daß im gegebenen Moment die Juden eben doch wieder zusammenstehen; und dieser Zusammenhalt, den ich ihnen gar nicht übelnehme, bildet — und das betonen die Studenten — in manchen sozialen, vielleicht noch anderen Beziehungen, nicht etwa nur etwas Unangenehmes für sie, sondern es bedeutet auch eine Gefahr. Darauf haben die Studenten mehrfach in ihren Schreiben hingewiesen. Ich habe aber z. B. auch im Mannheimer Zentrumsblatt gelesen, daß 80 Prozent aller Dozenten und Assistentenstellen der hiesigen Hochschule von Juden besetzt sind. Der Herr Minister hat das bestritten. Wenn man die Juden umfaßt im Sinne der Nation, Abstammung, so ergibt sich eine andere Rechnung,

als wenn man die Konfession hervorhebt (Abg. Marum: Dann sind Sie auch nicht stubenrein!). Dann müßten Sie aber auch eine lebhaftere Sympathie für mich haben (Große Heiterkeit). Dieses Zahlenverhältnis von 80 Prozent aber scheint mir, mäßig gesprochen, etwas zuviel, und es kann nicht allein auf der hohen Intelligenz der Juden beruhen. Ich gebe zwar zu, daß sie ein hochintelligentes und fleißiges Volk sind. Ich kann das nicht nachrechnen (Minister Hummel: Aber ich. Sie haben den ganzen Schwindel einfach übernommen!). Sie haben mir keine genauen Zahlen angegeben. Ich habe nur das angeführt, was ich gedruckt las und was damals nicht widersprochen wurde. Es kann jedenfalls dies Zahlenverhältnis nicht allein auf der Intelligenz der Juden beruhen, sondern auch noch auf andern Dingen. Da nenne ich in erster Linie, was ich vorhin schon bei der Angelegenheit der Assistenten hervorhob: Die Juden sind eben, das werden Sie nicht leugnen, überwiegend viel reicher wie wir. Sie können ihre Söhne also länger auf der Universität lassen, und gemäß dem engen Zusammenhang der Juden ist es ganz selbstverständlich, daß jüdische Professoren ein gewisses faible für ihre Stammesgenossen haben. Ich nehme es ihnen das auch gar nicht übel, aber ich nehme es unseren Deutschen übel, wenn sie die Augen davor schließen und das leugnen wollen.

Was soll nun aber erst werden, wenn die ungeheure Flut der Ostjuden sich über unser Vaterland und unsre Universitäten ergießt? Werden da nicht unsere Volksgenossen, die deutschen Studenten, noch weiter in den Hintergrund gedrängt werden? Und erst wenn der Student später hinaustritt ins öffentliche Leben, in den Beruf, so wird er dort wieder dieselbe kleine, aber höchst mächtige, höchst bemerkliche Gruppe finden, welche fast alle Lebensgebiete unseres Volkes beherrscht. Wir wollen nun gewiß nicht, daß man die Juden mit gewaltsamen Mitteln ausschließt. Die Ostjuden natürlich gehören nicht nur hinaus, sondern überhaupt nicht hinein! (Heiterkeit). Es ist nicht unsere Meinung, daß man hervorragende jüdische Gelehrte um ihrer jüdischen Nationalität willen nicht anstellen solle, im Gegenteil! Auch hier dem Würdigen und Tüchtigen freie Bahn! Aber man findet Tüchtige in großer Zahl auch unter uns, so daß man einigermaßen das Uebergewicht der jüdischen Gelehrten etwas zurückdrängen sollte. Von den 3 berufenen Professoren z. B., die hier für die Universitätsstelle vorgeschlagen waren, sind 2 Juden. Ich meine, das ist schon fast etwas zuviel. Wie man hört, soll nun doch ein Jude den Lehrstuhl bekommen. Dagegen haben die Studenten gar nichts einzuwenden. Er war außerordentlicher Professor und soll nun, wie man hört, auf einen ordentlichen Lehrstuhl vorrücken. Es bleibt also das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden dasselbe wie bisher. Es wird nicht verändert. Etwas anderes wollten die Studenten auch nicht, als, ich will es noch einmal sagen, einem weiteren Uebermaß von jüdischen Gelehrten und Assistenten begegnen. Die Studenten waren auch so klug und taktvoll, nicht eine allgemeine Judendebatte heraufzubeschwören. Dies hat der Herr Abg. Dr. Kraus leider getan, indem er eine Aufstellung zu machen versuchte — die war aber sehr unvollständig — von dem, was wir Deutschen dem jüdischen Geistesleben verdankten. Ich hätte z. B. an seiner Stelle vor allen Dingen Spinoza genannt, seinen Fachkollegen, den er leider vergessen hat. Es wären sogar noch viele andere zu nennen; die Liste ist groß, was ich gar nicht leugne. Aber, wenn man diese Liste aufmacht, muß man erwarten, daß auch eine Gegenliste aufgestellt wird von dem, was wir Deutschen dem jüdischen Geist an Gefahren und an Schädigungen zu danken haben. Wir kämen dann in eine uferlose seichte Judendebatte hinein, und das wollen wir lieber vermeiden. (Abg. Dr. Kraus: Sie sind ja schon mitten drin!). Wir wollen doch bei dem bleiben, was hier vorliegt. Das genügt vollständig für unsere Zwecke. Nun aber liegt, wie ich nochmals feststellen will, seitens der Studenten nur die eine Klage vor, daß das Uebermaß des Judentums in ihrer Fakultät zu groß sei; und allerdings erblicken sie darin auch eine Gefahr für ihr nationales geistiges Leben. Herr Dr. Kraus hat seinerzeit gemeint, es sei ganz gleichgültig, ob ein nationalgesinnter oder nicht nationalgesinnter Lehrer Chemie oder Biologie unterrichte. Diese theoretisch, trockenen Wissenschaften seien auf alle Fälle dieselben. Da hat er aber doch eine zu geringe Meinung von der Aufgabe eines deutschen Universitätsprofessors. Wenn die Studenten, diese finanziell oft so beschränkten Männer, von denen viele nicht einmal soviel für ihren ganzen Lebensunterhalt verwenden können, als mancher gutbezahlte junge Arbeiter für Zigaretten ausgibt (Zuruf links: Das ist ungeheuerlich, unerhört, oho!), wenn die verlangen, daß von ihren Lehrern, die sie verehren wollen, auch ihr nationales Leben gefördert werde, daß die furchtbare Depression, welche sie nach den Kriegsanstrengungen und der Niederlage erleben, von ihren Lehrern irgendwie ausgefüllt werde, so sollte man diesem Wunsch nicht ein solches Unverständnis entgegenbringen. Das dürfen wir wohl sagen: Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1806 haben die deutschen Hochschulprofessoren ihre Studenten besser verstanden!

Es gibt allerdings auch jetzt Leute, welche das Sehnen der Studenten verstehen, und diese Zahl wächst. Es wäre also vielleicht von den Juden klug gewesen, wenn sie das befolgten, was ihnen aus ihren eigenen Reihen und selbst aus den Reihen ihrer politischen Freunde und Beschützer angeregt wurde, daß sie sich nämlich etwas taktvoller zurückhielten. Doch ist das ihre Sache und geht uns nichts an.

Nun aber noch ein kurzes Schlußwort! Es ist von seiten unserer politischen Gegner die Vermutung ausgesprochen worden — selbstverständlich mußte das kommen —, daß an der ganzen bösen Affäre doch im letzten Grunde die Deutschnationale Partei schuld sei. Wir müssen ja bekanntlich an allem schuld sein. Oder nicht? In diesem Falle glaube ich, irren sich aber unsere Gegner vollständig. Durch welche Art von deutschnationaler Einwirkung sollten denn wohl die Studenten von uns beeinflußt worden sein? (Dr. Kraus: Wie naiv!) Ja, Herr Abg. Dr. Kraus, Sie haben ein Blatt und redigieren es: ich habe keines (Zurufe: Gott sei Dank! „Süddeutsche Zeitung“!) Die „Süddeutsche Zeitung“ — gut, daß sie mich daran erinnern — ist so teuer, daß sie in studentischen Kreisen wahrscheinlich sehr wenig gelesen wird; viel weniger jedenfalls wird sie hier durchforscht als in anderen Kreisen, z. B. in diesem Hohen Hause, wo sie eine Beachtung erfährt, für die ich mich namens der „Süddeutschen Zeitung“ höflichst bedanke. Es ist allerdings kein Zweifel, daß die Studenten, soweit sie nicht dem Zentrum angehören, Neigung zeigen, sich unseren Reihen anzuschließen, und das ist für Sie,

meine Herren von der Linken, allerdings eine äußerst peinvolle Wahrnehmung (Zuruf links: O nein!). Sie haben sich die Sache doch wohl anders gedacht. Sie waren überzeugt, daß nach der Revolution die akademische Jugend, die zukünftigen Führer des Volkes haufenweise in Ihre Reihen strömen würden. Diese Felle sind freilich den Bach hinabgeschwommen. Aber durch Einhauen auf die Studenten und durch Klagen und Schimpfen über den „reaktionären Geist" der Universitäten werden Sie die Felle nicht anhalten oder den Bach wieder hinaufbefördern. Und wenn Sie gar solche Mittel anpreisen, wie das in der Interpellation vorgeschlagene, daß nämlich der Rektor, womöglich mit aufgehobenem Zeigefinger, die Studenten daran erinnern müsse, daß sie ja in einer Republik leben, so kommt der Erfolg nicht nur auf die Studenten an, sondern auch auf den Professor, darauf nämlich, wie er es macht. Ich kann mir einen Professor denken, welcher das ungefähr in der folgenden Weise bemerkstelligen würde: er richtet an die Studenten etwa die Frage: „Ist Ihnen bekannt, daß Deutschland eine Republik ist und was gedenken Sie dagegen zu tun? (Allgemeine Heiterkeit — Abg. Dr. Kraus: Dann wird er herausgeworfen! Er wird vom Staate bezahlt! Gemeinheit!) Ich möchte ferner die Frage aufwerfen: Wenn zu den Zeiten der unbeschränkten Herrschaft des Liberalismus etwa 1068 gegen 28 Studenten protestiert hätten gegen die Berufung eines katholischen Philosophieprofessors oder Historikers, hätte man dann diese Ablehnung auch so kräftig und rigoros beurteilt? Oder wenn es heute vorkäme, daß etwa die Studentenschaft in dieser Anzahl sich verwahren würde gegen einen deutschnationalen Professor, würde man dann auch in einer ähnlich aufgeregten Weise von Eingriffen in das Recht des Senats reden? Herr Abg. Dr. Kraus hat zwar daran erinnert, daß die sozialistischen Studenten gegen die Berufung eines hochkonservativen Professors gar nichts eingewendet hätten. Das ist richtig und ich glaube ihm. Ich glaube aber auch, daß es den Studenten, wenn sie solche Verwahrung eingelegt hätten, nicht ganz gut bekommen wäre (Abg. Dr. Kraus: Aha! Ja, wir haben gut verstanden!) Aber trotz allem können Sie über deutschnationale Studentenverhetzung beruhigt sein. Die Gewinnung der Studenten für unsere Sache macht sich ganz von selbst auch ohne unser Zutun; und höchstens haben wir es Ihnen mit zu verdanken, wenn sich die Sache noch besser macht, als sie es schon tut. So wäre es vielleicht auch gut gewesen, Sie hätten diese Angelegenheit nicht wieder aus dem Grabe hervorgeholt. Sie haben vielleicht jetzt schon die Empfindung: Si tacuissemus! Damit will ich schließen (Beifall rechts).

Minister des Kultus und Unterrichts **Hummel:** Ich bedauere, daß, nachdem seit dem Beginn der Förmlichen Anfrage schon Monate verflossen waren und nachdem ich das ganze Material über die Sache hier vor dem Hohen Hause ausgearbeitet habe, jetzt nochmals auf die längst abgetane Angelegenheit zurückgekommen wird. Ich kann aber — und werde am Schlusse meiner Ausführungen darauf zurückkommen — mich des Eindrucks doch nicht ganz erwehren, als ob Herr Abg. Karl und die ihm nahestehenden Abgeordneten der Deutschnationalen Partei doch ein gewisses Interesse daran gehabt hätten, die Angelegenheit noch einmal aufzufrischen. Ich möchte behaupten, daß Herr Abg. Karl die lange Zwischenzeit, die verflossen ist seit der damaligen Tagesordnung und jetzt, dazu benutzt hat, sich eine ausführliche Rede zurecht zu machen (Abg. Karl: Jawohl!), die nach meiner Empfindung zu den allerschärfsten antisemitischen Eskapaden gehört, die seit den Zeiten Ahlwardts gemacht worden sind. Ich finde, daß der Ton seiner Rede, die antisemitischen Gemeinplätze, die darin enthalten sind, einen ganz seltsamen Widerspruch bilden zu seiner Versicherung der Ehrfurcht vor der Religion. Ich glaube, der Ausdruck der Ehrfurcht vor der jüdischen Religion hätte durch kein ungeeigneteres Mittel bewerkstelligt werden können, als durch dasjenige, was er hier ausgesprochen hat. Seine Versicherung von der Ehrfurcht vor dem Jüdischen und vor dem Alten Testament wird weit aus dem Felde geschlagen durch dasjenige, was er dem Judentum und den deutschen Juden an Schmähungen an den Kopf geworfen hat.

Ich hätte für meine Person gar keinen Anlaß, auf diese Frage einzugehen, wenn er sie nicht in Zusammenhang gebracht hätte mit den Maßnahmen der Regierung in Sachen der Berufung des Direktors Max Mayer in Berlin. Ich muß mich auch dagegen wenden, daß er Aeußerungen der Presse und der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht hat mit der Haltung der Regierung selbst. Ich kann nicht verkennen, daß seine Zusammenstellung, in der er das aufgemacht hat, geschickt ist. Es muß von mir aus aber scharf zurückgewiesen werden, als ob die Regierung sich habe beeinflussen lassen durch Dinge, wie er sie hingestellt hat, und als ob die Regierung jemals Studenten „Bürschchen und junge Herrchen" genannt hatte. Wenn Herr Abg. Karl sich unterfängt, eine derartige Zusammenstellung in Verbindung mit Handlungen der Regierung zu bringen, so nenne ich das eine Unterschiebung, die in scharfem Widerspruch steht mit dem, was er als Ehrfurcht vor der Staatsautorität bezeichnet. Die Deutschnationalen sind die Herren, die immer von der Staatsautorität sprechen und diese untergraben, wie er es getan hat (Sehr gut! bei den Demokraten und Sozialdemokraten). Ich bin der Meinung, daß, wenn er die Gesamthaltung der Karlsruher Studentenschaft in der Frage der Berufung des Herrn Direktors Mayer hier in einer ausführlichen Rede von A bis Z rechtfertigt und wenn er die Drohungen so auf die leichte Schulter nimmt, so gibt es überhaupt nichts mehr, was nicht zu rechtfertigen ist. Ich glaube, er hat allerdings bewiesen, daß er ein außerordentliches Geschick besitzt, Dinge zu rechtfertigen, die zu rechtfertigen einem anderen Menschen nicht mehr gelingen würde (Wiederholter Beifall bei den Demokraten und Sozialdemokraten).

Ich kann nur sagen, daß ich aufs Tiefste bedauere, daß hier der Versucht gemacht wird, die Haltung der Studentenschaft von damals in einer derartig aufreizenden Weise zu rechtfertigen, zumal er auch nicht versäumt hat, bei seiner Stellungnahme die Dinge in absolut unrichtiger Weise darzustellen. Ich bedauere, daß er mit dem Argument arbeitet, in der chemischen Abteilung der Technischen Hochschule wären 80 Prozent Juden oder Judenstämmlinge. Ich kann sagen, daß das eine Behauptung ist, die vollständig aus den Fingern gesogen ist, und ich betrachte es als ungehörig, daß nach meinen Ausführungen auf eine derartig verlogene Behauptung zurückgekommen wird.

Präsident **Kopf**: Herr Minister, Sie sprechen von einer verlogenen Behauptung. Soweit sie gegen einen Abgeordneten gerichtet wird, ist das unzulässig.

Minister des Kultus und Unterrichts **Hummel** (fortfahrend): Ich habe nicht gesagt, er hat eine Behauptung erlogen, sondern ich habe gesagt, er hat eine erlogene Behauptung in die Debatte übernommen.

Präsident **Kopf**: In dieser Form ist die Aeußerung zulässig.

Minister des Kultus und Unterrichts **Hummel** (fortfahrend): Ich kann nur sagen, daß, nachdem ich einen Einblick in die einzelnen Verhältnisse der chemischen Abteilung der Technischen Hochschule genommen habe, daß es ausgeschlossen ist m. E., daß mehr als 3—5 Herren und Damen unter den Dozenten der chemischen Abteilung unserer Hochschule sich befinden, die überhaupt nur in schwachem Zusammenhang mit dem Judentum stehen können. Wenn man aus diesem Gesichtspunkte heraus die Haltung der Studenten rechtfertigen will, so heißt das, Mittel herbeiziehen, die man nicht herbeiziehen sollte, wenn man immer Vertreter der Ehrfurcht vor dem Staate und der Staatsautorität sein will.

Es ist auch durchaus unrichtig, daß die Regierung der Studentenschaft gedroht hat, sie werde den Unterricht für das Sommersemester sperren. Es ist nur das eine richtig, daß sie mitgeteilt hat, daß, wenn sie nicht in der Lage sein wird, den Lehrstuhl zu besetzen, weil sie keinen Kandidaten findet, der sich der Gefahr unterzieht, in einer Weise behandelt zu werden, wie es dem Vorgänger des jetzt Berufenen geschehen ist, unter Umständen die Schließung auch für den Sommer erfolgen müsse. Es ist auch absolut nicht richtig, daß die Auflösung des Ausschusses der Studentenschaft an der Technischen Hochschule eine Disziplinarmaßnahme ist, die lediglich im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit stand. Der Ausschuß an der Technischen Hochschule im letzten Semester war nach Bestimmungen gewählt, die nicht mehr im Einklang sind mit den übrigen Bestimmungen an den Hochschulen, und wir haben verlangt, daß auch an der Technischen Hochschule das Allgemeine Proportionalwahlrecht zur Durchführung kommt und zu Beginn des neuen Semesters der Ausschuß nach diesem Wahlrecht gewählt wird.

Aber auch dieses Argument war dem Abg. Karl genügend, um nochmals die Haltung der Studentenschaft zu rechtfertigen, die ich vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der Staatsautorität aufs Tiefste bedauere, wobei ich weiß, daß Herr Abg. Karl kein Interesse daran hat, daß die jetzige Staatsautorität aufrecht erhalten bleibe (Wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Ich bin aber nun genötigt, die Angelegenheit im Zusammenhang mit seiner Entstehung zu betrachten, als ob die Sozialdemokratie oder sonst jemand im Hause schuld sei, daß die Frage wieder aufgerollt wurde. Meines Erinnerns ist in diesem Hohen Hause die Frage erst wieder aufgerollt worden durch die Förmliche Anfrage der Herren Abgg. Mager, D. Mayer-Karlsruhe Karl, Fischer-Lahr und Hertle, in der stand:

„Ist der Regierung bekannt, daß in den Kreisen der Studentenschaft der Technischen Hochschule sich neuerdings wieder eine starke Erregung geltend macht, die ihre Ursache in den Vorgängen hat, welche bei der Besetzung eines Lehrstuhles in der chemischen Abteilung der Hochschule sich abspielen?"

Das ist der Anlaß, daß die Frage hier wieder zur Verhandlung gekommen ist (Zuruf: Warum ist denn das zurückgezogen worden?). Darauf komme ich schon noch zu sprechen. Der Zweck der Förmlichen Anfrage gibt vielleicht ein Schlaglicht auf die Verbindung zwischen der Absicht der Interpellanten und dem, was an den Universitäten und an der Technischen Hochschule vorgeht, besonders wenn man das Schreiben liest, das die Studentenschaft der Technischen Hochschule an das Unterrichtsministerium gerichtet hat, und das folgenden Wortlaut hat:

„Dem badischen Kultusministerium erlaubt sich der engere Ausschuß des Studentenverbandes an der Technischen Hochschule Fridericiana zu Karlsruhe als offizielle Vertretung der gesamten Studentenschaft folgendes zur Kenntnis zu geben:

Bezüglich der Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei im badischen Landtag, ob der Regierung bekannt sei, daß eine steigende Erregung über die Besetzung eines Lehrstuhls der Abteilung für Chemie sich der Studentenschaft bemächtige, betont die offizielle Vertretung der Studentenschaft ausdrücklich, daß sie mit dieser Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei in keinerlei Zusammenhang steht. Der Studentenverband hält derartige Interpellationen der Fraktionen des Landtages ohne vorherige Stellungnahme der berufenen Vertreter der Studentenschaft für durchaus unerwünscht. Wir haben die Deutschnationale Volkspartei über unsere vorstehende Auffassung in Kenntnis gesetzt."

Unsere Erkundigungen haben ergeben, daß an der Technischen Hochschule überhaupt keine Erregung über diesen Fall herrscht. Und nun läßt immerhin die Situation den merkwürdigen Schluß zu auf eine etwaige Absicht mancher Politiker, durch derartige Interpellationen eine solche Erregung an der Technischen Hochschule und an den Universitäten künstlich zu erzeugen, und daß es in diesem Falle nicht gelungen ist, sie zu erzeugen. Ich kann nur sagen, ich habe diesen Zusammenhang nicht nur schon längst geahnt, ich habe ihn hier auch schon längst ausgesprochen und kann sagen, daß ich es als ein Zeichen einer maßvollen und vernünftigen Haltung der Karlsruher Studentenschaft betrachte, daß sie diesmal auf ein reaktionäres Manöver nicht hereingefallen ist. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. **Gothein** (D. Dem. P.): Die Ausführungen des Herrn Abg. Karl am heutigen Tag, aber auch die des Herrn Abg. Dr. Kraus vom gestrigen nötigen mich zu einer kurzen Erwiderung.

Der Herr Abg. Karl hat noch einmal in der Weise wie es der Herr Minister bereits gekennzeichnet und zurückgewiesen hat, eine Frage aufgerollt, von der wir glaubten, daß sie längst abgetan sei. Und nun erklären wir hier, wir Professoren, da kann ich wohl sagen ohne Unterschied aller Parteien, und ebenso meine demokratische Partei insbesondere: An dem Koalitionsrecht der Studenten halten wir in jeder Weise fest. Wir haben es schon zu einer Zeit vertreten, als es noch nicht öffentlich anerkannt war, und wir wollen es in keiner Weise einschränken. Das sage ich auch den Herren links von uns. Aber jegliche Freiheit hat nur insoweit Geltung, als sie die Freiheit der anderen nicht aufhebt. Das ist einer der bekanntesten Sätze. Die Freiheit der Studenten bezieht sich aber nicht darauf, Einfluß zu nehmen auf

die Berufung der Professoren, sondern es ist anerkannt, es ist einer der feststehenden Grundsätze, daß dies allein Sache der Regierung ist nach Anhörung der Fakultät. Wenn die Studenten einen Druck auszuüben suchen und einen Druck mit ausgesprochenen Drohungen gegen das Recht der anderen, so muß man das schon aus den allgemeinen Grundsätzen zurückweisen.

Der Herr Kollege Karl hat die Sache so dargestellt, als ob die Studenten nur von ihrem natürlichsten Rechte, nicht einmal dem Koalitionsrecht, sondern ihrem persönlichsten Rechte Gebrauch gemacht hätten, zu erklären: der eine Dozent paßt mir besser als der andere. Bei dem höre ich lieber als wie bei einem anderen. Aber hier handelt es sich um etwas anderes, nämlich um die Drohung eines Boykotts, eines Boykotts der allerschärfsten Art. Und das ist eine Maßregel, die wir schon auf dem Gebiet des allgemeinen Arbeitsmarktes als eine nicht geeignete ansehen, eine Maßregel, die wir auch dort zu bekämpfen suchen, die wir nicht einmal mit einer Arbeitseinstellung in Vergleich bringen können. An einer Universität verletzt eine Boykottandrohung vollends die Gemeinschaft von Professor und Studenten und sie ist der denkbar ungehörigste Druck, der von den Hörern auf die übergeordnete Behörde ausgeübt werden kann. Und eines derartigen Boykotts nimmt sich hier ein Mann an, der sonst überall als ein Vertreter der Autorität gelten will. Der Herr Minister hat das auch schon in gebührender Weise ihm auf die Rechnung geschrieben.

Hier handelt es sich nicht einmal um eine einzelne Vorlesung eines Professors, sondern um ein Institut, und der Boykott eines Instituts ist doch wieder etwas ganz anderes; denn beim Institut müssen tatsächlich die Studenten der Medizin oder der Chemie, Physik usw. oder eines anderen Faches hören. Es ist also nicht die Ausübung der Hörfreiheit, sondern die Verhinderung der Arbeit eines Instituts, die hier in Frage kommt.

Was die ganze antisemitische Rede des Herrn Kollegen Karl anlangt, so hat er sie nach dem berühmten Muster gehalten, wo man zuerst sagt: ich bin kein Antisemit, daß man aber dann fortfährt: aber die Juden sind unser Unglück (Abg. Karl: das habe ich nicht gesagt!). Auf diese Weise kann man alles machen. Auf diese Weise kann man immer erst eine reservatio mentalis nehmen für seine eigene noble Persönlichkeit und den eigenen unabhängigen Standpunkt, um nachher das denkbar Entgegengesetzteste hervorzukehren. Nun, Herr Kollege Karl, darauf fallen wir nicht herein. Ihre Rede war antisemitisch in allerhöchstem Maße und dabei speziell auf die Universitäten gemünzt. Da will ich Ihnen nun das eine sagen: bei uns an den Universitäten gibt es schlechterdings keinen Unterschied von Religion und Konfession und Rasse. Dieses letzte Wort existiert nur als ein Scheinbegriff innerhalb des deutschen Volkes (Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!). Für uns gibt es nur wissenschaftliche Befähigung und Leistung. Ich habe das früher schon einmal gegenüber dem Zentrum gesagt, und ich kann das jetzt wiederholen, obgleich ich mich jetzt der Unterstützung des Zentrums freuen mag. Ich habe damals hingewiesen, daß von unseren Professoren der Altertumskunde drei Katholiken sind. Und nun ist auch die vierte Professur mit einem Katholiken besetzt worden, so daß die gesamte Altertumswissenschaft an der Universität Heidelberg von Katholiken vertreten wird. Selbstverständlich hat kein Mensch gefragt: Ist der Herr Katholik, Protestant oder Jude? sondern wir haben immer gefragt: Wer ist der Tüchtigste? Und wir sind froh, so vorzügliche Vertreter der Altertumswissenschaft zu haben. Da könnte jetzt auch jemand kommen und sagen: Welche Störung der Parität! Oder: Wie muß es mit der Altertumswissenschaft bestellt sein, wenn jetzt bloß noch Katholiken dafür zu finden sind! Und was von den Katholiken gilt, gilt in genau derselben Weise auch von den Juden. Hier mit Statistiken vorzugehen, — gerade ich als Nationalökonom, der damit so viel zu tun hat, weiß, wozu solche Statistiken leider häufig verwendet werden — ist allemal abzulehnen; da ist mit Zahlen gar nichts anzufangen. Im übrigen, wenn man mit Zahlen anfangen wollte, so haben bekanntermaßen auch die Juden, was ich freilich ebenso mißbillige, uns eine Statistik aufgemacht, mit der sie nachweisen wollen, wie stark sie zurückgesetzt werden; kurzum, wir kehren uns an das nicht, sondern gehen unseren geraden Weg, der uns durch die Wissenschaft als solche vorgeschrieben ist. Und nun gar jene Ausführungen über eine besondere jüdische Nation, welche Sie hier als eine besondere Nation behandeln wollen — wohl gewählt, Herr Kollege Karl, in der Tat ein Pfeil, aber ein Pfeil, der an uns abprallt! Wir kennen keine besondere jüdische Nationalität. So wie einst, als die Vaterlandspartei entstand, wir Heidelberger Professoren, 35 an der Zahl, geschrieben haben, „wir kennen keine Vaterlandspartei, wir kennen nur ein Vaterland,“ so sagen wir jetzt, wir kennen keine jüdische Nationalität und keine deutsche, wir kennen nur ein deutsches Volk und eine Wissenschaft.

Aus der Sitzung vom 24. Juni 1920.

Abg. Dr. **Leser** (D. Dem. P.): Ich hätte nun aber auf das Wort verzichtet, wenn ich nicht veranlaßt wäre, zu sprechen durch die Judendebatte, die bei Beratung des Hochschulbudgets im Hohen Hause heraufbeschworen worden ist. Ich unterlasse es, dabei auf die Kontroverse einzugehen, die zwischen dem Herrn Kollegen Dr. Kraus und anderen Mitgliedern des Hauses über den Anteil der Juden an der deutschen Wissenschaft entstanden ist; denn mir liegt diese Art der Konfessionsstatistik außerordentlich wenig. Wir sollten doch froh sein, daß zu allen Zeiten Angehörige der verschiedensten Bekenntnisse Mehrer des Ansehens der deutschen Wissenschaft gewesen sind.

Wohl aber geben mir die Ausführungen, die Herr Abg. Karl in der gestrigen Sitzung gemacht hat, Anlaß zu einigen Bemerkungen. Der Herr Abg. Karl hat sich über die Einwanderung von Ostjuden beschwert. Ich kann dem Herrn Abg. Karl verraten, daß auch und gerade die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens über diesen Zuwachs vielfach durchaus nicht entzückt sind. Aber Herr Abg. Karl als Vertreter der Deutschnationalen Partei sollte vorsichtig sein mit einer derartigen Beschwerde. Weiß er denn nicht, daß die verstärkte Ostjudeneinwanderung während des Krieges durch die Ostpolitik und durch die Kriegszielpolitik Ludendorffs (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), dem Herr Abg. Karl doch politisch sehr nahe steht, hervorgerufen worden ist?

Herr Abg. Karl hat sodann von dem starken Zusammenhalt der Juden gesprochen. Dieser Punkt hat auch sonst in der Debatte eine Rolle

gespielt, wo die unbegründeten Gerüchte von der Bevorzugung jüdischer Assistenten und jüdischer Studierenden durch jüdische Professoren erwähnt worden sind. Man könnte vielleicht mit größerem Rechte von jüdischen Professoren erzählen, die es nach Möglichkeit vermeiden, ihre Glaubensgenossen heranzuziehen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sie trügen zur Verjudung ihrer Hochschule bei.

Dann hat der Herr Abg. Karl von der „jüdischen Nation" gesprochen. Der Herr Abg. Karl hat uns dabei nicht offenbart, wo denn der Staat liegt, der alle Juden umfaßt, und der doch Voraussetzung für die Existenz einer jüdischen Nation wäre! Ich nehme zugunsten des Herrn Abg. Karl an, daß er sich hier über gewisse Fragen der Allgemeinen Staatslehre im unklaren befunden hat. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Karl sich nicht bewußt gewesen ist, daß er mit einer solchen Aeußerung eigentlich den jüdischen Deutschen das Anrecht auf ihr deutsches Vaterland bestreitet. Einem Menschen gegenüber, der sich bewußt auf den Standpunkt stellte, den jüdischen Deutschen das Anrecht auf ihr deutsches Vaterland zu bestreiten, müßte eine scharfe Sprache geführt werden. Einem solchen Menschen müßte ich und müßte nach meiner Meinung jeder jüdische Deutsche entgegentreten wie einem Menschen, der ihm sein Liebstes und sein Bestes rauben will.

Ich beabsichtige nicht, auf den Karlsruher Vorfall vom vorigen Winter einzugehen — er hat uns nach meinem Dafürhalten schon über Gebühr beschäftigt, und ich wäre der Meinung gewesen, man hätte nach der eingehenden Darstellung, die der Herr Unterrichtsminister in der Sitzung vom 11. März d. J. gegeben hat, den Fall füglich ruhen lassen können. Aber ich möchte im Zusammenhang mit diesem Fall eines sagen: Ein Vorkommnis wie das Karlsruher war nur erklärlich daraus, daß in gewissen Kreisen unseres Volkes die Ansicht vertreten ist, Judentum und deutsche Gesinnung seien nicht miteinander vereinbar, daß also den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens die nationale Gesinnung abgesprochen wird. Ich spreche zunächst für meine Person als jüdischer Deutscher, wenn ich sage, daß mir eine schwerere und unbegründetere Ehrenkränkung nicht wohl angetan werden könnte, als durch einen Zweifel an meiner deutschen Gesinnung. Ich kenne nur ein Vaterland, und das ist Deutschland! Und auch die Tradition meiner Familie würde mich verpflichten, gegen eine solche Anzweiflung zu protestieren. Ich bin stolz darauf, einer Familie zu entstammen, der der Abg. Dr. Lasker angehört hat, von dem im Jahre 1870 mit vollster Kraft der Gedanke der Reichsgründung vertreten worden ist. Aber darüber hinaus fühle ich mich gedrängt, zu sagen, daß nach meiner Ueberzeugung die große Mehrheit der jüdischen Deutschen einem Zweifel an ihrer deutschen Gesinnung mit den nämlichen Gefühlen des gerechten Unwillens und der Entrüstung gegenüberzustehen berechtigt ist. Sie darf sich darauf berufen, daß in der Stunde der Gefahr die Angehörigen aller Bekenntnisse in der Betätigung ihrer Vaterlandsliebe gewetteifert haben. Sie darf hinweisen auf die Tausende jüdischer Deutscher, die sich als Kriegsfreiwillige gemeldet haben, auf die Tausende, die für das Vaterland geblutet haben und für es gefallen sind. Ich will nur einen nennen. Es war ein Jude, eine Zierde auch dieses Hauses, der Abg. Dr. Ludwig Frank, der als erstes Mitglied der deutschen Volksvertretung sein Leben auf dem Schlachtfeld zum Opfer brachte.

Gewiß, es ist richtig, daß verhältnismäßig zahlreiche Juden sich in und seit der Revolution der äußersten Linken angeschlossen haben. Es gibt Gründe, die das verständlich machen können, aber ich habe diese Leute nicht zu verteidigen, und ich will sie nicht verteidigen. Ich will im Gegenteil hier aussprechen: Von niemandem wird jene Tatsache mehr bedauert als von der großen Mehrheit der deutschen Juden. Diese große Mehrheit — des bin ich gewiß — ist und fühlt deutsch, und sie wird sich durch keinerlei Zurücksetzung und durch keinerlei Verunglimpfung darin irre machen lassen, für die Betätigung ihrer deutschen Gesinnung ihr Bestes einzusetzen.

Und wenn die jüdischen Deutschen eines trösten kann, angesichts der fortgesetzten Anzweiflung ihrer nationalen Gesinnung von gewisser Seite, so ist es der Umstand, daß sie sich dabei in sehr guter Gesellschaft befinden.

Abg. **Karl** (Deutschnationale Volkspartei): Um gleich an die letzten Worte anzuknüpfen, möchte ich dem Herrn Abg. Leser sagen, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, zu behaupten, die Juden seien nicht würdig oder nicht willens, gute Deutsche zu sein und an dem deutschen Leben mitzuarbeiten. Ich habe sogar ausdrücklich gesagt: es gibt viele Männer und Frauen, die das wollen und auch tun, und das sind bessere Deutsche als mancher, der sich ein Deutscher nennt und über die Juden schimpft. Das habe ich gesagt. Auf der anderen Seite aber habe ich betont — und das wird wohl niemand abstreiten wollen, daß eben der Tropfen nationalen Blutes doch manchmal bei gewissen Gelegenheiten stark spricht, und daß dann die Juden doch auch wieder zusammenstehen. Wir haben in unserem öffentlichen Leben eben Koterien der verschiedensten Arten, die sich bei Gelegenheit wieder geltend machen. Das ist gar nicht anders möglich. Sie können meinetwegen sagen, es gibt auch religiöse Koterien, protestantische und katholische Koterien dieser Art. Das leugne ich gar nicht. Wem etwas wichtig ist und am Herzen liegt, der kann eben manchmal nicht darüber hinaus; er muß es geltend machen und wird sich mit anderen Gleichgesinnten zusammentun. Es ist aber eine Staatsnotwendigkeit, diese an sich vielleicht ganz berechtigten Sonderbestrebungen nicht allzu stark wachsen zu lassen. Im übrigen aber erkenne ich an, daß, wenn hier die Debatte so geführt wird, wie sie der Herr Abg. Dr. Leser geführt hat, daß man dann miteinander reden und sich miteinander verständigen kann.

Nun aber zum Inhalt der Debatte über den Streit der Studenten gegen das Vordringen des Judentums — darum handelt es sich doch; — darüber möchte ich heute auch ein Wort sprechen. Wer ein Wort spricht zur Verteidigung der Studenten, der untergräbt natürlich die Autorität des Staates; und wer ein Wort sagt gegenüber der Gegenpartei, ich will sogar sagen, nur über die Gegenpartei, der treibt natürlich Antisemitismus. Das ist Konsequenzmacherei unangenehmer Art; und so kommen wir nicht weiter. Es nützt nichts, wenn wir gegenüber Mißständen, die sich nun einmal da und dort zeigen, den Kopf in den Sand stecken und uns die Ohren

verstopfen. Und wenn die Regierung keine Kritik verträgt, so ist sie es, die ihre eigene Autorität untergräbt, indem sie nicht dulden will, daß Dinge besprochen und gebessert werden, welche draußen von den Spatzen auf allen Dächern gepfiffen werden, und zwar in ganz anderer Tonart, als es hier geschehen kann. Eine ruhige Debatte hat die Autorität der Regierung noch niemals untergraben, wohl aber die Absicht der Regierung, alles zu vertuschen, hat schon zu dieser Untergrabung geführt. Wenn übrigens Kritik gleichbedeutend ist mit Untergrabung der Autorität, dann, meine Herren von der einstigen Opposition und den jetzigen Mehrheitsparteien, stellen Sie sich selbst ein schlechtes Zeugnis aus, denn dann können Sie ausrechnen, was Sie durch jahrzehntelange Kritik, durch jahrzehntelange Kritik und Opposition an Untergrabung der Staatsautorität geleistet haben. Ueberhaupt dieser flehende Ruf der Regierung: Untergrabt doch ja unsere Autorität nicht! Haben Sie denn keine Empfindung dafür, daß das im Lande draußen einen pitoyablen Eindruck machen muß? Es ist Sache der Regierung, selbst ihre Autorität zu stützen und zu halten; wenn sie das nicht fertig bringt durch ihre Taten, nun, dann hat sie sich selber eine schlechte Note ausgestellt und die Geschichte wird ihr diese Note bestätigen.

Der Herr Minister Hummel hat mir nun sogar vorgeworfen, ich hätte den deutschen Juden Schmähungen an den Kopf geworfen. Ich frage den Herrn Minister: wo habe ich das getan? Mit welchem Ausdruck habe ich mich so vergangen, daß Sie es Schmähung nennen können, Herr Minister? Sie haben nicht den Versuch eines Beweises gemacht; Sie haben keine meiner Ausdrücke herausgegriffen und gesagt: das ist eine Schmähung. Sie haben behauptet, ich hätte die Religion der Juden angegriffen. Ich habe ausdrücklich bemerkt, daß wir von der alttestamentlichen jüdischen Religion die tiefste Ehrfurcht haben, und ich kann diese Behauptung beweisen. Ich bin selber Religionslehrer, und noch nie habe ich, wie auch meine Kollegen, im alten Testament wie im Neuen, die jüdische Religion mit den Kindern anders behandelt, als in dem Geiste der tiefsten Ehrfurcht. Ich weise also den Vorwurf, ich hätte die Religion der Juden geschmäht, mit Entrüstung zurück!

Der Herr Minister hat starke Worte gebraucht, wie man sie manchmal braucht, wenn man keine Gründe hat. Dann hat übrigens der Herr Minister — es kommt immer besser — noch weiter gesagt, ich hätte eine erlogene Behauptung bezüglich der 80 Prozent Assistenten und Dozenten an der Hochschule weitergetragen. Die „erlogene" Behauptung stammt aus einem Zentrumsblatt; ich überlasse es der Zentrumspartei, die Sache festzustellen (Abg. Dr. Schofer: Was war das?). Das ist übrigens noch viel weniger richtig, was mir der Herr Minister nachsagt: Ich hätte behauptet, es seien 80 Prozent an der chemischen Abteilung Juden. Davon habe ich nicht gesprochen, sondern nur ganz allgemein nach der Zeitungsnotiz, welche sich auf sämtliche Assistenten und Dozenten bezogen hat (Unterbrechung durch Zwischenrufe vom Zentrum: In welchem Zentrumsblatt stand das?). In dem Mannheimer Zentrumsblatt ist es gestanden, dort habe ich es gelesen (Abg. Dr. Schofer: In welcher Nummer?). Ja, das weiß ich nicht mehr auswendig! (Zuruf vom Zentrum: Erinnern Sie sich nicht mehr an die Zeit, an den Monat?). Ich habe den Ausschnitt gehabt; ich muß aber gestehen, ich habe ihn verloren; aber es steht dort in dem Blatt (Abg. Dr. Gothein: Also ein Zentrumsblatt ist Ihnen eine wichtige Autorität in statistischen Dingen!). Es ist nicht widersprochen und nicht widerrufen worden.

Im übrigen kommt es nicht darauf an, ob es 80 Prozent oder 79 Prozent sind (Lachen beim Zentrum). Tatsache ist, daß an der Chemischen Abteilung unter drei Professoren zwei Juden gewesen wären, wenn der Herr Direktor Mayer die Berufung angenommen hätte, und ich habe nur das eine behauptet: Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Berufung jüdischer Professoren, die sich durch wissenschaftliche Leistungen auszeichnen — aber ein solches Zahlenverhältnis ist denn doch etwas zuviel (Zuruf vom Zentrum).

Nun aber ein wichtigerer Punkt. Der Herr Minister hat behauptet, es sei nicht richtig, daß den Studenten angedroht worden sei, es würden die Vorlesungen und Uebungen eingestellt werden; man habe den Studenten nur angedeutet, falls der Herr Direktor Mayer, ein Jude, nicht berufen würde, dann wäre die nötige Anzahl von Professoren nicht beisammen; die Vorlesungen könnten also nicht gehalten werden. Ich denke, das war der Sinn der Aeußerung des Herrn Ministers? —

Nun möchte ich folgendes Schriftstück verlesen:

„Abteilung für Chemie.

Wegen der unberechtigten Einmischung in das Vorschlagsrecht der Abteilung und in das Berufungsrecht der Hochschule sowie wegen der daraus folgenden schweren Schädigung derselben durch die Studentenschaft sieht sich die Abteilung"

— also die Chemische Abteilung —

„gezwungen, vom Samstag, den 31. Januar d. J., an für dieses Semester und bis auf weiteres auch für das kommende Semester den gesamten Unterricht, Vorlesungen und Laboratorien, zu schließen und alle Prüfungen einzustellen.

Die Abteilung für Chemie"

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Hört!). Folgen die Unterschriften. Der Herr Minister war also nicht gut informiert, als er gestern über diesen Punkt sprach; es ist doch gut, wenn man sich auf seine Sachen vorbereitet (Heiterkeit rechts. — Lachen links und beim Zentrum). Ich appelliere also a ministro male informato ad ministrum melius informandum (Zuruf rechts: Sehr gut!).

Der Herr Kollege Dr. Gothein hat ebenso wie heute der Herr Kollege Dr. Leser hervorgehoben: Die Juden seien gute Deutsche und sie legten keinerlei Wert auf die Zugehörigkeit zur jüdischen Nationalität. Ich möchte den Herrn Kollegen Dr. Gothein fragen, ob er schon etwas von dem Zionismus gehört und ob er nichts über die Versammlung erfahren hat, welche neulich in Heidelberg abgehalten wurde und auf welcher Dr. Goldmann als jüdischer Nationalist ausdrücklich darlegte, die Juden fühlten sich als eine besondere Nation. Ich will nicht leugnen, daß wenn sie sich als eine Nation fühlen (Zuruf) — ich wiederhole es nochmals, um Mißdeutungen vorzubeugen —: ich will nicht leugnen, daß, auch wenn sie sich als Angehörige einer Nation fühlen, sie doch

gute Deutsche sein können, sein wollen und zum Teil auch sind (Zuruf vom Zentrum).

Ich gehe sogar noch weiter. Ich sage, daß wir in der evangelischen Kirche schon Zierden des Gelehrtenstandes hatten, welche aus dem Judentum stammen, und daß wir dafür dankbar sind; ich nenne bloß z. B. den Namen des großen Kirchenhistorikers Neander oder des Liederdichters Spitta. Wir haben ganz vortreffliche hervorragende Leute in unserer evangelischen Kirche (Abg. Dr. Gothein: Stahl!), für die wir jetzt sehr dankbar sind (Abg. D. Mayer: Caspari könnte man vielleicht noch nennen!). Ich könnte noch viele nennen, uneingeschränkt gebe ich das zu. Ich gebe Ihnen auch zu — (zur Linken gewendet), obwohl Sie vielleicht lächeln werden: Ich bin kein Antisemit. Ich habe unter den Juden persönliche Freunde, auch familiär verkehre ich mit jüdischen Familien. Was ich sagen und hier nochmals fixieren und betonen möchte, ist nur das: Es ist eine Gefahr, wenn an einer Universität — und nur von der war ja die Rede — das jüdische Element allzusehr überwiegt: es bildet das eben doch eine Herausforderung der nichtjüdischen Studentenschaft — wie es auch umgekehrt wäre. Ich bin überzeugt: Wenn in dem kommenden zionistisch-jüdischen Staat sich zeigen sollte, daß an der dort zu gründenden jüdischen Universität deutsche Gelehrte in einem derartigen Verhältnis überwiegen würden, so müßte sich auch dort eine Bewegung bilden, welche das Bestreben offenbart: Wir wollen ein solches Zahlenmißverhältnis nicht dulden.

Im übrigen gestehe ich, daß ich für den Zionismus viel Sympathien habe, wie überhaupt für jede nationale Bestrebung, die sich ihres nationalen Ehrgefühles bewußt wird (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sehr gut!). Ich bin für die Betonung jeder nationalen Eigenart und jeder berechtigten nationalen Bestrebung; ich bin nämlich gar nicht international gesinnt — und hierin scheiden sich wohl unsere Wege und die mancher anderer Politiker. (Abg. Hertle: Sehr gut! — Beifall bei der Rechten)

Minister des Kultus und Unterrichts **Hummel:** Das Rückzugsgefecht, das der Herr Abg. Karl soeben hier begonnen (Abg. D. Mayer: Au! — Abg. Ihrig: Sehr gut! — Zustimmung links) und das er noch mit einigen Pfeilen gespickt hat, kann mich in meinem Urteil, in dem, was ich über seine Rede gesagt habe, in gar keiner Weise beirren.

Ich glaube, die Empfindungen der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses und auch die Empfindungen der jüdischen Zuhörer in diesem Hohen Hause, die Gelegenheit hatten, hier ihre Ansicht über die Rede des Herrn Abg. Karl zum Ausdruck zu bringen, gibt ihren Inhalt, seine Absicht und seinen Ton richtiger wieder, als die Ansicht, die er über seine Rede besitzt (Sehr gut! links). Er hat die ganze Judenrede doch nur zu dem Zweck der Rechtfertigung antisemitischer Exzesse der Studentenschaft der Kalsruher Technischen Hochschule gehalten (Sehr richtig!) und ich glaube, dieser durchsichtige Zweck seiner Rede kennzeichnet besser als irgendwelches Zitat, was er eigentlich mit seiner Rede beabsichtigt hat.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß er Zeit hatte, sich auf diese Rede vorzubereiten und daß er sich vorbereitet hat, so habe ich das in gar keiner Weise getan, um etwa das Vorbereiten zu beanstanden, sondern ich habe nur darauf hingewiesen, daß er diese Zeit zur Vorbereitung seiner Rede benützt hat, um ihr eine Form zu geben, von der man dann eben die Aeußerung gebrauchen kann, die gestern hier der Herr Abg. Dr. Gothein in bezug auf diese Rede getan hat: Er hat sich solange Zeit genommen, die Rede fertig zu machen, bis man nach der Rede sagen konnte: „ich bin zwar kein Antisemit — aber ich bin doch ein Antisemit!“ (Heiterkeit und Zustimmung — Abg. Karl: Das habe ich nicht gesagt!). Ich habe gesagt: „bis man von dieser Rede sagen konnte!“ — So ist es zwar vielleicht weniger die einzelne in der Rede enthaltene Aeußerung als der Gesamteindruck, den die Rede hier in diesem Hohen Hause hervorgerufen hat, und wenn ein jüdisches Mitglied dieses Hohen Hauses Grund gehabt hat, sich dagegen zu wehren, daß seiner Ansicht nach in dieser Rede der Vorwurf der antinationalen Gesinnung enthalten gewesen sei, so zeigt es jedenfalls, daß auch noch andere Leute der Ansicht über diese Rede waren, die ich geäußert habe: daß sie Schmähungen gegen den jüdischen Volksteil enthalten hat (Zuruf von Abg. Dr. Karl). „C'est le ton, qui fait la musique“, Herr Abg. Karl! (Abg. Karl: Auch bei Ministern!).

Er ist nochmals auf zwei Ausstellungen sachlicher Art zurückgekommen, die ich an seiner Rede gemacht habe. Er hat auch durch die scharfe Kennzeichnung, die ich der Behauptung von den berühmten 80 Prozent jüdischer Professoren an der hiesigen Hochschule habe angedeihen lassen, sich nicht davon abhalten lassen, sie hier nochmals zu wiederholen. Ich kann nur sagen, daß ich diese Praxis aufs Tiefste bedauere. Auch dann, wenn er nun — mit einem erwähnenswerten Geschick des Handelns — die behaupteten 80% auf 79 herabzusetzen versucht (Heiterkeit — Zuruf: Sehr gut!), so wird die Behauptung in gar keiner Weise richtiger. Die Behauptung, daß ein so hoher Prozentsatz jüdischer Professoren an der hiesigen Technischen Hochschule sei, ist bei der Ziffer 79 genau so unwahr wie bei der Ziffer 80 (Abg. Dr. Gothein: Sehr richtig!) und wenn er nun der Meinung ist, er habe nicht die chemische Abteilung allein gemeint, und er möchte diese Zahl — ich sage das alles, um das Wort „Rückzugsgefecht“, das ich vorhin gebraucht habe, zu belegen — angewendet wissen auf die Gesamtzahl der Professoren und Assistenten der Technischen Hochschule, so ist dann die Behauptung noch unrichtiger (Zuruf links: Sehr richtig!), und ich müßte ihr dann die Kennzeichnung, die ich ihr vorhin erteilt habe, noch in verschärfter Weise erteilen. Sie ist genau so unrichtig wie für die chemische Abteilung; im Gegenteil: für die gesamte Hochschule wird der Prozentsatz zugunsten der nichtjüdischen Dozenten ein etwas höherer als an der chemischen Abteilung. Er mag also die Behauptung drehen und wenden wie er will. Auch dann, wenn er die Behauptung irgendwie den Zentrumsblättern in die Schuhe schiebt, wird sie dadurch an Qualität in gar keiner Weise verbessert, und auch die Absicht, die er damit verfolgt, derart falsche und nachgewiesen unrichtige Behauptungen in der öffentlichen Debatte zu verwenden, kann auch durch diese Manipulationen in gar keiner Weise gebessert werden.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß das, was er weiter sagt, nun weniger eine unrichtige Darstellung dessen ist, was ich gesagt habe, als eine unrichtige Darstellung dessen, was er selbst gesagt hat. Er hat die Behauptung aufgestellt, die Regierung habe den Studenten angedroht, daß sie auch für das Sommersemester die Institute an der Technischen Hochschule schließen werde. Ich habe von der Stellungnahme der chemischen Ab-

teilung in gar keiner Weise gesprochen, und es ist heute ebenso unrichtig, wie es gestern war, daß die Regierung es im Sinne einer Drohung oder Disziplinierung der Studentenschaft zum Ausdruck gebracht habe, vielmehr haben wir in unserem Erlaß an die technische Hochschule darauf hingewiesen, daß, wenn es uns durch die Haltung der Studentenschaft unmöglich wäre, die Stelle des Direktors und des ordentlichen Professors der chemischen Technologie auf das Sommersemester zu besetzen, dies dann die Schließung des technischchemischen Instituts zur Folge haben müßte. Für mich ist es unerfindlich, wie ich den Unterricht am technisch-chemischen Institut erteilen lassen soll, wenn ich keinen Professor dafür habe. In diesem Sinne war die Mitteilung der Regierung an die Technische Hochschule aufzufassen, und nichts anderes habe ich an dieser Stelle zur Richtigstellung der unrichtigen Behauptungen des Herrn Abg. Karl gesagt. Selbst nach dem, was er also eben gesagt hat, bin ich für meine Person nicht in der Lage, auch nur irgendein Wort von dem zurückzunehmen, was ich gestern zur Kennzeichnung seiner Rede gesagt habe. Im Gegenteil glaube ich, es verstärkt sich in mir die Empfindung, daß die aufreizende Taktik, die die Parteien der Rechten vor der Reichstagswahl getrieben haben, nun auch nach der Wahl fortgesetzt werden soll (Sehr richtig!). Der Erfolg Ihrer Taktik liegt, glaube ich, vor unseren Augen, wir sehen, welche katastrophalen Zustände in unserem Vaterland durch diese Art der Kritik und durch diese Art der Untergrabung der Staatsautorität gezeitigt worden sind; und ich fürchte, wir werden im Laufe der nächsten Wochen uns darüber unterhalten müssen, ob nicht aller Grund dafür gegeben ist, zu bereuen, daß man in der Weise, wie es hier geschehen ist und geschehen will, die Autorität des Staates untergräbt (Lebhafter Beifall links und bei den Sozialdemokraten).

Abg. D. **Holdermann** (Deutsche Demokratische Partei): Ich möchte auf den Antisemitismus, der in diesem Hause gestern und heute ja reichlich behandelt worden ist, nicht näher eingehen. Aber das möchte ich doch erklären: Als Christ und als Geistlicher lehne ich den Antisemitismus als eine Verirrung ab. Gewiß gibt es bei manchen Juden Auswüchse, Untugenden und Fehler, wir mißbilligen sie aufs schärfste, aber es gibt diese auch bei den Christen. Es ist bequem und billig, die Juden jetzt für alles Unglück zum Sündenbock zu machen, das über uns gekommen ist. Ich sage, es ist bequem und billig, ich halte es aber auch nicht für anständig. Es ist auch nicht gut für unser Volk. Unser Volk wird dadurch davon abgelenkt, die Schuld bei sich selber zu suchen, und an die eigene Brust zu schlagen. So große Heimsuchungen, wie sie über uns gekommen sind, sind nie nur die Schuld einzelner Persönlichkeiten oder einzelner Schichten eines Volkes, sondern es liegt da immer mehr oder weniger im letzten eine große Gesamtschuld vor. Ich lehne den Antisemitismus aber auch ab in der Form der Begründung, die ihm gestern gegeben worden ist und die darauf hinausläuft, daß den Juden das Deutschtum abgesprochen wurde, heute allerdings wesentlich abgeschwächt worden ist, wie wir das ja in anderen Fällen schon etliche Male erlebt haben. Ich denke dabei — ich brauche nichts mehr zu sagen — nur an eines, an die Tausende jüdischer Frauen, die auch ihre Männer draußen in den Gräbern und auf den Schlachtfeldern liegen haben, an die Tausende jüdischer deutscher Mütter, die auch ihre Söhne verloren haben. Für wen? Für das deutsche Vaterland! Damit will ich diesen Gegenstand verlassen.

Abg. **Marum** (Soz.): . . . Nun ist aber weiter — und dazu möchte ich mich ganz kurz äußern — im Zusammenhang mit dieser Frage der Studenten auch noch gesprochen worden über die Judenfrage, und Sie werden es mir schon gestatten und es verstehen, wenn ich auch dazu meine Meinung sage, und zwar nicht nur sowohl über die Judenfrage an den Universitäten, als überhaupt über die Judenfrage. Dabei eines im voraus: Ich sage Ihnen offen, ich bin stolz darauf, jüdischer Abstammung zu sein, und ich schäme mich dessen gar nicht. Es hat sich kein Jude seiner Abstammung zu schämen, und ich habe vor den Juden, die etwa aus öffentlichen Rücksichten den Glauben wechseln, keinen Respekt. Es sind uns und sind den Juden ja in der Debatte die sogenannten getauften Juden an die Rockschöße gehängt worden. Es ist eigentlich bezeichnend, daß man von diesen Leuten nicht als von getauften Christen, sondern als von getauften Juden spricht (Heiterkeit), und ich meine, es kennzeichnet das häufig die Gründe, aus denen solche Uebertritte stattfinden, durchaus nicht immer richtig; ich weiß, es gibt auch Leute, die aus Ueberzeugung ihren Glauben wechseln (Abg. Karl: Sehr richtig!). Aber ich meine, es ist nicht richtig, daß man bei dieser ganzen Debatte die getauften Christen, die zum Christentum übergetretenen Professoren — darum hat es sich gehandelt — zu den Juden rechnet, sondern die Missionstätigkeit wird doch von den verschiedenen Konfessionen auf das Aeußerste betrieben, und ich meine, sie sollten doch froh sein, wenn diese Missionstätigkeit nicht nur in Afrika, sondern auch bei uns, bei den Juden Erfolg hat und sollten diejenigen, die zufolge dieser Missionstätigkeit übergetreten sind, freudig aufnehmen in ihre Gemeinschaft (Abg. Karl: Tun wir auch!). In der Debatte jetzt hat man nichts davon merken können, daß Sie sie als Freunde aufnehmen, dort sind sie nicht als Christen, sondern immer noch als Juden behandelt worden (Abg. Karl: Nicht richtig!). Der im ganzen Lande bestens bekannte Abg. Spang hat sich durch einen Zwischenruf besonders in dieser Richtung verwendet.

Aber diese Frage der Getauften ist ja die geringere Frage; eine weit wichtigere Frage — abgesehen von den Universitäten — ist die Frage der Ostjuden. Der Herr Kollege Dr. Leser hat Ihnen in kurzen Worten den Standpunkt klargelegt, den die deutschen Juden dieser Frage gegenüber einnehmen. Ich möchte aber auch hier ein offenes Wort reden und bitte Sie, das nicht übel aufzunehmen und mir nicht etwa zu sagen, daß ich nun alle Juden aus Galizien verteidigen will; das ist folgendes: Ein großer Teil der Juden, die jetzt wieder aus dem Osten zu uns kommen, kommen nicht erstmalig nach Deutschland, sondern das sind lediglich deutsche Rückwanderer, die seinerzeit im 15. Jahrhundert bei den Judenverfolgungen in Deutschland vertrieben wurden, sich nach Osten gewandt haben und dort während dieser fünf Jahrhunderte ihr Deutschtum in der Sprache zum mindesten behalten haben. Ich meine, daß man gegenüber solchen Menschen nicht die Türe glattweg zumachen kann.

Man kann diesen Menschen gegenüber, die überall einen Fußtritt bekommen, auch nicht so roh und herzlos sein daß man sagt, ihr habt überhaupt nicht das Recht, irgendwo in Europa zu leben, sucht euch ein Heimatland irgendwo in der Wüste oder hängt euch auf, sondern ich meine, man muß Verständnis für diese Menschen haben, die unter der schlimmsten Verfolgung seinerzeit dorthin ausgewandert sind und lediglich dorthin zurückgekehrt sind, wo sie vor fünf Jahrhunderten schon gewohnt haben. Und damals schon, im 15. Jahrhundert, ist auch für diese Juden Deutschland schon das Vaterland gewesen, und Sie dürfen überzeugt sein, daß unter diesen Juden, wie heute unter den deutschen Juden, viele sind, die länger in Deutschland wohnen als etwa die Vorfahren des Herrn Abg. Karl oder Spang oder sonst irgend eines, der nun das Deutschtum in Erbpacht genommen haben will. Denken Sie, sehr viele von den, die heute in Deutschland wohnen und als germanisch gelten, sind durchaus nicht germanisch, sondern sind erst später nach Deutschland eingewandert als manche der Juden. Ich erinnere daran, daß ein sehr großer Teil insbesondere des norddeutschen Volkes einen slawischen Einschlag hat und später nach Deutschland eingewandert ist wie die Juden, die mit den Römern gekommen sind; und ich erinnere Sie daran, daß auch bei uns ein großer Teil des Volkes römischen Einschlag hat und seine Abstammung zurückführen kann auf die Römer, die damals ins Land gekommen sind. Den Rhein entlang, in Worms, Mainz hat es jüdische Gemeinden gegeben zur Zeit, als die Römer ihre Kolonien dort angelegt haben, und mit den Römern sind die Juden gekommen: Leuten aber, die solange in Deutschland wohnen, kann man nicht absprechen, daß sie hier Heimatrecht haben.

Im übrigen möchte ich noch folgendes sagen. Der Herr Abg. Karl hat sich so sehr gegen die Juden und wie er es ausgedrückt hat, gegen „das Vordrängen des Judentums auf den Universitäten" gewehrt. Ich habe noch nie gehört, daß der Herr Abg. Karl in seiner Partei sich gegen das „Vordrängen" des jüdischen Geldes, soweit es die Deutschnationale Partei unterstützt, gewehrt hat. (Abg. Karl: Eine solche Unterstützung kommt nicht vor!). Ich habe noch nicht gehört, daß der Herr Abg. Karl oder die Deutschnationale Partei sich etwa dagegen gewendet hätten, daß das Programm der konservativen Partei von einem Juden, von Julius Stahl, entworfen worden ist. (Abg. Karl: Das sind wir nicht! — Lachen links). Es nützt Ihnen nichts, daß Sie sagen: Das sind wir nicht. Hier ist Fleisch von Ihrem Fleisch und Geist von Ihrem Geist. (Beifall links. — Abg. Dr. Gothein: Nur viel bedeutender!). Im übrigen wüßte ich nicht, wer innerhalb der heutigen Deutschnationalen Partei diese theoretische Schulung des Konservatismus besser dartun könnte, als es seinerzeit in den fünfziger Jahren Julius Stahl getan hat.

Und nun noch speziell zu der Hochschule! Da hat der Herr Abg. Karl die Behauptung — man muß wirklich sagen: „gewagt" —, daß zwar nicht am chemischen Institut, sondern an der Hochschule, oder umgekehrt, daß also auf jeden Fall an der Hochschule, wenn auch nicht 80, so doch 79 oder 75% der Dozenten oder Assistenten Juden oder jüdischer Abstammung seien. Ich verstehe nicht, wie ein Abgeordneter, der es mit seinen Pflichten gewissenhaft nimmt, eine derartige Behauptung kolportieren kann (Abg. Stockinger: Sehr richtig!). Der Herr Abg. Karl hat uns heute die Quelle seiner Behauptung angegeben, indem er gesagt hat, in einem Mannheimer Zentrumsblatt — also wahrscheinlich im „Neuen Mannheimer Volksblatt" — sei es gestanden und es sei nirgends widerrufen worden. Ja, Herr Kollege Karl, wenn man das alles widerrufen wollte, was Dummes in einer Zeitung — nicht nur etwa in einer Zeitung Ihrer Richtung (Heiterkeit) — steht, was überhaupt alles Dummes in den Zeitungen steht, und wenn man gar alles widerrufen wollte oder dementieren müßte, was von Ihrer Partei und Ihrer Presse schon Unrichtiges in die Welt gesetzt worden ist, dann könnte man ein besonderes Dementierblatt für die Regierung und für die Parteien alle miteinander anschaffen. Aber jeder gewissenhaft denkende Mensch weiß doch, daß eine derartige Behauptung — in einer Zeitung sei gestanden, daß 80% der Dozenten Juden seien — für einen, der ernst denkt, nicht ernst zu nehmen ist und daß es schon nötig ist, daß ein Politiker, ein Mann, der Verantwortungsgefühl hat, sich nach einer anderen Quelle umsieht, wenn er eine derartige offensichtlich erlogene Behauptung in die Welt setzt. Ich sage jetzt (zu Abg. Karl gewendet): nicht, daß Sie die Behauptung gelogen haben, sondern ich sage nur, daß die Behauptung erlogen ist.

Aber ich gehe noch weiter. Der Herr Minister hat uns gestern oder vorgestern die Zahlen über das Glaubensverhältnis der Dozenten (Abg. Karl: Ja, „Glauben"!) an dem chemischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe gegeben, und ich sage noch weiter: Wenn der Herr Abg. Karl wirklich den Willen gehabt hätte, die Wahrheit zu finden, dann hätte er nur das Verzeichnis der Dozenten, wie es im Druck hier zu haben ist und ihm von jedem deutschnationalen Studenten gegeben worden wäre, in die Hand nehmen müssen und hätte darin finden können — wenn er den Willen zur Wahrheit gehabt hätte, dann hätte er finden können! —, daß die Behauptung, die er kolportiert hat, eine Unwahrheit gewesen ist (Glocke des Präsidenten).

Zweiter Vizepräsident **Ihrig:** Ich bitte den Herrn Redner, diese Behauptung zurückzunehmen, wonach etwa ein Abgeordneter nicht „den Willen zur Wahrheit" gehabt hätte. So wie ich die Aeußerung verstanden habe, müßte ich das rügen.

Abg. **Marum** (fortfahrend): Ich habe ausgeführt: „Wenn der Herr Abg. Karl den Willen gehabt hätte, die Wahrheit zu finden" — und diese Behauptung, Herr Präsident, mögen Sie rügen, die mögen Sie auch mit einem Ordnungsruf belegen, dagegen kann ich nichts machen. Zurücknehmen aber werde ich sie nicht, und zwar deswegen nicht, weil sie nach meiner Ansicht wahr ist. (Abg. Stockinger: Sehr richtig! — Beifall links).

Zweiter Vizepräsident **Ihrig:** Ich muß den Herrn Abgeordneten zur Ordnung rufen: Es ist nicht gestattet und nicht mit der Würde des Hauses vereinbar, daß ein Abgeordneter dem anderen einen Vorwurf von dieser Schwere macht.

Abg. **Marum** (fortfahrend): Ich nehme diesen Ordnungsruf zur Kenntnis. (Abg. Stockinger: Aber die Tatsache besteht eben!) Ich habe das gesagt, was ich sagen wollte.

Nachdem der Herr Präsident nicht gestattet, daß ich sage, der Herr Abg. Karl habe nicht den Willen gehabt, die Wahrheit zu finden, muß ich eben sagen,

er hat nicht die Möglichkeit gehabt, die Wahrheit zu finden: Er habe zwar den Willen gehabt, diese Wahrheit zu finden — es sei ihm aber physisch oder geistig nicht möglich gewesen, die Wahrheit zu finden (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!).

Jedenfalls muß ich feststellen, daß unter sämtlichen Assistenten und Dozenten der Technischen Hochschule, unter mehr als hundert Personen, vielleicht zwei oder drei sind, die wirklich Juden sind, und daß darunter sich nicht einmal fünf weitere befinden, die nach der Abstammung, sei es von ihrem Vater oder von ihrer Mutter oder von der Großmutter her, Juden gewesen sind. Wie man bei dieser Situation davon reden kann, man wolle verhindern, daß auf der Universität sich die Juden als Dozenten „vordrängen" oder daß das Judentum sich vordrängt, das ist mir unerfindlich.

Aber darum handelt es sich ja gar nicht. Woher kommt es denn, daß es gar so sehr auffällt, wenn jetzt ab und zu einmal ein Jude zum ordentlichen Professor ernannt wird und daß man jetzt, wo es vielleicht zwei oder drei solcher Fälle, vielleicht auch innerhalb ganz Deutschland fünf oder zehn Fälle dieser Art gibt, kommt und sagt: Ja, jetzt drängen sich die Juden vor? Woher kommt denn das? Bei uns in Baden ist auch schon vor der Revolution ab und zu einmal ein Jude Professor geworden; ich erinnere an (Abg. Dr. Glockner: Rosin!) an Rosin (Zuruf von anderer Seite: Lenel!) — ich weiß nicht, ob Lenel noch Jude gewesen ist —, ich erinnere also an Rosin und andere. In ganz Norddeutschland aber, im größten Teil von Deutschland, hat es sich doch so verhalten, daß jemand, der Jude war, überhaupt nicht ordentlicher Professor an einer Universität geworden ist (Sehr richtig!) und daß er sich schon taufen lassen mußte, um das Ordinariat zu erlangen. Daß nun jetzt einzelne von all diesen Menschen, die seinerzeit unter der alten Regierung künstlich zurückgedrängt worden sind, das Ziel erreichen, das ihnen Zeit ihres Lebens vorgeschwebt hat, das erscheint nun begreiflicherweise schon als ein „Vordrängen des Judentums" (Rufe links und auch beim Zentrum: Sehr richtig!).

Aber darum ist es ja gar nicht gegangen. Ich bin davon überzeugt, daß die meisten der Studenten, die seinerzeit im Januar und Februar an der Technischen Hochschule diese Geschichte gemacht haben, den Herrn Direktor Mayer überhaupt nicht kannten. Er ist zwar früher hier gewesen und hat an der Technischen Hochschule gelehrt. Er ist Schüler und Assistent von Professor Engler gewesen und hat seinen weiteren Weg durch Engler hier gemacht; aber die meisten werden ihn nicht gekannt haben. Sie haben sich auch nicht etwa wegen seiner Persönlichkeit — sondern sie haben sich lediglich wegen seiner Eigenschaft als Jude gegen ihn gewendet und gewehrt.

Und darin liegt für mich das Traurige und ich möchte sagen Beschämende, daß es den Studenten, und zum guten Teil den Dozierenden, die hinter ihnen gestanden sind, nicht darauf angekommen ist, für die Technische Hochschule einen wissenschaftlich tüchtigen Mann zu erlangen, sondern daß sie gesagt haben: Wissenschaft hin, Wissenschaft her — „der Jude muß verbrannt werden!" (Sehr richtig! links). Das ist nicht nur moralisch, sondern auch in geistiger Beziehung eine solche Verwirrung der Weltauffassung und eine solche Verwirrung der Begriffe, daß eigentlich ein vernünftiger Mensch es nicht verstehen kann, wie jemand diesen Standpunkt vertritt (Zuruf vom Zentrum). Ich bin der Ueberzeugung: Herr Direktor Mayer wäre eine Zierde der Technischen Hochschule Karlsruhe geworden (Ruf: Hört! hört!) und die Studenten haben es zu bereuen, daß sie diesen Klimbim — anders kann man es nicht bezeichnen — gemacht und in diese Hetze hinein sich haben verführen lassen: Denn etwas anderes ist es doch zum großen Teil nicht gewesen als eine von außen hereingetragene Hetze. Ich erinnere an den Brief der Studentenschaft, den gestern der Herr Minister vorgelesen hat, und weise auf die Tatsache hin, daß die Partei des Herrn Abg. Karl jetzt schon wieder versucht hat, von außen her dieses Feuerchen unter der Studentenschaft zu entfachen, indem sie eine Förmliche Anfrage wegen der „neuerlichen" Berufung eines Juden einbrachte, welche sie aber im Hinblick auf den erwähnten Brief der Studentenschaft und offenbar auch auf einen Wink ihrer eigenen Freunde hin hat zurückziehen müssen: Diese Tatsache läßt aber erkennen, daß es im Januar auch nicht anders gewesen ist, daß man eben auch damals von deutschnationaler Seite her versucht hat, die Studentenschaft parteipolitisch auszunützen.

Nun ist in diesem Zusammenhang gestern oder vorgestern zu uns gesagt worden: „Ja, wenn die Studenten bei Ihnen wären — das haben sie wohl erwartet?!" Die Frage ist durch Zuruf von einigen meiner Freunde verneint worden. Ich bin anderer Auffassung. Ich habe es wirklich erwartet, das sage ich Ihnen offen, daß nach der Revolution, nachdem die Schranken gefallen waren, mehr der Studierenden sich dem Gedanken des Sozialismus zugewendet hätten, und es wäre nach meiner Auffassung keine Schande gewesen. Ich bedauere es außerordentlich, daß diesmal die Studentenschaft in der Geschichte Deutschlands im verkehrten Lager steht. Bisher, im 19. Jahrhundert bis zu den letzten Jahrzehnten, ist die Studentenschaft immer dort gestanden, wo es galt, für die Freiheit und für den Fortschritt einzutreten, wo es sich nicht darum handelte, das Bestehende zu konservieren und Vergangenes wieder aufzurichten. Jetzt dagegen steht sie in dem anderen Lager. Ich halte das für bedauerlich.

Es ist weiter von dem Herrn Abg. Karl zur Rechtfertigung der Studentenschaft und des Vorgehens gegen den Professor Mayer die Behauptung hier aufgestellt worden, man müsse das vordrängende Judentum zurückschrauben, und es sei auch deswegen notwendig, weil die jüdischen Professoren ein von ihrer Seite aus verständliches Faible für die jüdischen Studenten haben. Wir haben eine Anzahl jüdischer Professoren als Ordinarien, auch solche als Extraordinarien. Es sind ja auch nach der Behauptung des Herrn Abg. Karl 75 bis 78 Prozent jüdischer Dozenten an der Hochschule vorhanden (Abg. Karl: Und Assistenten!). Nun, wenn das wirklich so wäre, daß 75 bis 80 Prozent jüdischer Dozenten und Assistenten an der Hochschule wären und daß diese eine Faible für die jüdischen Studenten hätten, diese also bevorzugten, glauben Sie, daß das die christlichen Studenten sich gefallen ließen (Abg. Karl: Das wollen sie eben nicht!) oder sich nicht längst dagegen gewehrt hätten? (Minister des Kultus und Unterrichts Hummel zu Abg. Karl gewendet: Ja, halten Sie die Behauptung wirklich aufrecht? Das ist doch unerhört! — Abg. Karl: Nein! — Abg. Stockinger zu Abg. Karl:

Dann nehmen Sie sie doch zurück!). Das ist aber natürlich nicht wahr. Aber die Behauptung, daß die jüdischen Professoren ein Faible für die jüdischen Studenten hätten, also absichtlich die jüdischen Studenten bevorzugten, ist eine solche Diffamierung und Beleidigung der jüdischen Professoren, daß sie ein Mann, der den Beweis dafür nicht antreten kann, nicht aufstellen sollte. Ich meine, auch hier hätte der Herr Abg. Karl die Möglichkeit haben können, die Wahrheit zu finden, wenn er den Willen dazu gehabt hätte. Nach der Rüge des Herrn Präsidenten muß ich ja sagen, daß er den Willen dazu gehabt hat; denken kann ich mir ja natürlich ob er den Willen gehabt hat oder nicht. Nach meiner Auffassung ist das eine absichtliche Behauptung gewesen, eine vorsätzliche Beleidigung der Professoren, daß sie den Willen hätten, die Studenten nicht gleich zu behandeln.

Und nun gestatten Sie mir noch ganz kurz eine Bemerkung. Warum treten Sie denn so sehr gegen die Juden auf? Sie sind natürlich alle miteinander keine Antisemiten. Ich habe noch nie einen Antisemiten getroffen, der gesagt hat, er sei ein Antisemit. Aber ich habe noch immer, wenn ich einen Antisemiten getroffen habe, gefunden, daß jeder mir erzählt hat, er habe eine ganze Anzahl Bekannter unter den Juden, die durchaus ehrenwerte Leute seien, und nur die anderen seien die Schufte, gegen die man vorgehen müsse. Ich sage: Was ist nun der Grund, weshalb Sie (nach rechts gewendet) so gegen die Juden vorgehen? Es ist nicht die jüdische Religion, sagen Sie, sondern der jüdische Geist, der Geist des Schachers und des Geldes, gegen den Sie vorgehen. Da möchte ich Ihnen nun eines sagen, einen Gedankengang, der nicht von mir stammt — ich schmücke mich nicht mit fremden Federn —, sondern von Karl Marx aus seiner Schrift über die Judenfrage, die auch schon zitiert worden ist. Wenn Sie gegen den jüdischen Geist vorgehen wollen, dann müssen Sie gegen den Schachergeist vorgehen. Den Schachergeist bekämpfen und beseitigen Sie aber nicht dadurch, daß Sie das Judentum bekämpfen und beseitigen, sondern den bekämpfen Sie am besten, indem Sie dafür kämpfen, daß eine Weltordnung und Wirtschaftsordnung herbeigeführt wird, in der der Schachergeist nicht notwendig ist und nicht durchgeführt werden kann (Beifall links). Der beste Kampf, den Sie führen können gegen den „jüdischen Geist" und der beste Kampf, den Sie führen können gegen die Schäden des Judentums, denen ich mich auch nicht verschließe, besteht darin, daß man für eine Wirtschaftsordnung sorgt, in der der Schachergeist, der angeblich jüdische Geist, nicht mehr notwendig ist. Deshalb, wenn Sie auch nicht mit mir einverstanden sind, rufe ich Sie und alle meine Freunde auf, dafür zu sorgen, daß wir eine Wirtschaftsordnung bekommen, in der der Schacher- und Handelsgeist nicht mehr notwendig ist, daß wir die Wirtschaftsordnung des Sozialismus bekommen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Straub** (Zentrum): Ich muß es auch nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Kraus heute noch ablehnen, die weittragende Bedeutung des jüdischen Einflusses auf unsere deutsche Wissenschaft anzuerkennen, die er glaubt, diesem jüdischen Einfluß zuschreiben zu sollen. Ich habe hier vor mir Ausführungen liegen, Herr Kollege Dr. Kraus, die mich in meiner Auffassung bestärken. Wir werden wohl darüber einig sein, daß der jüdische Geist in unserer Wissenschaft zweifellos Einfluß gehabt hat. Wir streiten und sind verschiedener Meinung in erster Linie über das Maß dieses Einflusses. Ich habe die Meinung vertreten, daß das Maß dieses Einflusses nicht so ist, wie Herr Kollege Dr. Kraus es geschildert hat, daß jener Einfluß manchmal sogar verderblich war. Da will ich Herrn Kollegen Dr. Kraus mit kurzen Worten nur aus einem Buch, das Herr Professor Willmann über die Geschichte des Idealismus herausgegeben hat, einmal zu Gemüte führen, daß von unserer Seite gerade der von ihm für die arabische Wissenschaft in Anspruch genommene Einfluß von uns abgelehnt wird, weil diese Wissenschaft eine Reihe bedauerlicher Irrtümer enthalten hat, die wir von unserer christlichen Wissenschaftlichkeit aus haben energisch und mit allem Nachdruck zurückweisen müssen. Ich will Sie mit Zitaten hierüber nicht weiter belästigen. Aber auch der jüdische Einfluß auf unsere Wissenschaft war nicht immer der, den Sie, Herr Kollege, als so ausschlaggebend hingestellt haben. Aus dem gleichen Buche des Professors Willmann wird gerade die wissenschaftliche Tätigkeit und Bedeutung Baruch Spinozas ganz anders geschildert, als Sie es vielleicht für sich und Ihre politische und wissenschaftliche Richtung in Anspruch nehmen. Ich glaube aber, wenn Sie die Gründe würdigen, die in den größeren wissenschaftlichen Ausführungen des Herrn Professors Willmann über die grundlegende Tätigkeit des Baruch Spinoza vorgetragen werden, so werden Sie die Gründe für das Ablehnen der Berechtigung der Wissenschaft des Baruch Spinoza von unserer Seite vorfinden. Ich darf auf eines hinweisen, daß in diesem Buche auseinandergesetzt wird, wie die philosophische Tätigkeit Spinozas jede positive, gläubige Lebensauffassung abgelehnt hat, nicht bloß nach der christlichen, sondern auch nach der jüdischen Seite hin. Es bedurfte allen ernsten Arbeitens der christlichen Wissenschaft, diesen verderblichen Einfluß hintanzuhalten oder doch auf das Maß zu beschränken, das wir nicht hintanhalten konnten.

Nun zu den Vorgängen an der Technischen Hochschule!

Wir haben — das habe ich bei meinen gestrigen Ausführungen gesagt — darüber nie einen Zweifel gelassen, wie die Berufung an den Hochschulen erfolgen soll, und was wir billigen und was wir nicht billigen. Ich muß aber sagen, wenn Herr Kollege Marum seine Ausführungen nach einer bestimmten politischen Richtung gemacht hat, wenn er gemeint hat, die Studentenschaft in Karlsruhe habe sich von einer gewissen politischen Richtung in diese Sache hineinhetzen lassen, dann dürfte er zu einem erheblichen Teil sich täuschen (Sehr richtig! rechts). Wir haben uns vielseitig erkundigt. Wir waren sehr vorsichtig bei der Behandlung dieser Angelegenheit und uns ist von Dutzenden von Seiten energisch in Abrede gestellt worden, daß das der Fall ist.

Abg. **D. Mayer** (Deutschnationale Volkspartei): Ich beabsichtige nicht hier zum 3. oder 5. Male das jüdische Problem aufzurollen. Ich kann nur versichern, daß wir wie bisher so auch künftig dieses jüdische Problem wie eine Masse anderer für ein eminent politisches Problem erachten, und wir werden auch künftig mit aller Sorgfalt beobachten und den Versuch machen, unsererseits zu einer Lösung beizutragen, was etwa beigetragen werden kann. Ich will aus diesem

Problem nur eines herausnehmen, weil im Zusammenhang mit der Erwähnung dieses einen Punktes ein ganz merkwürdiger und, wie ich glaube, einfach unbegreiflicher Vorhalt uns gemacht worden ist. Es ist gesagt worden, an der ostjüdischen Einwanderung, die ja einen Teil des jüdischen Problems darstellt, sei Ludendorff und seien wir, d. h. genauer gesagt, seien diejenigen Männer der Jahre, sagen wir einmal 1915—1918 schuld, von denen man im allgemeinen annimmt, daß aus diesen Kreisen die Deutschnationale Partei hervorgegangen sei. Es ist also der Vorwurf gemacht worden, wir seien an der ostjüdischen Einwanderung schuld. Es muß doch wohl jedermann heutzutage bekannt sein, daß die Ostpolitik der Regierung gerade in alldeutschen Kreisen und in Kreisen der Vaterlandspartei aufs allerentschiedenste verworfen worden ist. Den stammesgeschichtlichen Untersuchungen, die Herr Kollege Marum angestellt hat, will ich hier nicht folgen. Es wäre da manches zu berichtigen. Nur das eine will ich sagen: wenn er so besonderen Nachdruck auf die Bewahrung der deutschen Sprache gelegt hat, so muß ich jene Sprache, die dort im Osten von Ostjuden geredet wird, doch als deutsche Sprache und deutsches Idiom ablehnen. Meines Wissens ist auch der wissenschaftliche Ausdruck dafür das „Jiddische".

Der Herr Kollege Dr. Leser hat die ganze Erörterung dieses Problems ins Persönliche gewendet, und insofern habe ich ein aufrichtiges Mitgefühl mit ihm gehabt. Er hat es soweit ins Persönliche gewendet, daß er schließlich seinen Ahnen Lasker als einen besonderen Vertreter des großdeutschen oder des Einheitsgedankens in den Vordergrund geschoben hat. Ich kann dem Herrn Kollegen Dr. Leser versichern, daß weder gestern noch heute noch sonst wann bei Erörterung des jüdischen Problems jemand an ihn oder seine Persönlichkeit oder sonstwie an etwas mit ihm Zusammenhängendes denkt. Es ist das, wie ich noch einmal betone, eine allgemeine, wichtige politische Frage, von der Herr Abg. Dr. Leser so gut wie ich weiß, daß sie nicht nur im ablehnenden Sinne mit unangenehmen Empfindungen, sondern als positives Problem auch jüdische Kreise beschäftigt.

Abg. **Schloß** (D. Dem. P.): Nun muß ich mich ganz kurz — ich will nicht auf die Hochschuldebatte eingehen — zu einigen Ausführungen des Herrn Abg. Karl wenden. Ich glaube es ihm recht gern, daß er nicht zu denen gehört, die etwa aus dem Herrn Jesus einen Germanen zu machen suchen aus ihrem Antisemitismus heraus. Es gibt gerade auf deutschnationaler Seite solche sonderbaren Schwärmer, und es ist keine kleine Zahl. Es muß zu Ehren der Herren Theologen gesagt werden, daß sie sich nicht gerade mit jenen in diese Ehre teilen. Ich glaube übrigens (Zuruf des Abg. Dr. Schofer — Heiterkeit), daß er sich nicht begeisterter Zustimmung weiter Kreise der Deutschnationalen damit erfreut hat, daß er die Rassenfrage so vollständig auszuschalten sucht. Ich erkenne auch gern an, daß Herr Abg. Karl allerdings wohlwollend von einem Teil — ich glaube, er sagte sogar: ein nicht ganz unerheblicher Teil, der Ausdruck ist mir nicht gegenwärtig — von Juden gesprochen hat, die er als gute Deutsche ansprechen müsse und ansprechen werde. Aber er hat dann nach der anderen Seite wieder darauf hingewiesen, worauf sich seine besondere Betonung der jüdischen Nation und des jüdischen Nationalitätsbewußtseins stütze. Nun, Herr Abg. Karl, daraufhin werden wohl alle deutschen Juden und auch — ich gebrauche den Ausdruck, der gern auf Ihrer Seite gebräuchlich ist — die Judenabkömmlinge sagen, daß sie sich mit Ihnen gegen diesen jüdischen Nationalismus wenden, der das Deutschtum ablehnt. Aber dieser jüdische Nationalismus, der sein deutsches Vaterland verleugnet, ist in sehr geringen Fällen vorhanden. Ich möchte den Herrn Kollegen Karl darauf aufmerksam machen — er wird sich in einer Art auch zum Zionismus bekennen, — daß zwischen religiösem und politischem Zionismus ein großer Unterschied besteht. Was wir ablehnen, ist der politische Zionismus.

Nun darf ich mich noch mit ein paar kurzen Worten zum Herrn Kollegen Marum wenden. Er hat besonders bemängelt, daß immer wieder von den getauften Juden gesprochen würde, statt von getauften Christen. Ja, sehr verehrter Herr Kollege, ich meine, das ist ein Streit um Worte, und wenn sich irgendwelche Kreise der getauften Juden dadurch bedrückt fühlen, mögen sie es mit sich selber ausmachen. Aber gerade die getauften Juden — und ich habe festgestellt, daß in diesem Falle von der rechten Seite des Hauses die Frage etwas gerechter, als es von Ihnen geschehen, behandelt wurde —, die aus ihrer Zusammengehörigkeit mit dem Judentum keinen Hehl machen wollen — und es werden jedenfalls die besten Elemente sein —, sind stolz darauf, getaufte Juden zu heißen, ja sie nehmen für sich die Bezeichnung der heiligen Schrift in Anspruch und nennen sich Judenchristen und verleugnen das nicht (Abg. Karl: Wie die Apostel!). Jawohl, Herr Abg. Karl, wie die Apostel auch. Sie betrachten dies als Ehrenname und verleugnen ihre Abstammung von jüdischer Seite durchaus nicht, so wenig, wie es andere tun, und wer es tut, ist ein schlechter Mensch.

Nun hat ja der Herr Kollege Karl gestern gesagt, Blut sei dicker als Wasser, sehr oft auch als Taufwasser. Ich hoffe, daß das Blut nicht dicker ist, wenn es sich darum dreht, irgendwelchen Angehörigen des jüdischen „Stammes", wollen wir ruhig einmal sagen — ich lehne „Nation" ab — besondere Bevorzugungen zu gewähren. Ich glaube auch und wünsche es, daß es nicht dicker als Wasser ist, weder als Wasser noch als Taufwasser, um etwa dadurch eine unnötige Mohrenwäsche vorzunehmen. Aber ich hoffe und wünsche im Namen aller anständigen getauften deutschen Juden, daß es allerdings dick genug ist, um sich gegen jede Hetze — ich spreche nicht von Herrn Kollegen Karl, sondern allgemein — und gegen jede Ungerechtigkeit zu wenden, die sich gegen die deutschen Juden richtet.

Abg. Dr. **Kraus** (Soz.): Nun hat der Herr Kollege Straub Anlaß gegeben, daß hier eine Judendebatte entfesselt worden ist, dadurch, daß er meine vorgestrige Stellung zu dieser Frage aufgegriffen hat. Ich möchte auf diese Judendebatte aus dem Grunde nicht eingehen, weil ich der Anschauung bin, daß dieses Parlament zu allerletzt zuständig wäre, um über die Frage des Einflusses des jüdischen Geistes und des jüdischen Denkens oder über die Bedeutung für das deutsche Geistesleben irgendwie ein maßgebendes Urteil abzugeben. (Zuruf rechts und aus der Mitte: Sie haben doch angefangen!) Herr Kollege Straub, ich habe mir damals bei der Behandlung eines Artikels der „Süddeutschen Zeitung" die Behauptung erlaubt, daß diese antisemitische Hetze und dieser Rassenbegriff ein Begriff sei, der vor der wissenschaftlichen Objektivität nicht stichhalten kann. Ich habe, wie ich mir wohl zuschreiben darf, in einer für

mich nicht immer leichten Objektivität die ganze Frage der Vorgänge an der Technischen Hochschule behandelt aus dem Gedanken heraus, man könne den Kreisen unseres Volkes gegenüber, die in der Vergangenheit einen derartig bedeutenden Einfluß auf die deutsche Kultur gehabt haben, nicht mit dieser Phrase in so demagogischer Weise kommen. Diese Ausführungen habe ich vorgestern wiedergegeben. Das war kein Anlaß und hätte auch keinen Anlaß geboten, wenn nicht der Herr Abg. Karl in anderer Weise das Fortführen der Judendebatte ausübte, wenn nicht heute der Professor Willmann in dieser Frage angeführt worden wäre. Ich muß doch sagen, daß ich auch weiß, daß die christlichen Scholastiker jüdische Irrlehren zurückgewiesen haben. Bekanntlich gilt es aber heute noch so wie früher, daß man von den Autoren, die man zum Studium verwendet, um gewisse ihrer Ansichten, die uns von ihnen trennen, zu widerlegen, sehr oft andere gute Gedankengänge übernimmt, die dann mit verwertet werden. Diese sind auch in der Philosophie der Scholastik nicht unbenutzt geblieben. Dann weiß ich aber auch, daß gerade das Willmannsche Werk nicht immer eine derart wohlwollende Kritik gefunden hat. Anführen könnte ich dafür gerade die Stelle, daß Spinoza einen verderblichen Einfluß ausgeübt hat. Als ich in früherer Zeit als Student der Philosophie Ihnen (zum Zentrum gewendet) noch nicht soweit entfernt gestanden habe, als heute, habe ich mich schon aus fachlichen und wissenschaftlichen Gründen heraus gezwungen gesehen, gerade gegen diese Willmannsche Behauptung Stellung zu nehmen. Ich möchte nochmals sagen, gerade dieses Parlament ist nicht der Ort, um über den Einfluß des Judentums auf die deutsche Kultur ein Urteil abzugeben. . . . . . .

Ich habe schon einmal in diesem Hause gesagt (nach rechts gewendet), Ihre Seite hat das allerletzte Recht, heute überhaupt zu dieser Frage (Völkerbund) Stellung zu nehmen, denn wenn die Frage heute noch nicht weiter ist, wie sie ist, und wenn nicht vor dem Kriege durch die internationale Rechtsorganisation es möglich war, diese Organisation an Stelle der Machtfragen zu stellen, dann sind es die Kreise gewesen, die heute noch in Ihrer Reihe stehen, und so wenig Sie heute das Recht haben, Antisemiten zu sein, denn ich weiß mich selbst sehr gut zu erinnern, daß es auch deutschnationale Offiziere und ganz konservative Kreise gar nicht abgelehnt haben, die Töchter reicher jüdischer Bankiers zu heiraten, wenn sie Geld bekommen konnten, haben Sie ein Recht, heute gegen den Völkerbund Stellung zu nehmen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhalten das Wort

Abg. **Karl** (Deutschnationale Volkspartei): Der Herr Abg. Marum hat, wenn auch versteckt und verklausuliert, mir den Vorwurf gemacht, ich hätte mich nicht gewissenhaft über die 80 Prozent Juden, Dozenten und Assistenten, unterrichtet. Zu meiner persönlichen Verteidigung gegen diesen Angriff sage ich, daß ich von mir aus natürlich nicht imstande und berechtigt war, eine Enquête über diese Angelegenheit zu veranstalten und durchzuführen; daß ich mich einstweilen also dem anvertraut habe, was in den Zeitungen stand, daß aber, sobald mir eine zuverlässige Berechnung gegeben wird... (Zuruf: Der Herr Minister hat sie gegeben!). Was der Herr Minister sagte, gilt mir noch nicht als eine zuverlässig durchgeführte Enquête; das ist nicht von einem Tag zum anderen zu machen. Sobald der Herr Minister mir darüber eine vollkommen sichere Statistik gibt, eine Statistik, die auch von meinem Standpunkt aus für sicher gilt, werde ich mich dieser Statistik unterwerfen; aber eher nicht.

Der Herr Minister hat den Vorwurf, daß ich Schmähungen gegen die deutschen Juden und die jüdische Religion begangen habe, nicht bewiesen, und auch nicht zurückgenommen. Das muß ich hier konstatieren.

Was nun aber die Schließung der chemischen Abteilung angeht, so hat der Herr Minister mir den Vorwurf gemacht, ich hätte über den Gegenstand das Haus nicht zuverlässig unterrichtet, indem ich behauptete, die Schließung dieser chemischen Abteilung sei vom Kultusministerium ausgegangen. Er hat versichert, er habe als Kultusminister diese Sache nicht angeordnet. Herr Minister, Ihre Position ist hier wieder schwach. Ich darf Ihnen das unkorrigierte Stenogramm meiner Bemerkung von gestern vorlesen; es heißt darin:

„Sie wissen, die chemische Abteilung hat die Studenten ausgeschlossen mit gewaltsamen Maßnahmen, um sie auf die Knie zu bringen; und man hat ihnen angedroht, sämtliche Vorlesungen zu schließen usw.....“

Ich habe also die Sache so dargestellt, daß die chemische Abteilung es getan hat, und nicht behauptet, daß das Kultusministerium es getan habe. Der Herr Minister wird also jetzt vielleicht die Güte haben, diese Sache selber richtig zu stellen und zu sagen, daß ich hier in dieser Angelegenheit recht gehabt habe und daß ich auch hier der besser vorbereitete gewesen bin.

Zum Schluß noch: Das, was ich hier sagte, war kein Rückzugsgefecht.

Minister des Kultus und Unterrichts **Hummel**:

Zu den Schmähungen, die der Herr Abg. Karl gestern den jüdischen Religionsgenossen ins Gesicht geschleudert hat, fügt er nun auch eine Schmähung gegen mich hinzu. Ich glaube, wenn ein Abgeordneter aufsteht und anzweifelt, daß amtliche Mitteilungen eines Ministers vom Regierungstisch aus der Richtigkeit entsprechen, so habe ich das Recht, es als eine Schmähung zu betrachten. Ich verwahre mich gegen eine derart unerhörte Unterstellung. Wenn ich eine derartige Mitteilung mache, mache ich sie auf Grund meiner Akten. Ich habe auch seinerzeit mitgeteilt in dem Ausschuß, wie diese Erhebung gemacht worden ist, und daß diese Mitteilung am 13. Febr. oder März gemacht worden ist, also monatelang sich in den Akten befindet und absolut zuverlässig ist. Ich muß mich dagegen verwahren, daß gegen die amtliche Tätigkeit des Ministeriums in der Weise Zweifel geäußert werden, wie das der Herr Abg. Karl hier getan hat.

Ich kann auch von dem, was ich über seine Darstellung über die Schließung des chemischen Instituts gesagt habe, zunächst, ohne Einsicht in das Stenogramm zu nehmen, nichts zurücknehmen. Ich bin zunächst genötigt, festzustellen, ob er nicht fortgefahren ist mit wiederholten Sätzen, man habe schließlich sogar den Gedanken gehabt, das chemische Institut auch für das Sommersemester zu schließen. Er hat diese Formulierung mit „man“ gewählt, daß ohne weiteres angenommen werden kann, daß das auch auf die Regierung anzuwenden

sei. Dagegen hat sich meine Darstellung gewendet, und ich habe sie richtig gestellt für den Fall, daß er es nicht so gemeint hat. Wie ich gesagt habe, hat die Form — ich glaube, der genaue Wortlaut wird sich aus dem Stenogramm ergeben — zugelassen, daß in mir der Glauben entstehen konnte, daß die Regierung damit gemeint sei. Gegen diese Auffassung habe ich mich gewendet und muß ich mich nach wie vor wenden.

Abg. **Karl** (Deutschnationale Volkspartei): Ich habe die Statistik des Ministeriums nur insofern angezweifelt, als ich zuerst wissen muß, ob bei der Zählung bloß die konfessionellen Juden gezählt worden sind, oder auch die, die durch Abstammung Juden sind. Etwas anderes habe ich nicht bemerkt und sehe ein, daß ich mich im Datum der ministeriellen Statistik geirrt habe. Daß ich nicht mehr wußte, daß sie von früher her stammt, tut mir leid, und ich nehme deshalb die letzten Worte, daß man so etwas nicht von heute auf morgen machen könne, zurück.

Abg. Dr. **Leser** (D. Dem. P.): Der Herr Abg. D. Mayer-Karlsruhe hat zwei meiner Bemerkungen falsch verstanden und deshalb mit seiner Polemik gegen mich offene Türen eingerannt. Ich habe nicht die Alldeutschen und nicht die Vaterlandspartei für die verstärkte Einwanderung der Ostjuden verantwortlich gemacht sondern allein die Ostpolitik und die Kriegszielpolitik Ludendorffs, der jetzt der Deutschnationalen Partei angehört. Und das halte ich aufrecht.

2. Antisemitismus.

Das Berliner „8 Uhr-Abendblatt" veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 10. d. Mts. einen interessanten Artikel des Staatssekretärs a. D. Dr. August Müller „Antisemitismus", der sehr wertvolle Hinweise enthält (vergl. Mitt. Nr. 21, Nr. 1). Der Aufsatz, den wir den Landesverbänden und größeren Ortsgruppen zugesandt haben*), hat folgenden Wortlaut:

Antisemitismus.

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Berlin, 10. August.

Der Antisemitismus ist eine Zeiterscheinung, die auf wirtschaftliche und geistige Beweggründe zurückzuführen ist. Daß dieses üble Gewächs sich besonders in Deutschland in letzter Zeit so stark ausgebreitet hat, ist vorwiegend auf Beweggründe wirtschaftlicher Art zurückzuführen. Diese wirtschaftlichen Gründe sind aber kurzsichtig, kleinlich und letzten Endes geeignet, die gesamte deutsche Volkswirtschaft zu schädigen. Warum, soll im Nachstehenden noch gezeigt werden. Vorerst jedoch noch ein paar Worte über den Antisemitismus als eine Ideologie.

Wie in so manchen anderen Fällen leidet auch hier Deutschland an seiner unglückseligen historischen Entwicklung. Diese verschuldete es, daß Deutschland das intoleranteste Land der Welt ist. Nirgendswo sonst ist die Achtung vor der ehrlichen Ueberzeugung Andersdenkender im Parteiwesen und im gesellschaftlichen Verkehr so gering entwickelt wie bei uns. Darauf sind nicht nur üble Erscheinungen in unserem Parteiwesen, sondern auch gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen zurückzuführen, die vor dem Kriege eine überflüssige und vermeidbare Schärfe in das öffentliche Leben hineingetragen haben, und die auch durch Krieg und Revolution nicht ganz beseitigt sind. Alle Parteien, alle Klassen, alle Gesellschaftsschichten sind mit der gleichen Intoleranz gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden erfüllt und tragen dadurch ihr Teil zu jener Unsachlichkeit bei, die charakteristisch für die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten in Deutschland ist. Eine vielfach feststellbare würdelose Nachahmung fremdländischen Wesens und eine Vorliebe für Fremdes bloß deshalb, weil dieses anders und fremd ist, ist kein Beweis gegen die behauptete Neigung zur Intoleranz, sondern vielmehr im Gegenteil eine Bestätigung für ihr Vorhandensein. Denn beides: der Mangel an Achtung vor der Ueberzeugung anderer und die Fremdtümelei wurzeln in dem gleichen Boden. Sie werden erzeugt durch mangelhaftes nationales Empfinden, das deshalb intolerant ist, weil es nicht in sich selbst gefestigt ist und daher eine scheinbare Stärke vortäuscht, indem es in geschmackloser Weise das mißverstandene Wort vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll, karikiert.

Alles verstehen, heißt alles verzeihen! Wer wirklich tolerant ist, bringt auch dem Antisemitismus insofern Toleranz entgegen, als er die Stärke dieser Erscheinung in Deutschland als Erbteil seiner Geschichte zu erklären versucht. Darüber hinaus darf aber die Toleranz nicht reichen; verstehen, heißt durchaus nicht billigen. Wer etwa den Mangel an Kulturgefühl gering einschätzt, der sich in der Ausbreitung des Antisemitismus offenbart auf den macht vielleicht die Tatsache Eindruck, daß diese Bewegung geeignet ist, schädigend auf das deutsche Wirtschaftsleben zu wirken. Unsere lieben Vettern jenseits des Kanals haben mit klugem Blick die Möglichkeiten zur Schädigung deutscher Wirtschaftsinteressen, die sich hier bieten, erkannt, und suchen sie nach Kräften zu verwirklichen.

Während des ganzen Krieges haben die Engländer den Umstand, daß ihr politisches und gesellschaftliches Leben im allgemeinen frei von Antisemitismus ist, dazu benutzt, um in den feindlichen und neutralen Ländern die deutsche Sache zu diskreditieren. Ungeheure Kosten und Mühen sind aufgewandt worden, um die überall in der Welt zerstreute Judenschaft für die Sache der Entente einzufangen. Das in dieser Hinsicht ja etwas kompromittierende Bündnis mit dem Zaren wurde klugerweise als eine vorübergehende Notwendigkeit dargestellt, um Preußen und damit den angeblichen Hort des Antisemitismus ins Herz zu treffen. Den Juden der ganzen Welt wurde verheißen, daß nach dem Kriege in Rußland die Dinge deshalb anders werden könnten, weil der ideelle Zentralpunkt des Antisemitismus Deutschland sei, das so schädlich auf Rußland und andere Nachbarländer eingewirkt habe. Die Ausschreitungen des Antisemitismus sind das beste Mittel zur Stütze dieser Propaganda gewesen. Die Ostjuden wurden auf einmal lieb Kind bei der Entente, und besonders in Amerika setzte eine heftige und energische Propaganda der Engländer unter ihnen ein. Den besten Agitationsstoff lieferte Deutschland, das schon während des Krieges leider erhebliche Beweise dafür aufbrachte, daß einflußreiche Kreise in Deutschland es für an der Zeit hielten, dem Antisemitismus neue Nahrung zuzuführen. Während in Rußland den

*) Weitere Originalexemplare stehen unseren Freunden auf Verlangen zum Preise von 30 Pf. zur Verfügung.

Juden Erleichterungen zuteil wurden, und zum Beispiel im Juni 1915 200 der besten Männer des Landes durch einen in allen Zeitungen veröffentlichten Aufruf, der durch die Repräsentanten des Wirtschaftslebens, der Wissenschaft, Kunst, Politik und Literatur unterstützt wurde, die volle Emanzipation der Juden forderten, agitierte man in Deutschland gegen die Ostjudengefahr und forderte die Beibehaltung russischer Ansiedlungsmethoden gegen die Juden auf den Gebieten, die man zu annektieren hoffte. Bücher, Broschüren und Zeitungsartikel, in denen die Judenfrage in der gehässigsten Weise erörtert wurde, erschienen in Menge und ihr Inhalt wurde von der angelsächsischen Presse mit Wohlbehagen gegen Deutschland ausgeschlachtet. Aus dem Gebiet Oberost schob man zahlreiche Juden nach Amerika ab, und man kann sich denken, wie diese für die deutsche Sache in Amerika gewirkt haben. In London, Stockholm, Kopenhagen, dem Haag und Zürich wurden Pressebureaus gegründet, die unter kluger Ausnutzung des von Deutschland gelieferten Materials den Juden die Ueberzeugung beizubringen versuchten, daß nur ein Sieg der Entente überall den Juden Minderheitsrechte gewähren würde, deren Schutz der Völkerbund übernehmen würde.

Einer der geschicktesten Schachzüge hierbei war die englische Verheißung der Errichtung eines selbständigen Judenstaates in Palästina, der Deutschland im Jahre 1918 ein Gegengewicht bieten wollte durch die lächerliche Gründung eines deutschen Palästina-Komitees, dem u. a. Politiker angehörten, deren unzweifelhafte antisemitische Gesinnung aus zahlreichen schriftlichen und mündlichen Aeußerungen nachgewiesen werden konnte. Gekrönt wurde dieses Werk der Entente, vor allem Englands, durch den Beschluß von San Remo, der das Recht des jüdischen Volkes auf Palästina im Friedensvertrag mit der Türkei anerkennt und England als die Macht bestimmt, die Palästina im Auftrage des Völkerbundes verwalten soll unter gleichzeitiger Verpflichtung, die Errichtung der nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina durch materielle und geistige Mittel zu fördern. Den Einfluß, den diese kluge Judenpolitik der Entente auf den Ausgang des Weltkrieges ausgeübt hat, darf man nicht unterschätzen. Auch hier stoßen wir auf einen der zahlreichen Fehler, die von uns begangen wurden und in ihrer Gesamtheit zu dem für Deutschland so verhängnisvollen Ausgang des Krieges führten.

Die Absichten Englands reichen aber weiter. An die Ausnutzung der antisemitischen Neigungen in der deutschen öffentlichen Meinung als Stimmungsmittel für die Entente schließen sich jetzt geschäftliche Maßnahmen. Man begreift in England, daß eines der wirkungsvollsten Bindemittel zwischen der deutschen und der russischen Volkswirtschaft das jüdische Element in Rußland gewesen ist, durch dessen Hände 90 % des ganzen Handels zwischen Rußland und Deutschland liefen. Daher hat die Benutzung des deutschen Antisemitismus als englisches Mittel, um gegen Deutschland Stimmung zu machen, eine Erweiterung erfahren. Charakteristisch ist, daß seit Anfang Mai in London eine Wochenschrift erscheint, die unter dem Titel: „Jüdisches Journal für den Handel, zweisprachiges Organ für die Interessen von Fabrikanten, Exporteuren, Importeuren und Agenten“, die englische Propaganda unter den Juden fortsetzt. Das Blatt erscheint in einer Auflage von hunderttausenden Exemplaren. Es wird unter den Juden der ganzen Welt verbreitet und erklärt als seine Aufgabe, „den Juden des Ostens die Bezugsquellen des Westens, besonders Großbritanniens, zu zeigen, und umgekehrt, die Aufmerksamkeit der britischen Fabrikanten und Exporteure auf die Vorteile zu lenken, die ihnen erwachsen können, wenn sie ihr Geschäft mit dem Osten durch Vermittlung jüdischer Kaufleute entwickeln, die hier eine bislang in England durchaus nicht genügend gewürdigte Rolle spielen“. Offenbar arbeitet dieses Blatt mit gewaltigen Mitteln. Es erscheint zweisprachig, englisch und jiddisch und hat daher ein gewisses Recht dazu, sich als „das leichtest verständliche und wirkungsvollste Vermittlungsorgan für internationalen Handel“ zu bezeichnen. Verbunden ist das Blatt mit einer jüdischen Inseratenvermittlung. Es verbindet in außerordentlich geschickter Weise Zionismus und Geschäft. Hervorragende Vertreter der Judenschaft und des Zionismus sind ständige Mitarbeiter des Blattes. Seine Hauptaufgabe scheint es darin zu erblicken, die Vorzüge des englischen Handels, der englischen Methoden und der englischen Wirtschaftsgebräuche gegenüber den deutschen zu schildern. Was irgendwie Ungünstiges aus Deutschland berichtet werden kann — und das ist leider nicht wenig in der gegenwärtigen Zeit —, wird in dem Blatt zusammengetragen und sehr geschickt gegen Deutschland und für England ausgenutzt. Dabei wird vor allem die Aufmerksamkeit der Leser auf Rußland und die Donauländer gelenkt. Eine sehr sorgfältig redigierte Rubrik: „Käufers Führer“, zeigt in der Form von kurzen Anzeigen in englischer und jiddischer Sprache den Kauflustigen in den Ostländern die Wege zu allen möglichen Warenquellen in Großbritannien. Ein Auskunfts- und Agenturbureau, das von dem Blatt in London unterhalten wird, verfügt über ein weitverzweigtes Netz von Niederlassungen in den Kolonien und im gesamten Ausland, die jede Auskunft erteilen, Beziehungen vermitteln, und tun, was sie tun können, um das Judentum mit dem englischen Geschäftsleben zu verbinden.

Man hat sicherlich in diesem Organ ein großzügiges, sehr geschickt ausgenutztes Mittel zu erblicken, mit dem die Engländer die im Judentum vorhandenen kaufmännischen Kräfte ihren volkswirtschaftlichen Interessen dienstbar zu machen versuchen. Das wird ihnen um so leichter, als das deutsche Wirtschaftsleben ja jetzt darniederliegt, und nur in geringem Maße dazu beitragen kann, den Warenhunger in der Welt zu stillen. Ebenso wichtig wie diese Tatsache ist aber die andere, daß das Blatt auch sehr taktvoll und unaufdringlich die Gefühlswelt der Juden berührt, auf die in der gegenwärtigen Zeit keine angenehmen Botschaften aus Deutschland einwirken.

So besorgt der Antisemitismus die Geschäfte der englischen Konkurrenz, was um so grotesker wirkt, als die Kreise, die bei uns den Radau-Antisemitismus und den Englandshaß pflegen, ja identisch sind. Die Hoffnung, den antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland dadurch entgegenwirken zu können, daß man auf ihre Inhumanität verweist, ist gering; fürs Geschäftliche verraten unsere Antisemiten aber meistens eine nicht unbeträchtliche Begabung. Vielleicht haben darum die hier dargelegten Zusammenhänge zwischen Geschäft und Antisemitismus einen gewissen erzieherischen Wert.“

3. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Ostjudenfrage.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ veröffentlichte am 14. 7. den nachfolgend abgedruckten Artikel des bekannten Mitgliedes der deutschnationalen Reichstagsfraktion, D. Mumm:

„Die Ostjudenfrage.

Wie in der Nationalversammlung, so hat auch im neuen Reichstage die Deutschnationale Volkspartei jede Gelegenheit benutzt, um die unerträgliche Einwanderung galizischer und polnischer Juden zur Sprache zu bringen. Es wird nicht ohne Bedeutung sein festzustellen, ob in dieser Frage die neue Koalition den Kurs der alten fortsteuert — einen Kurs, der ins Verderben führen muß.

Es soll nicht geleugnet werden, daß schon während des Krieges gewisse Reichsstellen, um der Arbeitslosennot in Polen zu wehren, und um dem deutschen Wirtschaftsleben schmerzlich entbehrte Arbeitskräfte zuzuführen, sich verfehlt haben. Aus Lodz usw. wurden viele „polnische Arbeiter“ eingeführt, die sich an der Arbeitsstelle sofort verkrümelten, um dann überall als Händler und Schieber niederster Sorte aufzutauchen. Auch weiß man, daß im Hintergrunde der deutschen Sowjetbewegung das Ostjudentum steht. Die ermordeten Münchener Geiseln gehörten einer antisemitischen Loge an und wurden darum von Lewin-Leviné-Nissen bis in den Tod gehaßt.

Und die furchtbar ernste innere Lage in der Gegenwart ist nicht zuletzt dadurch bedingt, daß überall Ostjuden das Feuer des Hasses schüren.

Schon im Vorjahr wies ich in der Nationalversammlung darauf hin, daß die Zehntausende von Ostjuden in Berlin nicht nur unsere Wohnungsnot erhöhen, die Schiebergarde verstärken und die Nahrungsmittelnot verschärfen, sondern daß sie auch in Stunden der Unruhen furchtbar emportauchen können — nichts ist dawider geschehen!

Nun hört man immer wieder, wie Wigdor Kopp und seine Leute alles für den Augenblick vorbereiten, da der entscheidende Schlag zur Bolschewisierung Deutschlands geschehen soll.

Erneut hat die deutschnationale Fraktion beantragt, der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze, zu wehren. Ueber die Aufnahme eines solchen Wunsches des deutschen Volkes sind wir nicht im Zweifel. Zweifelhaft kann man nur sein, ob es im deutschen Reichstage möglich ist, ein Verlangen durchzusetzen, hinter dem die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht.“

In gerechter Würdigung der Sachlage gab die Braunschweigische Landeszeitung am 16. 7. 20 Herrn Landesrabbiner Dr. Rieger Gelegenheit zu einer Entgegnung. Wir bringen diese Entgegnung nachstehend mit der Notiz der Redaktion der „Braunschweigischen Landeszeitung.“

„Die Ostjudenfrage.
Von Landesrabbiner Dr. Rieger.

Dem Grundsatz folgend: Audiatur et altera pars geben wir dieser Zuschrift gern Raum. An Herrn D. Mumm wird es sein, seine Anschauungen durch Widerlegung der nachstehenden Feststellungen als richtig zu beweisen.

Ich beabsichtige keine Widerlegung des völlig irreführenden Artikels des Herrn D. Mumm in Nr. 189 der „Landeszeitung“, sondern nur eine sachliche Richtigstellung seiner irrigen Behauptungen. Jeder einsichtige Leser kann sich dann aus diesen Berichtigungen leicht selbst ein Urteil über den Wert des Artikels des Herrn Mumm bilden.

1. Zuerst die Zahlen der „unerträglichen Einwanderung galizischer und russischer Juden“! Die Zahl der seit Kriegsschluß eingewanderten Ostjuden beträgt für Berlin 25 000 bis 30 000, für Bayern 3000 bis 4000, für Baden und Württemberg zusammen 2000. Für die anderen Bundesstaaten sind die Zahlen der Einwanderer noch geringer.

2. Der Geiselmord in München hat mit der Ostjudenfrage nicht das Mindeste zu tun. Zu den Ermordeten gehören nicht nur Mitglieder einer antisemitischen Loge, sondern auch der greise jüdische Maler Professor Berger. Von den im Münchener Geiselmordprozeß Angeklagten Fritz und Josef Seidl, Schicklhofer, Wisl, Purzer, Fehme, Kick, Gsell, Hasselmann, Lerner, Games, Huber, Rothmeyer, Petermeyer, Völkl und Schmitteie ist auch nicht einer Jude. Dagegen hat sich der Jude Toller dem Morde der Geiseln mit aller Macht widersetzt.

3. Levin ist niemals Jude gewesen. Nach Auskunft der Münchener Staatsanwaltschaft heißt Levins Vater Ludwig, seine Mutter Katharina Kondratiowa. Er stammt also auch nicht von jüdischen Eltern. Der Name Levin ist eine Verdeutschung des lateinischen Namens Laevinus.

4. Die deutsche Sowjetbewegung hat mit den ostjüdischen Einwanderern überhaupt keinen Zusammenhang. Alle Behauptungen, daß sich bei den Unruhen im Ruhrgebiet Ostjuden beteiligt haben, sind als irrig längst dargetan. Alle, aber auch alle von der „Deutschen Zeitung“ vom 2. April namentlich aufgeführten „Ostjuden“ die bei den Unruhen eine führende Rolle gespielt haben sollen, sind entweder als Christen oder als völlig Unbeteiligte bereits nachgewiesen. Unter den 16 Toten der Essener Einwohnerwehr, die im Kampfe gegen die Spartakisten gefallen sind, befinden sich allerdings zwei Juden. Das ist die einzige Tatsache der Beteiligung von Juden an den Ruhrgebietunruhen!

5. Wenn sich im letzten Jahre eine Anzahl russischer und deutscher Juden — zumeist überspannte Literaten — an der kommunistischen Bewegung beteiligt hat, so ist das Judentum dafür nicht verantwortlich zu machen, zumal die Kommunisten längst aus dem Judentum ausgetreten waren und wie Eisner jeden Zusammenhang mit dem Judentum schroff ablehnten. Graf Arco, der den Juden Eisner ermordet hat, war übrigens der Sohn einer Jüdin.

6. Gegen die Behauptung, daß die eingewanderten Ostjuden „Händler und Schieber niederster (!) Sorte“ und Träger des Bolschewismus sind, lege ich feierlichen Einspruch ein. Das Aktenmaterial beweist, daß sich unter allen in bayerischen Internierungslagern untergebrachten Ostjuden kein einziger befunden hat, der sich eines ehrenrührigen Lebenswandels schuldig gemacht hat. Die Internierten sind ausschließlich Juden gewesen, die ohne die nötigen Papiere über die Grenze gekommen sind, um dem polnischen Elend zu entrinnen.

Mit Menschen, die durch Wucher, Schiebertum und Schleichhandel oder durch Hehlerei die Notlage des deutschen Vaterlandes ausbeuten, lehnen wir jede

äußere und innere Gemeinschaft ab. Soweit diese gemeinen Schädlinge Juden sind, sagen wir uns offen und frei von ihnen los. Zu unseren ehrlichen, arbeitsamen ostjüdischen Glaubensgenossen bekennen wir uns dagegen ebenso offen und frei."

In der „Braunschweigischen Landeszeitung" vom 28. Juli entgegnete Herr Mumm folgendes:

„Zur Ostjudenfrage.

Herr Landesrabbiner Dr. Rieger wandte sich unlängst in der „Braunschweigischen Landesztg." gegen meine am gleichen Ort erschienenen Ausführungen über die Ostjudenfrage. Er will meine Ausführungen nicht widerlegen, sondern wünscht nur darzutun, daß einige von mir aufgestellte Behauptungen unrichtig seien. Dabei verwechselt er ständig seine Behauptungen, die er aufstellt, mit Beweisen. Nicht an einziger Stelle führt er nachprüfbare Beweise, etwa amtliches Material, zur Erhärtung seines Angriffes an.

Zunächst bietet er — auffällig runde — Ziffern über die Zahl der seit Kriegsschluß eingewanderten Ostjuden: 25 000 bis 30 000 für Berlin usw. Von wann an rechnet er den Kriegsschluß? Bis wann reichen diese Ziffern? Für mich handelt es sich keineswegs nur um die Zeit seit „Kriegsschluß": auch die im Kriege waltenden Behörden haben in der irrigen Meinung, aus den Ostjuden ließen sich gute ständige Arbeitskräfte gewinnen, die Einwanderung gefördert. Sodann sind ungezählte Ostjuden heimlich oder mit falschen Pässen über die Grenze gekommen. Auch Rabbiner Dr. Eschelbacher (Düsseldorf) hat über solche Einwanderung in den Kriegsjahren manches veröffentlicht. Es bleibt dabei, daß die ständig fortgehende Einwanderung galizischer und polnischer Juden für das deutsche Volk psychisch und physisch unerträglich ist; sittliches Empfinden und Sorge um unsere rassische Zukunft gebieten wie vor dem Kriege den Riegel vorzuschieben.

Daß unter diesen Ostjuden ungezählte Händler und Schieber niedrigster Sorte sind, wie sie Gustav Freytag in der Gestalt des Schmeir Tinkeles klassisch gezeichnet hat, sollte Herr Dr. Rieger schon aus Klugheit nicht bestreiten. Ein Gang durch die Berliner Schieberstraßen beweist genugt. Die Akten des Berliner Polizeipräsidiums, das mehr wie eine Razzia gehalten hat, bieten genug. Ich wage die Vermutung auszusprechen, daß auch die jüdischen Wohltätigkeitsgesellschaften in Königsberg, Berlin und anderwärts reiches Material über den Durchschnittscharakter dieser Ostjuden enthalten. Oder würde sich der Herr Landesrabbiner einmal bei Herrn Dr. Haas, M. d. R., erkundigen, der während des Krieges amtlich die Fürsorge für die Ostjuden hatte? Ich selbst habe den Stamm an Ort und Stelle — in Warschau, Baranowitschi, Lemberg, Wloclawek usw. genau genug studiert, um ein Urteil darüber zu haben, ob seine Masseneinwanderung dem deutschen Volke frommt. In Warschau war übrigens mein liebenswürdiger Führer ein leitender deutscher Jude, der meinen Wunsch, daß wir im Reich von den Ostjuden verschont bleiben, teilt. Herr Landesrabbiner Dr. Rieger handelt mit seiner Begeisterung für die eingewanderten „ostjüdischen Glaubensgenossen" — wider den Glauben der Juden habe ich kein Wort gesagt — sicher nicht im Interesse der seit langem in Deutschland nasässigen Judenschaft.

Eine Statistik über die Zahl der Juden unter den auf Deutschland losgelassenen Kommunisten habe ich in den bayerischen Bergen, in denen ich diese Zeilen schreibe, nicht zur Hand. Jüdische Blätter bestritten, daß Kurt Eisner jüdischen Stammes sei. Herr Dr. Rieger behauptet dies. Er bestreitet dagegen die Judenschaft des Herrn Lewin-Lewiné-Nissen und behauptet mit sehr schwachem Grunde, Lewin und Lewiné seien nicht jüdische Namen. Bestenfalls könnte er behaupten, der Name sei doch nicht voller Beweis; wie gering sein Bedürfnis nach dokumentarischem Beleg ist, ersieht man daraus, daß er mit den Namen Ludwig und Kondratiowa seinen Beweis für geführt ansieht. Will er nicht auch behaupten, Bela Khun geb. Kohn und Trotzki geb. Bernstein seien nicht jüdisch? Daß im wesentlichen die Mitglieder einer antisemitischen Loge in München als Geiseln ermordet wurden, kann auch Herr Dr. Rieger nicht bestreiten.

Zu meinem Urteil über die verderblichen Folgen einer hemmungslosen jüdischen Osteinwanderung bekennen sich immer weitere Volkskreise, übrigens auch viele Juden. Mag immerhin Herr Dr. Rieger sich zu seinen „ehrlichen, arbeitsamen" Stammesgenossen freudig bekennen, die Deutschnationalen werden in ihrem Kampf gegen diese Ueberflutung unseres armen Vaterlandes dessen Nahrung, Kohle und Wohnungen schon für uns nicht zureichen, mit stammesfremden, lästigen Volksfremden nicht erlahmen.

D. Reinhard Mumm,
M. d. R.

In der „Braunschw. Landesztg." vom 3. August bekam Dr. Rieger das Schlußwort:

„Nochmals die Ostjudenfrage.

Nur der Umstand, daß Herr D. Mumm in meiner Entgegnung auf seinen Aufsatz „Die Ostjudenfrage" „die nachprüfbaren Beweise" für die ihm von mir nachgewiesenen irrigen Behauptungen vermißt, veranlaßt mich, nochmals das Wort zu dieser Frage zu nehmen und meine Belege zu nennen.

1. Die für die Einwanderung von Ostjuden nach Deutschland genannten Zahlen gelten für die Zeit vom Kriegsschluß bis Mitte April 1920. Sie entstammen den Mitteilungen des „Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen".

2. Meine Angaben, daß sich unter den ermordeten Münchener Geiseln auch der jüdische Professor Berger befunden und daß sich der Jude Toller dem Morde der Geiseln mit aller Macht widersetzt, entstammen dem Stenogramm des Geiselmordprozesses, Verlag Karl Glock u. Sohn, München.

3. Daß Levin Christ ist, besagt eine Auskunft der Münchener Staatsanwaltschaft. Die Namen der Eltern Levins sind ein Beweis für seine christliche Herkunft, da sich russische Juden erst in der jüngsten Gegenwart russische Namen gaben, um dadurch zu bekunden, daß sie sich nicht mehr als Juden, sondern als Russen fühlen.

4. Die deutsche Sowjetbewegung hat mit der ostjüdischen Einwanderung keinerlei Zusammenhang (Hanns Falk, Juden, Regierung und Spartakus nach amtlichem Material, Berlin 1920).

5. Alle Juden, die sich der Kommunistischen Partei angeschlossen, sind aus dem Judentum ausgetreten Aktenmaterial bieten alle jüdischen Gemeinden).

6. Die Behauptung, daß sich unter den in Bayern internierten Ostjuden keiner befunden, der sich eines ehrenrührigen Lebenswandels schuldig gemacht, beruht auf einer Regierungsmitteilung über die im Internierungslager untergebrachten Ostjuden. Eine lange Reihe glänzender Zeugnisse über Fleiß und Tüchtigkeit ostjüdischer Arbeiter als Landarbeiter (Zeugnisse von Freiherrn v. Kittlitz, Freiherrn v. Mirbach, Gutsverwaltung Schenkendorf usw.), als Erdarbeiter (Stadtziegelei Lieberose, Julius Berger, Tiefbau A.-G. usw.), als Bergarbeiter (Harpener Bergbau Zeche Amalia, Gewerkschaft Friedrich Thyssen usw.), als Industriearbeiter (G. Lindström A.-G. Berlin, Eisenbahndirektion Posen usw.) veröffentlicht das Jüdische Arbeitsamt, Berlin N 24.

Weitere Belege für meine Angaben bietet das Buch des Deutschnationalen Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Antisemitismus, eine unparteiische Prüfung des Problems (Charlottenburg 1920).

Der Stamm, welcher der Menschheit einst einen Jesus und einen Paulus und in der Neuzeit einen Spinoza und einen Moses Mendelssohn geschenkt hat, kann doch nicht so verworfen sein, wie das Herr D. Mumm aus jedem seiner Worte herausempfinden läßt. Muß der Rabbiner den christlichen Theologen an das Wort des vierten Evangelisten erinnern: „Ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet“ (Joh. 13,34, 1. Joh. 4,7)?

Landesrabbiner Dr. Rieger.

Damit schließen wir die Erörterung über die Ostjudenfrage ab, nachdem beide Teile hinreichend zu Wort gekommen sind.“

4. Rasse und Volkshochschule.

„Die Arbeitsgemeinschaft, Monatsschrift für das gesamte Hochschulwesen“, Verlag Quelle & Meyer, Leipzig, Kreuzstr. 14, veröffentlicht im Juni-Heft 1920 einen Aufsatz von Dr. Arthur Jacobs, der außerordentlich wertvolles Material gegen die Alldeutsch-völkischen enthält. Aus dem besonders trefflichen Absatz „Rasse und Volkshochschule“ drucken wir nachfolgend den bewerkenswertesten Teil ab:

„1. Rasse und Volkshochschule.

Die Stufenleiter der Standpunkte, welche in dieser Frage vertreten werden, bezeichnen die Begriffe Rasse, Volk, Staat, Menschheit. Den äußersten Standpunkt nehmen die Anhänger des reinen Rassegedankens ein. Sie berufen sich zwar auf angeblich wissenschaftliche Ergebnisse; aber wenn man nachforscht, lösen sich diese Ergebnisse meistens in ebensoviele Glaubensbekenntnisse auf. Diese Männer (wie Tanzmann und seine Gesinnungsgenossen) möchten die Arbeit der Volkshochschule ganz in den Dienst des Rassegedankens stellen. Sie sehen ihr Hauptziel in der „Erweckung, Erforschung und Pflege der rassischen Charakter- und Geisteseigenschaften“. Sie fordern von dem Schüler, aber noch mehr vom Lehrer „germanisches Rassenbewußtsein“ und die Versicherung, daß man kein nicht-arisches Blut in den Adern habe. Den ganz Konsequenten genügt das aber noch nicht. Ihnen ist das Blutsbekenntnis „längst zur Selbstverständlichkeit“ geworden, und sie haben den völkischen Gedanken bereits zum „völkisch-religiösen“ „vertieft“. Sie wollen dem deutschen Volke als neue und höhere Stufe der Religion eine Art neuzeitlichen Wotanskult bringen. Ihr Ziel ist der reinrassige und wotangläubige Germane.

Daß Ziele wie diese ernsthaft vertreten werden und gar eine Gemeinde finden, ist kaum ein Beweis für die Kulturhöhe des „reinen Germanentums“, wohl aber ein Beweis dafür, in welchem Schwaden von Aberglauben, Dilettantismus und intellektueller Unreinlichkeit wir noch leben, und wie bitter not uns Klarheit und Wahrhaftigkeit tun. Daß die Rassenfanatiker mit schweren, vielleicht niemals restlos lösbaren Problemen umspringen wie mit anerkannten Tataschen, mag noch hingehen, daß sie aber Bekenntnisse fordern, von denen sie sich mit Leichtigkeit klarmachen können, daß sie ein wahrhaftiger Mensch unmöglich abgeben kann (da nicht nur niemand mit Sicherheit wissen kann, ob er arisch-germanischer Herkunft ist, sondern nicht einmal, was arisch-germanisch überhaupt ist), rückt solche Meinungen in eine Sphäre, wo ernsthafte Diskussion und sachliche Verständigung kaum noch möglich erscheint. Nur um zu zeigen, wie sich bei diesen Romantikern der Aberglaube bisweilen zur Groteske steigert, sei erwähnt, daß nach Tanzmann das deutsche Volk seinen „siegreichen Kampf ums Dasein“ nur „kraft seiner germanischen Rasse“ (!) bestehe (daß die uns verbündeten Ungarn, Bulgaren, Polen, Türken anderer Rasse und die uns feindlichen Engländer und Amerikaner von derselben Rasse sind, daß überhaupt fast kein Krieg der Weltgeschichte das Rassenargument handgreiflicher widerlegt hat, als dieser Weltkrieg, kümmert diesen Rasseapostel nicht), und daß ein Mann wie Luntowski (der immer von „Blutsbekenntnis“ redet und sich jetzt Adalbert Reinwald nennen läßt), nach Namen und (wie Engelhard versichert) auch nach dem Gesichtsausdruck verrät, daß er nicht rein germanischen Blutes ist.

Ich gehöre nicht zu denen, die aus der Tatsache, daß Rassenunterschiede begrifflich schwierig zu bestimmen sind, folgern, daß es keine Rassenunterschiede gäbe. Wer die Tatsache der Rasse und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Menschen leugnet, leugnet Wirklichkeiten. Es sind Wirklichkeiten, die für die ganze Gestaltung des menschlichen Lebens von unermeßlicher Bedeutung gewesen sind. Sie haben unser Leben eigenartig, reich und bunt gemacht. Die Eigenartigkeit der Volkskulturen beruht zu einem wichtigen Teile auf den Triebkräften ihrer Rasseelemente.

In der Anerkennung der Tatsache der Rasse und ihrer Bedeutung für die Entstehung der völkischen Eigentümlichkeiten besteht also zwischen den Vertretern des reinen Rassegedankens und mir kaum ein Unterschied. Was uns trennt, ist zunächst das Dogma von der reinen Rasse. Nach meiner Ueberzeugung gibt es in Westeuropa unter den großen Völkern keine reinen Rassen mehr und kann es auch nie wieder geben. Die meisten großen Völker in Westeuropa sind Mischungen, und zwar meistens von sehr zahlreichen und sehr verschiedenartigen Rassen. Wer diese Tatsache übersieht und mit Reinrassigkeitstheorien anmarschiert, übersieht Wirklichkeiten. Wer gar, trotz dieser Wirklichkeiten, Gelübde über Reinrassigkeit fordert, ermuntert nicht nur zum Aberglauben, sondern fordert geradezu zur Unwahrhaftigkeit auf.

Zweitens ist es aber durchaus nicht sicher, ob durch Reinrassigkeit die Kultur eines Volkes unter allen Um-

ständen gefördert wird. Die Blutmischungen innerhalb eines Volkes und die darauf erbauten eigenartigen und zum Teil hohen und wundervollen Kulturen sind beinahe der Beweis des Gegenteiles. Das bringt mich sogleich auf eine grundlegende Erwägung. Die Rasse ist ein Grundelement des Volkstums, aber sie ist nicht gleichbedeutend mit Volkstum. Volkstum ist mehr als Rasse. Zum Aufbau eines Volkes, im besten Sinne, ist Einzigartigkeit der Rasse nicht erforderlich. Rassenmischungen bewirken oft Wunder. Fast alle großen Kulturerscheinungen der Völker sind nicht sowohl Folgen der Rasse als vielmehr Merkzeichen einer Volksgemeinschaft, die oft rassig vielfach gemischt war. Ich brauche mich hier gewiß nicht zu verteidigen gegen den Einwand, daß ich Volksgemeinschaft mit Staatsangehörigkeit gleichsetze. Staatsangehörigkeit ist stets etwas Mechanisches. Volksgemeinschaft ist Kulturgemeinschaft. Wer Angehöriger des deutschen Staates ist, ist damit noch längst kein Glied des deutschen Volkes. Aber ebensowenig ist der reinblütige Germane ohne weiteres Glied einer deutschen Volksgemeinschaft. Uebrigens ist der Streit, ob jemand zum deutschen Volke gehört oder nicht, heute müßig, da es gar kein deutsches Volk gibt im Sinne einer Kulturgemeinschaft. Wir haben weder eine Kultur noch eine Kulturgemeinschaft. Wenn wir also von diesen Dingen hier sprechen, so sprechen wir von Vergangenem oder Zukünftigem. Die Vergangenheit zeigt uns, daß Volksgemeinschaft nicht gleichzusetzen ist mit Rassegleichheit oder Rassereinheit. Kulturschöpferisch war fast immer die Volkseinheit, nicht die Rasse, ob wir nun eine persische Medrese oder eine der großen Moscheen der Osmanen oder eine altägyptische Pyramide oder einen gotischen Dom betrachten. Wir kommen so zu der wichtigen Erkenntnis, daß die wertvollen Eigentümlichkeiten eines Volkes nicht nur ohne Reinhaltung der Rasse gewahrt bleiben können, sondern oft geradezu durch Rassenmischungen entstehen.

Auf der anderen Seite ist aber die Rasse auch nicht der einzige Baustoff bei der Bildung eines Volkes. Deutschtum ist nicht gleichbedeutend mit arisch-germanisch, es ist überhaupt nicht gleichbedeutend mit irgend etwas Rassehaftem. Zum Deutschtum gehören neben dem Blute auch die geistig-seelische Bindung,welche sich ergibt durch gemeinsame Geschichtserfahrung, durch gemeinsames Erlebnis, durch Heimat und Sprache und durch die mannigfaltigen seelischen Beziehungen, welche das Gemeinschaftsleben mitbringt. Man kann sehr reinrassig dem Blute nach und doch dem seelischen Kerne nach sehr undeutsch sein. Andererseits kann man dem Blute nach fremdrassig sein und doch in Gesinnung und Wesenskern deutscher Empfindung näher als mancher Blutsdeutsche.

Zum Schlusse noch ein kurzes Wort über das Ausleseprinzip. Daß es aus völkischen Gründen nicht nötig, aber auch nicht richtig ist, Fremdrassige von dem Besuch der Volkshochschule auszuschließen, ergaben unsere Ausführungen schon.

Dazu kommen aber noch andere Gründe, die uns höher und näher stehen als völkische, nämlich allgemein menschliche, welche uns nötigen, jede Art von Auslese nach Rassen- oder völkischen Gesichtspunkten ohne Einschränkung abzulehnen. Es widerspricht nach meiner Ueberzeugung nicht nur den Grundsätzen der Humanität (die wir hochhalten wollen, auch wenn wir nicht darnach behandelt werden), sondern auch der Idee unseres modernen Staates (der jedem gleiche Rechte zusagt, sofern er die gleichen Pflichten erfüllt), Staatsbürger, die unter uns leben und vielleicht schon Jahrhunderte unter uns lebten, von der Teilnahme an einer so grundlegenden und wichtigen Veranstaltung, wie die Volkshochschule es werden soll, auszuschließen, nur weil fremdes Blut in ihren Adern fließt. Wo einer innerlich nicht paßt, da sind Handhaben genug, ihn fernzuhalten. Sind solche Ablehnungsgründe nicht vorhanden, so handelt es sich um wertvolle Menschen. Sie fortzustoßen lediglich aus Rassegründen, widerspricht dem Geist der Sittlichkeit, auf die jede Erziehungsgemeinschaft letzten Endes aufgebaut sein muß.

Ich glaube auch nicht an das Axiom der inneren Fremdheit nicht verwandter Rassen. So wie Rasseverwandtschaft kein Beweis von Wesensgemeinschaft ist (der Krieg hat wohl auch für die Völkischen diesen Glaubenssatz zerschlagen), so Rassefremdheit keiner für eine unüberbrückbare Kluft im Seelischen. Wer die Welt nicht durch die Rassenbrille schaut, sondern durch die unverbildeten Augen seiner natürlichen Empfindungen, der wird gar nicht verkennen können, daß man sich einem Fremdrassigen unendlich näher fühlen kann, auch in allen „deutschen" Angelegenheiten, als vielen echten deutschen Stammesbrüdern. Wer mir menschlich nahe ist, wer zur Wissenschaft und zur Kultur ähnliche Beziehungen hat wie ich, wem ein altes deutsches Volkslied, eine Bachsche Fuge, ein Lied von Schubert, eine Beethovensche Senate, eine Holzschnitzerei von Riemenschneider, der Isenheimer Altar, ein Bild von Schwind, eine Radierung von Klinger, ein Gedicht von Goethe ein Drama von Kleist, eine Erzählung von Gottfried Keller in ähnlicher Weise wie mir die Seele bewegt, wer mit mir versinken kann in die mystische Tiefe eines Eckhardt und sich gleich mir erheben lassen kann von dem erhabenen und großgefügten Weltbild eines Kant, wer mit mir den deutschen Wald liebt und das deutsche Meer und die deutschen Berge, mit wem ich mich eins fühle in der ganzen Art, die Welt anzuschauen, wem ich mich nahe fühle, auch ohne Worte, der ist mir verwandt, der ist mein Bruder, und nicht etwa jeder biertrinkende, kegelschiebende deutsche Stammtischphilister."

5. Einstein.

Gegen Einstein wird von antisemitisch-deutschvölkischer Seite eine Hetze eingeleitet, die, über alles Sachliche hinaus, nur von persönlichen und völkischen Empfindungen getragen ist. So hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher zur Erhaltung reiner Wissenschaft" gegründet, die als erste und scheinbar einzige Aufgabe die Bekämpfung der Einsteinschen Theorien sich gesetzt hat. Einer der Gründer, Herr Paul Weyland, hat in der Unterhaltungsbeilage der „Täglichen Rundschau" vom 6. August bereits eine „Kritik" über Einstein, „Einsteins Relativitätstheorie — eine wissenschaftliche Massensuggestion" erscheinen lassen. Am Dienstag, den 24., veranstaltete die neue Vereinigung in der Philharmonie, Berlin den ersten Vortragsabend. Die mit viel Reklame ins Leben gerufene Veranstaltung brachte Vorträge von Paul Weyland und Prof. Gehrke. Die Art und Weise, mit der diese „Wissenschaftler" den sachlichen Kampf gegen

Einstein beginnen, hat bekannte Gelehrte zu der nachfolgend abgedruckten Erklärung, die in den verschiedensten Tageszeitungen erschien, veranlaßt:

„In der gestrigen Versammlung in der Philharmonie, auf der Einsteins Relativitätsprinzip beleuchtet werden sollte, sind nicht nur gegen seine Theorie, sondern zum tiefsten Bedauern der Unterzeichneten, Einwände gehässiger Art auch gegen seine wissenschaftliche Persönlichkeit erhoben worden. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns an dieser Stelle über die beispiellos tiefe Gedankenarbeit näher zu äußern, die Einstein zu seiner Relativitätstheorie geführt hat, überraschende Erfolge sind bereits erzielt, die weitere Prüfung muß natürlich Sache der künftigen Forschung bleiben. Dagegen möchten wir, was gestern mit keinem Wort berührt wurde, betonen, daß, auch abgesehen von Einsteins relativistischen Forschungen, seine sonstigen Arbeiten ihm einen unvergänglichen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaft sichern; dementsprechend kann sein Einfluß auf das wissenschaftliche Leben nicht nur Berlins, sondern ganz Deutschlands kaum überschätzt werden.

Wer die Freude hat, Einstein näher zu stehen, weiß, daß er von niemand in der Achtung fremden geistigen Eigentums, persönlicher Bescheidenheit und Abneigung gegen Reklame übertroffen wird. Es scheint uns eine Forderung der Gerechtigkeit, ungesäumt dieser unserer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, um so mehr, als dazu gestern abend keine Gelegenheit geboten wurde.

v. Laue. Nernst. Rubens."

Schließlich sei noch auf folgendes hingewiesen: In der Zeitschrift „Die Naturwissenschaft" vom 20. August legte Prof. Erwin Freundlich, Direktor der Sternwarte Berlin-Neubabelsberg dar, wie die englische Sonnenfinsternisexpedition, die geleitet gewesen sei von den 4 ersten englischen Astronomen, vollgültige Beweise für die Einsteinsche Theorie erbracht habe.

Was sagt dazu die hohe Wissenschaft der „Deutschen Zeitung"?

6. Zum Fall Ruge.

Arnold Ruge, einer der rührigsten süddeutschen Antisemitenführer, bisher Privatdozent an der Universität Heidelberg, ist die venia legendi entzogen worden. Sein Rekurs beim Badischen Staatsministerium dagegen hatte keinen Erfolg.

Wir entnehmen dazu das Nachstehende dem Karlsruher Tageblatt vom 30. Juli 1920:

„Der Fall Ruge.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Das Staatsministerium hat den Rekurs des Privatdozenten Dr. Arnold Ruge in Heidelberg, dem durch Disziplinarerkenntnis des Ministeriums des Kultus und Unterrichts auf Antrag der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg die venia legendi entzogen worden war, zurückgewiesen.

Privatdozent Dr. Ruge hatte am 22. November 1919 gelegentlich einer Demonstration die angebliche Nichterwähnung des Stifters der Universität in einer Universitätsfeier als Feigheit bezeichnet, ein Vorwurf, der sich nur gegen die beiden Redner bei der Feier, den Rektor und Prorektor der Universität, richten konnte, im übrigen sachlich unberechtigt war. Im Verlauf des Ermittelungsverfahrens wegen dieses Vorfalles bezeichnete er dieses Verfahrens als „eine Verfolgung eines Hochschullehrers in rein politischer Absicht" und machte dem Rektor den Vorwurf, er habe durch die Uebernahme des Auftrags des Ministeriums einen Verstoß gegen die Grundlagen des Hochschulwesens begangen und sein Verhalten sei ein Mißbrauch der Amtsgewalt. Dabei gebrauchte er folgende Drohung:

„Sollte mir nicht in wenigen Tagen in amtlicher Weise eröffnet sein, daß sämtliche gegen mich auf Veranlassung des demokratischen Ministers Hummel und der politisch organisierten Juden auf dem Wege über das Rektorat unternommenen Schritte rückgängig gemacht sind und das Verfahren eingestellt ist, werde ich meinerseits die nötigen Vorkehrungen treffen, um die gefährdeten Grundlagen der Universität zu schützen."

Ein Mitglied des Engeren Senats beschuldigte er der Entstellung und der Denunziation. Seinen engeren Berufskollegen warf er niederträchtige Behandlungsart vor, deren Wurzel er in dem „sich weiter auswirkenden System der unser Volk beherrschenden Juden und ihrer Hintermänner, alle diejenigen zu ruinieren und bei den eigenen Berufsgenossen herabzusetzen, die diesem System die Stirne bieten" sucht. In einem Schreiben wirft er dem Herrn Rektor vor, daß sein Verhalten mit der Ehre eines akademischen Lehrers unvereinbar sei und erklärt, daß er aus diesen Gründen seine Vorlesungen für das nächste Semester aussetze. Auf Antrag der philosophischen Fakultät wurde ihm zur Zurücknahme der Beleidigungen eine Frist erteilt, die er dazu benutzte, um neue Beleidigungen auszusprechen. Er schließt sein Schreiben mit dem Satz: „Solange die maßgebenden Staatsstellen sich ausschließlich in den Händen derer befinden, die durch Klassenverhetzung und durch die mammonistische Herrschaft der jüdischen Presse aus dem allgemeinen Chaos emporsteigen, wünsche ich nichts weiter, als freier Gelehrter zu sein nach Maßgabe derjenigen Bestimmungen eines geordneten Staatswesens, nach denen ich mich hier habilitiert habe."

Daraufhin wurde dem Dr. Ruge auf Antrag der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg die venia legendi entzogen. Gegen diesen Entscheid legte er Rekurs an das Staatsministerium ein. In dem Schreiben, in dem er das dem Unterrichtsministerium mitteilte, lautete der Schlußsatz: „Nach dem Schreiben, in welchem von dem jüdisch-demokratischen Minister Hummel auf eine „Landesherrliche" Verordnung vom 31. August 1894 Bezug genommen wird, habe ich vom 28. Juni ab gerechnet 14 Tage Zeit, um gegen den rechtswidrigen Gewaltakt, insbesondere gegen die ausgesprochenen Unwahrheiten Rekurs einzulegen." In dieser Rekursschrift sind folgende Sätze enthalten:

„Es war dem Ministerium gar nicht darum zu tun, die Sache objektiv zu prüfen, sondern einfach um den Beweis, daß das jüdisch-demokratische Regierungssystem entschlossen ist, sich über Recht und Billigkeit hinwegzusetzen und seine Macht, bzw. die seiner Hintermänner zur Geltung zu bringen."

Das Urteil des Ministeriums nennt er eine bewußte Fälschung der Wahrheit. Das jüdische Ministerium Hum-

mel habe den beleidigten Mitgliedern der Universität Vorspann leisten müssen, man sei zu feige gewesen, sich offen als gehorsamer Knecht der Juden zu bekennen. Es handle sich um die Förderung einer Verfolgung durch die Juden seitens des jüdisch versippten Rektors Kossel, daher um einen glatten Mißbrauch der Amtsgewalt und die Beschmutzung der akademischen Freiheit.

In Erledigung dieser über 12 Seiten füllenden Sammlung von Stilblüten hat das Staatsministerium auf Abweisung des Rekurses bestanden."

* * *

Daß die deutschnationale antisemitische Presse sich in ihrer Majorität auf Seiten des „Märtyrers" Arnold Ruge stellt, ist klar. Einsichtige Köpfe dieser Richtung aber machen diesen Schwindel nicht mit. Interessant ist, was Adam Röder in der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz" vom 5. August sagt. Wir geben es nachstehend auszugsweise wieder:

„Auf Seite der deutschnationalen Parteipresse, die im Antisemitismus das wichtigste Stimulans ihrer Agitation erkennt, versucht man den Fall Ruge zu einem Märtyrertum seines Namensträgers umzubilden. Von einem solchen kann nach sachlicher Betrachtung des Falles keine Rede sein. Herr Ruge hat seine Kollegen im engern und weiten Kreis, den Rektor und Protektor der Universität, das Gesamtministerium und das Kultusministerium so maßlos in der Form angegriffen — und auch sachlich unberechtigt —, daß er sich gratulieren kann, wenn es bei dieser Entziehung des Vorlesungsrechts bleibt. Unterm „alten Regime" wäre der Produzent solcher Beleidigungskaskaden rettungslos dem Staatsanwalt verfallen; Herr Dr. Ruge schüttet kübelweise seine beleidigenden Angriffe auf die Gegner, die sich doch in Regierungsstellen befinden. So kann man mit den Leuten nicht umgehen, solche Schmähungen kann sich keine Regierung gefallen lassen. ......

Es soll übrigens an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß Dr. Ruge nicht etwa konservativ ist und daß er sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, als Konservativer angesprochen zu werden. Dr. Ruge ist durchaus politisch Demokrat und Antisemit dabei, sehr begabt, aber ein verworrener Kopf. Sein Wirken in Heidelberg stellt außerdem einen Spezialfall dar, der in seinen Einzelheiten so sehr persönlicher Natur ist, daß es besser ist, auf ihn nicht einzugehen.

Wir sind s. Zt. für Dr. Ruge eingetreten, als man unterm alten Regime — das, wie gesagt, keineswegs zartfühlend war, wenn es sich um Wahrung der behördlichen Autorität handelte — bei Dr. Ruge eindrang, um nach Manuskripten zu suchen, weil man ihn für den Verfasser der „Junius Alter"-Briefe hielt. Sein berühmter Großoheim Arnold Ruge, der 1848er Ultra-Demokrat, Revolutionär und erfolgreiche politische Schriftsteller, hatte bekanntlich die „Junius-Briefe" des Sir Francis (1770) ins deutsche übersetzt und herausgegeben. So schloß man geistreich, daß die „neuen" Junius-Briefe (1915) von dem „neuen" Arnold Ruge sein müßten!

Arnold Ruge junior aber entfernte sich immer mehr von den logischen Bahnen einer logischen Politik; er lebte sich so vollständig im antisemitischen Konventikel ein, daß sein Denken und Fühlen von Suggestionen beherrscht war. Auch vom Verband für Schutz der deutschen Familie mußte er sich trennen, da seine eigenbrödlerische Art ein ersprießliches Zusammenarbeiten ausschloß.

Herr Dr. Ruge sieht überall Juden. Herr Hummel vom badischen Kultusministerium ist gewiß ein unangenehmer Herr, der nur durch einen unlogischen Schaumspritzer der Revolution Minister werden konnte; aber deswegen braucht er doch kein Jude zu sein. Und er ist auch tatsächlich keiner, auch kein getaufter. Er ist, wenn wir nicht irren, s. Zt. sogar von den positiven Evangelischen des Kreises Hornberg als demokratischer Kandidat gegenüber dem des Zentrums unterstützt worden!

Im ganzen: es handelt sich wirklich nicht um ein politisches Martyrium des Antisemiten Dr. Ruge, sondern um einen Spezialfall politischen Querulantentums."

7. Borkum und die U.S.P.D.

Die Ostpreußische Zeitung vom Montag, den 2. August 1920 schreibt:

„Die unabhängigen Hafenarbeiter Emdens drohen mit Stillegung allen Verkehrs nach Borkum, wenn das ‚Borkumlied' weiter gesungen wird. Das Absingen ist seit gestern abend eingestellt."

Hierzu erfahren wir von durchaus zuverlässiger Seite folgendes:

An dieser Mitteilung ist kein wahres Wort. Der Sache U. S. P. D. Emden contra Borkum liegt vielmehr folgender Tatbestand zugrunde: Der Insel Borkum sind an Fleisch — selbstverständlich außer dem jeder Person gesetzlich zukommenden Quantum — für den Kurbetrieb wöchentlich 20 Stück Großvieh zuerkannt worden. Aber man begnügte sich nicht mit diesem Quantum. In großen Mengen wurde Vieh nach Borkum verschoben. Vieh darf aber nur ausgeführt werden, wenn es als „Zuchtvieh" bestimmt ist. Obgleich nun auch den Allerdümmsten bekannt ist, daß auf Borkum keine Viehzucht getrieben wird, wurde von den Behörden die Ueberführung des Zuchtviehs anstandslos genehmigt. Und da in Borkum ein kaufkräftiges Publikum ist — die Flasche Sekt kostet auf dem Roten Teppich 155,— Mark — so wurde Vieh in großen Mengen und dabei in guter Qualität, herübergeschoben. In Borkum war stellenweise eine derartige Fülle von Fleisch, daß Badegäste Speck, Fett und in Borkum hergestellte Wurst in ihre Heimat verschickten. Dagegen ist in Emden vier Wochen lang jeglicher Fleischverkauf wegen Fleischmangel eingestellt gewesen und das in letzter Zeit gelieferte Fleisch war von schlechtester Qualität. Ebenso wie Fleisch wurde auch Milch nach Borkum in großer Menge gesetzwidrig verschoben. Während in Borkum stellenweise auf jeden Einwohner täglich durchschnittlich ein halber Liter kam, mußten sich in Emden vielfach ganze Haushaltungen mit einem Viertelliter begnügen. Diese Zustände wurden im Emder Bürger-Kollegium von Mehrheitssozialisten mehrfach zur Sprache gebracht, jedoch erfolglos. Nachdem dann der Arbeiter-Gesang-Verein einen Ausflug nach Borkum gemacht hatte und die Arbeiter gesehen hatten, wie in Borkum geschlemmt wurde, griff die U. S. P. D. ein. Sie richtete an den Magistrat und das Landratsamt ein Ultimatum, dahingehend, daß, wenn die gesetzwidrigen Schiebungen nicht aufhören, und wenn man in dieser Sache der U.S.P.D. nicht ein Kontrollrecht zugestehe, die U. S. P. D. den Verkehr mit Borkum vollständig stillegen würde. Beide Bedingungen wurden bewilligt.

Ueber das „Borkumlied" aber ist von der U. S. P. D. kein Sterbenswörtchen gesagt worden.

8. Forderungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.

In einer Vertretertagung der Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Gau Westfalen, wurden folgende Forderungen in der Judenfrage angenommen:

„Wir verlangen von der deutschen Regierung, daß sie jede Bevorzugung der Juden ablehnt, vielmehr dafür sorgt, daß den Deutschen innerhalb der deutschen Grenzpfähle durch den vieltausendfältigen Zustrom ostjüdischer Eindringlinge nicht die Lebensmöglichkeit genommen wird.

Wir verlangen, daß dem deutschen Arbeiter nicht die Arbeits- und Wohnungsmöglichkeit durch fremde Elemente, seien es Juden, Polen oder Italiener, genommen wird. Die Siedlungsfrage wird von uns lebhaft begrüßt.

Wir verlangen Schutz für die Kleingewerbetreibenden, die durch jüdische Warenhäuser und durch vernichtende Zwangsherrschaft an die Wand gedrückt werden.

Wir verlangen Schutz für die Landwirtschaft, besonders für die Kleinbauern, die für Deutschlands Ernährung von größter Wichtigkeit sind.

Wir verlangen die Sozialisierung der Banken und Börsen an erster Stelle.

Wir verlangen, daß den Kriegsbeschädigten, den Hinterbliebenen und Waisen, endlich das Versprechen eingelöst wird: Der Dank des Vaterlandes wird Euch gewiß sein! Die großen Gewinne der Kriegsgesellschaften müssen beschlagnahmt und für wohltätige Zwecke verwandt werden.

Weil das Judentum auf allen Gebieten vorherrschend ist, gibt es für uns nur eine Losung: „Los von Juda!"

Nach jahrelanger Beobachtung und Erfahrung sind wir zu der felsenfesten Ueberzeugung gekommen, daß die Judenfrage die soziale Frage ist, von deren Lösung das Wohl des deutschen Volkes abhängen wird.

Frei von allem Parteihader reichen wir uns die Hände in dem einzigen Gedanken:

Deutschland den Deutschen durch Deutsche!
Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Gau Westfalen, Hattingen a. d. Ruhr."

9. Die Deutschvölkischen im Königsberger Streik.

Die Königsberger Volkszeitung vom 14. Juli bringt folgende Notiz, die das Treiben der Deutschvölkischen zu Beginn des Königsberger Streiks beleuchtet:

„Günstige Zeit für Dunkelmänner.

Unverantwortliche Hetzer versuchen augenblicklich, in den kritischen Streiktagen im Trüben zu fischen. Als es in der letzten Woche im Innern der Stadt zu den von jedem organisierten Arbeiter abgelehnten, bedauernswerten Gewalttätigkeiten, wie Plünderung eines Schuhwarengeschäftes und verschiedener Marktstände kam, wurden an die bereits erregte Menge in höchst aufreizendem Ton gehaltene judenhetzerische Flugblätter des Deutschen Volksbundes, Königsberg, verteilt, die unserer Redaktion im Original vorliegen. Daß diese Herrschaften, die bei jeder Gelegenheit die Revolution und den Sozialismus als verabscheuungswürdige Produkte des jüdischen Geistes hinzustellen versuchen, hierbei nicht das Wohl der Arbeiterschaft im Auge hatten, liegt auf der Hand. Wie es zu den ersten Ruhmestaten der Kapp-Regierung unseligen Angedenkens gehörte, daß sie von Soldaten judenhetzerische Flugblätter verteilen ließ, so macht sich dieselbe Gesellschaft auch jetzt die erregte Volksstimmung feige und hinterlistig zunutze. Sie möchte hierbei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie will die verhaßten Juden durch Plünderung schädigen, und sie will die noch verhaßtere organisierte Arbeiterschaft zu diesen Plünderungen veranlassen, um sie dadurch zu einer Räuberbande herabzudrücken und bei allen anständigen Menschen in schlechtes Licht zu setzen. Die Arbeiterschaft wird sich durch diese aufdringlichen, dummdreisten Elemente nicht hinreißen lassen. Sie weiß, daß heute die Führer des Pöbels und Janhagels, mit dem sie nichts zu tun haben will, aus den Kreisen der sogenannten gebildeten Stände um Tierarzt Frommer, Zahnarzt Lackner und Glasermeister Walter Siebert herumkommen, die ja auch mit Vorliebe als Verteiler der blödesten und verlogensten Flugblätter und Zeitungen fungieren. Nicht oft genug kann dieses gewissenlose Treiben politischer Schieber und Provokateure gebrandmarkt und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ablehnung jeder Pogromhetze aufgefordert werden.

„Schlagt die Juden" brüllt der deutschvölkische Pöbel, und er meint in Wahrheit: „Schlagt die organisierte deutsche Arbeiterschaft."

10. Deutschvölkisches Adreßbuch.

In Königsberg i. P. wurde Anfang Juli ein Vorstoß eingeleitet, der letzten Endes auf eine Boykottierung des jüdischen Handels hinausläuft.

Ein „Verlag des Adreßbuches deutscher Firmen und Gewerbetreibender Königsbergs", der bezeichnenderweise mit dem deutschvölkischen Bunde Königsberg die Adresse teilt, versandte an die berufstätigen Königsberger ein Flugblatt, in dem, unter Hinweis auf das bedeutende Anwachsen der deutschvölkischen Bewegung und auf das Verlangen weiter Kreise, nicht bei Juden zu kaufen, „urdeutsche Kaufleute und Gewerbetreibende" ersucht werden, ihre Adressen mitzuteilen. Ein Passus des hierzu beigefügten Vordruckes lautet: „Gleichzeitig erklären wir, daß unser Unternehmen ein reindeutsches ist und wir nicht mit jüdischem Kapital arbeiten."

Als der Verlag in Königsberger Zeitungen einen dem Flugblatt ungefähr gleichlautenden Aufruf erließ, entgegnete unsere Ortsgruppe durch das nachfolgend abgedruckte „Eingesandt", das in der Presse — bei dem Organ der Deutschen Volkspartei allerdings erst nach schwerem Kampf — aufgenommen wurde:

„Eingesandt.

(Für diese Zuschriften übernimmt die Zeitung keine andere als die preßgesetzliche Verantwortung.)

Das antisemitische Adreßbuch.

Ein Herr Hans Oelsner, Roßgärter Passage 1 (hier ist die Geschäftsstelle des Deutschvölkischen Bundes), wendet sich mit einem Aufruf in mehreren hiesigen Zeitungen und mit direkten Zuschriften an Kaufleute, Gewerbetreibende und Angehörige aller freien Berufe, mit der Aufforderung, sich in das von ihm herauszugebende

„Adreßbuch deutscher Firmen und Gewerbetreibender" aufnehmen zu lassen. Bedingung der Aufnahme ist, „daß der Betrieb ein rein deutscher ist und daß nicht mit jüdischem Kapital gearbeitet wird.

Dieses Unternehmen ist ein neuer Vorstoß des Deutschvölkischen Bundes, geeignet, Uneinigkeit und Verhetzung in die deutsche Bürgerschaft zu tragen und dadurch die Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes zu hindern.

Jeder anständige Mitbürger, der sich gegenüber der mit Unwahrheit arbeitenden Hetzpropaganda ein eigenes Urteil bewahrt hat, wird sich hüten, seinen Namen für dieses Unternehmen herzugeben.

Allen Gegnern der Volksverhetzung aber könnte es nur erwünscht sein, die Namen derjenigen kennen zu lernen, die sich an der das Allgemeinwohl schwer schädigenden Hetze beteiligen.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Königsberg."

Die Antwort des Verlages lautete:

„Das Adreßbuch deutscher Firmen und Gewerbetreibender.

Einem uns von dem Verlag des Adreßbuches zugegangenen Schreiben entnehmen wir: Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Königsberg, bemüht sich, unser Unternehmen als einen neuen Vorstoß des Deutschvölkischen Bundes Königsberg hinzustellen, geeignet, Uneinigkeit und Verhetzung in die deutsche Bürgerschaft hineinzutragen. Wie hierdurch Verhetzung in die Bürgerschaft hineingetragen wird, bleibt Geheimnis des Centralvereins.

Wir erklären hierzu folgendes:

Unser Unternehmen ist ein vollständig unabhängiges, wird aber von jedem anständigen und sich seines Deutschtums bewußten Mitbürger freudig begrüßt und vor allen Dingen auch finanziell unterstützt und so natürlich auch von Seiten des Deutschvölkischen Bundes (der aber rechtlich mit dem Unternehmen in keinem Zusammenhang steht).

Mit Hetzpropaganda und Unwahrheiten zu arbeiten überlassen wir unsern Freunden vom Centralverein und bitten diese nur, ihre Neugierde noch etwas zu zähmen und sich bis zur Herausgabe des Adreßbuches zu gedulden, um zu erfahren, wer von unsern Königsberger Kaufleuten, Gewerbetreibende usw. nicht jüdischer Abstammung ist.

Jedenfalls möge sich der Centralverein gesagt sein lassen, daß wir ebenso zäh wie er an der Erreichung unseres Zieles arbeiten werden.

Verlag des Adreßbuches deutscher Firmen und Gewerbetreibender.
Hans Oelsner."

Wir möchten auf diese Angelegenheit für ähnliche Vorkommnisse in anderen Orten ganz besonders hinweisen. Es scheint, als ob die Antisemiten an den wirtschaftlichen Boykott der Juden mit verstärkter Kraft herangehen wollen.

11. Antisemitische Betätigung in der Reichswehr.

Auf eine Eingabe des Centralvereins hat der Reichswehrminister erwidert, daß „gegen den Unfug des Anheftens antisemitischer Plakate durch Angehörige der Reichsmarine und das Tragen von Hakenkreuzen bereits eingeschritten sei".

12. Nochmals Geheimrat Prof. Römer.

Zu dem in Nummer 21 der Mitteilungen des Syndikus antisemitischen Ausfall des Greifswalder Professors Geheimrat Römer, nach dessen Ansicht nur Juden Schlagsahne essen, schreibt die Freie wissenschaftliche sozialistische Agrar-Korrespondenz vom 4. ds. Mts. folgende derbe Bemerkung:

„Den Greifswalder Kliniker ehrt nicht nur das bei Aerzten leider nicht immer vorhandene menschliche Mitgefühl mit seinen Patienten, sondern auch die richtige Erkenntnis, daß es Pflicht der Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften ist, diesen himmelschreienden Zuständen ungesäumt und rücksichtslos ein Ende zu machen. Solange auch nur ein einziges Proletarierkind unterernährt ist, solange sich auf deutschem Boden fremde Missionen befinden, die unseren verelendeten Frauen und Kindern beispringen, solange bleibt es eine Schande, wenn auch nur ein Liter deutscher Milch zu Luxuszwecken Verwendung findet. Das einzige Mittel aber, um diesem Skandal ein Ende zu machen, ist, daß der Absatz von Milch und Milchprodukten ausschließlich unter Mitwirkung und Aufsicht der Landarbeiter erfolgt, die es gewiß nicht zulassen werden, daß ihre proletarischen Genossen in den Großstädten hungern und verelenden, damit die Schmarotzer der Gesellschaft ihren Vergnügungen und Genüssen frönen können.

Recht bedauerlich ist es, daß ein Vertreter der Wissenschaft die augenblicklich stark grassierende Mode des Antisemitismus mitmacht. Unter den fettgefütterten Parasiten nicht nur auf Rügen, sondern in allen Bädern und in den Luxusvierteln der Städte würde er bei genauem Zusehen so viel Thusnelden wie Rebekken finden, genau so wie unter dem Proletariat der Großstädte manch hohläugiges Judenkind durch Mangel an Nahrung, Licht und Luft zugrunde geht. Die Landarbeiterschaft allein kann diesem Elend, ohne Rücksicht auf Glauben und Rasse, steuern. Landarbeiter, seid wachsam und unnachsichtig!

13. Dr. Oberdoerffer.

In Gailingen betätigt sich ein Dr. Oberdoerffer stark im antisemitischen Sinne. Er hat eine Schrift herausgegeben: „Die Diktatur der Arbeit, nicht des Proletariats", die der antisemitischen Propaganda dient. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß gegen die Persönlichkeit dieses Dr. Oberdoerffer mancherlei vorliegt. In einer öffentlichen Versammlung der sozialdemokratischen Partei, zu der er eingeladen war, wurde ihm vorgehalten, daß er Ausbeuter seiner Patienten sei, seinen Angestellten Hungerlöhne bezahlte usw. Er gab damals die ehren-

wörtliche Erklärung ab, sich nie mehr in Wort und Schrift antisemitisch zu betätigen. Dr. Oberdoerffer hat öffentlich und geheim für die Loslösung Gailingens agitiert. Als Großgrundbesitzer zeichnete er sich durch horrende Preise aus.

Es besteht die Aussicht, daß Dr. Oberdoerffer antisemitische Vorträge auch in anderen Städten des Reiches hält. Wir sind nötigenfalls in der Lage, mit weiterem Material zu dienen.

14. Dr. Kirschstein-Neustettin.

Ein Arzt, Dr. Kirschstein-Neustettin, hat ein scharf antisemitisches Flugblatt „Die Juden wie sie waren und sind" veröffentlicht. Wir besitzen über den Genannten vertrauliches Material, das wir auf Wunsch unsern Freunden zugänglich machen.

15. „Ellegard Ellerbecks" neue Pläne.

Im Hammer Nr. 435, vom 1. August befindet sich folgende Notiz:

„Ellegard Ellerbecks neue Pläne.

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Der als Dichter vielfach weit über Gebühr verehrte Ellegard Ellerbeck (eigentlich Leisner mit Namen, aber nicht jüdischen Ursprungs) will sich einen Wagner-Tempel bauen und ruft in großmächtigen Dityramben auf, ihm Gelder zu liefern für die „Gründung eines Nordischen Bayreuth". Das soll eine Stätte sein, die „dem als Ellegard Ellerbeck eingefleischten Schaffen weitesten Spielraum schaffen soll!"

Der Größenwahn Ellerbecks ist bekannt, weniger aber seine ganz unglaubhafte Verschwendung. Er ist seiner nie mächtig, wenn er Geld in der Hand hat, und es sind schon viele, die ihm vertrauten, stark an ihrem Besitze erleichtert worden. Eine wohlhabende Familie, in der er die Frau mit seiner Suggestivkraft an sich band, hat er um ein Vermögen gebracht durch schrankenlose Ausbeutung des Verhältnisses. Als im vorigen Jahre August Küppers das an sich in anderem Kreise gut vorgeplant gewesene Unternehmen des Sonnen-Wirtschaftsbundes begann, dessen Kernstock ein Orden werden sollte, wurde er von vielen Treuen gewarnt, Ellerbeck mit ins Gefüge zu nehmen. Aber Küppers nahm ihn unter Gewissens-Verpflichtungen, offenbar okkultistischer Art, und erklärte, er sei nun überzeugt, daß Ellerbeck sich ändern werde. Er möge seine begeisternde Redekraft nicht entbehren. So bekam Ellerbeck eine weitreichende Vollmacht für das Unternehmen, mit dem Erfolge, daß nach wenigen Monaten durch Ellerbecks Veruntreuungen das Ganze zu Grunde gegerichtet war. Auch da sind viele vertrauende Leute um ihr Geld gekommen. Gewissens-Verpflichtung — die setzt voraus, daß der Mensch ein Gewissen hat. Ellerbeck aber ist über so etwas erhaben. Die Welt besteht nur, um ihm zu dienen mit allem, was er will. Alles ist ihm gegenüber minderwertig, denn er ist der Weltgenius schlechthin. Das „Nordische Bayreuth" ginge fraglos durch die Kehle vor'm Entstehen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß Ellerbeck keine Verpflichtungen kennt oder anerkennt, und daß übrige Gelder im völkischen Dienste besser genützt werden können, als für dies Unternehmen.

16. Die neueste Form der antisemitischen Propaganda.

Vor kurzem berichteten wir über eine deutschvölkische Modenzeitung. Der neueste Schlager auf dem Gebiet der antisemitischen Betätigung ist die Verwendung von antisemitischen Flugblättern und Handzetteln als Anlage von — Danksagungen für Hochzeitsgratulationen. Uns liegt ein solcher Dankbrief eines jungen Ehepaares aus dem Rheinland vor, dem eine „Ansichts"-postkarte des deutschvölkischen Verlages, ein Hetzzettel des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, ein Flugblatt der deutschen Erneuerungsgemeinde und ein schlichtes Volkslied „Wenn alle Menschen Juden wären" von Max Bewer beilagen.

17. Deutschvölkische Heiratsanzeige.

Die „Deutsche Zeitung" vom 22. 7. (Morgenausgabe) bringt eine Heiratsanzeige, in welcher der Leiter einer deutschvölkischen Vereinigung eine vermögende Dame sucht und am liebsten „einheiraten" möchte. Die Heiratsanzeigen im „Berliner Tageblatt" wurden von den Antisemiten ungezählte Male mit Spott und Hohn behandelt. Dieser deutschvölkische „Leiter" hat sich ein Beispiel an ihnen genommen.

18. Christliche Bankgeschäfte im Industriegebiet.

Der berüchtigte Klein-Roden behauptete in einer Versammlung, im ganzen Industriegebiet gäbe es nur vier christliche Banken. Diese Aeußerung gab Veranlassung, der Sache näher nachzugehen. Das Ergebnis ist die nachfolgend veröffentlichte Zusammenstellung, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit macht und unbedeutendere Firmen wegläßt. Sie lautet:

A. Privatfirmen:

Bochum:

1. Droste & Tewes

Buer:

2. I. H. Hölling

Cöln:

3. I. H. Stein
4. Deichmann & Co.

Dortmund:

5. Dortmunder Kreditbank
6. Schmidt & Co.
7. Wiskott & Co.

Duisburg:

8. Alwin Hilger, G. m. b. H.
9. Westbank für Handel & Industrie
10. Gebr. Karbe
11. Heinrich Henne

Düsseldorf:

12. Alfred Fester & Co.
13. Jäger & Rechenberg
14. Industrielle Bankgesellschaft m. b. H.

15. Carl Padberg
16. C. G. Trinkaus
17. Josef Schäfer
18. L. Poensgen & Co.
19. Wigeloff
20. Zimmermann
21. Jos. Rich. Schäfer

Elberfeld:

22. v. d. Heydt Kersten & Söhne
23. J. Wichelhaus & Sohn

Essen:

24. Laupenmühlen & Co.
25. Gebr. Hammerstein
26. Randebrock & Wormstall
27. Schwab, Noelle & Co..
28. Wilh. & Conr. Waldthausen

Gelsenkirchen:

29. Gebr. Wilhelms

Gladbeck:

30. H. Küster, Ullrich & Co.

Hagen:

31. Ernst Osthaus

Mülheim (Ruhr):

32. W. Hammerstein, sen.

Neuß:

33. Wilh. Werhahn

Witten:

34. Emil von der Heide

B. Aktienbanken:

Barmen:

1. Barmer Bankverein
2. Hineberg, Fischer & Comp.

Cöln:

3. A. Schaffhausenscher Bankverein

Essen:

4. Essener Creditanstalt.

Fast an jedem Ort bestehen Vereinsbanken, Vorschußvereine, Volksbanken, Darlehnskassenvereine usw. und zwar in der Form von G. m. b. H. oder als eingetragene Genossenschaften, die durchaus keinen jüdischen Charakter tragen.

19. Klage gegen Dietrich Eckart.

Die Zeitschrift „Auf gut Deutsch", Herausgeber Dietrich Eckart, die sich vornehmlich antisemitisch betätigt, hatte in ihrer Nummer 44/45 vom 30. Dezember 1919 einen Artikel unter der Ueberschrift „Das Nest" gebracht. Dieser Artikel enthielt neben den bis zum Ueberdruß widerlegten antisemitischen Verleumdungen angebliche Aeußerungen des Vorsitzenden unserer Ortsgruppe München, Herrn Dr. Baron, die dieser in einer Versammlung des Central-Vereins gemacht haben soll. Mit der gleichen Angelegenheit beschäftigte sich auch ein Artikel „Berichtigungen" in Nr. 7 der Zeitschrift „Auf gut Deutsch". Die Privatklage des Herrn Dr. Fritz Baron, die am 9. Juni 1920 vor dem Amtsgericht München verhandelt wurde, endigte mit einem Vergleich, den wir auszugsweise hier wiedergeben:

I.

Herr Dietrich Eckart erklärt: Auf Grund der in der Hauptverhandlung gemachten Zeugenaussagen sehe ich mich veranlaßt anzuerkennen, daß Herr Dr. Fritz Baron die in dem Artikel „Das Nest" Nr. 44/45 des Jahrgangs 1919 und Nr. 1 des Jahrgangs 1920 meiner Zeitschrift „Auf gut Deutsch" ihm als Vorsitzender des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe München, in den Mund gelegten Aeußerungen nicht gemacht hat. Ich stehe deshalb nicht an, die ihn verletzenden, auf ihn gemünzten Bemerkungen in den Artikeln „Das Nest" und „Berichtigungen" (Nr. 7. 1920 meiner Zeitschrift) mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

Ich übernehme die Kosten.

II.

Herr Dietrich Eckart erklärt weiter: Ich verpflichte mich, die vorstehende Erklärung in der nächsten Nummer der Zeitschrift „Auf gut Deutsch" zu veröffentlichen. Sollte ich dazu aus irgendwelchen Gründen bis 5. Juli 1920 nicht in der Lage sein, so kann Herr Dr. Fritz Baron meine unter I. aufgeführte Erklärung in einer beliebigen Münchener Tageszeitung in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art auf meine Kosten veröffentlichen.

20. Ein bestrafter Zettelankleber.

In Friedberg (Hessen) hatte ein Student Ewald Schmidt (Allemaniae) sich durch Ankleben deutschvölkischer Flugblätter antisemitisch betätigt. Als er bei dieser Beschäftigung ertappt wurde, erklärte er, den Inhalt des Flugblattes nicht zu kennen und nur im Auftrage seiner Korporation zu handeln. Dabei stellte es sich heraus, daß er seit einem Jahre der Korporation nicht mehr angehört. Die Angelegenheit wurde im Oberhessischen Anzeiger vom 26. 5. behandelt und gelangte zur Kenntnis des Direktors der Polytechnischen Lehranstalt. Auf eine entsprechende Anfrage hin gab der Direktor folgende Erklärung:

„Infolge Ihres „Eingesandt" im Oberhessischen Anzeiger vom 26. Mai habe ich den Studierenden Ewald Schmidt und die A. R. V. „Allemania" wegen des von Ihnen mit Recht gerügten Vorkommnisses vernommen. Während bei letzterer eine Verfehlung nicht festzustellen war, hat stud. Schmidt sich eingestandenermaßen an der öffentlichen Verbreitung verhetzender Schriften beteiligt. Ich habe ihn deshalb wegen Nichtbeachtung meines früheren diesbezüglichen Verbotes mit Androhung der Ausweisung von unserer Anstalt bestraft für den Fall, daß er sich der Verübung eines schweren Disziplinarvergehens erneut schuldig macht.

Ich gebe Ihnen diesen Sachverhalt mit dem Bedauern über das Vorgefallene zur Kenntnis".

21. Hakenkreuz-Hymne.

Der „Märkischen Volksstimme" vom 5. 8. 1920 entnehmen wir folgendes Gedichtchen:

Hakenkreuz-Hymne.

Unsere liebe, gute, freundliche, friedliche Heimatstadt Cottbus wird gegenwärtig von einer Hakenkreuz-Seuche heimgesucht. Wir widmen den verehrlichen Hakenkreuzbrüdern hiermit eine Hymne, die sie auf ihren knickebeinigen Streifzügen anstimmen mögen, möglichst im Hakennasenton. Melodie: „Lützows wilde, verwegene Jagd."

Wer schleicht sich so heimlich durch Nebel und Nacht,
mit Kleistertopf und mit Pinsel,
und schmiert an die Wände: „Auf, Teutsche, erwacht,
erwacht zu der heil'gen Judä-ä-a-Schlacht!"
und ähnliches Rassegewinsel?
Daaas sind —
Das sind Helden, herrliche Sprößlinge Teuts,
Das sind Wächter, Schlächter vom Hakenkreuz!

Wer läßt seine Händel vor teutschem Gericht
von jüdischen Anwälten führen,
schaut jüdischen Schönen ins holde Gesicht,
verjagt auch den jüdischen Hausarzt nicht,
läßt jüdische Wechsel kursieren?
Daaas sind —
Das sind Helden, herrliche Sprößlinge Teuts,
Das sind Träger, Jäger vom Hakenkreuz!

Wer möchte dem Volke die Juden-Religion
in Schulen und Kirchen erhalten?
Wer singt in gar rührendem Kinderton
Zu Ostern und Weihnacht von Davids-Sohn
und Jahves himmlischem Walten?
Daaas sind —
Das sind Helden, herrliche Sprößlinge Teuts,
Die schlagen Christus mit Hurra ans Hakenkreuz!

22. Gewerbebank.

Die Deutschvölkischen Blätter vom 22. 7. enthalten folgendes Inserat:

In Sachen Gewerbebank e. G. m. b. H. Konkurs kann die auf anerkannten Forderungen entfallende dritte Abschlagszahlung von 10% von Gläubigern welche mit der Empfangnahme des Geldes rückständig sind, in der Zeit vom Montag, den 19. bis Sonnabend, den 24. Juli d. J. zwischen 9 und 2 Uhr, Mönkedamm 13 Hptr., noch in Empfang genommen werden. Nach Ablauf dieses Termins werden die nicht abgehobenen Beträge hinterlegt werden.

Boten bedürfen einer schriftlichen Vollmacht zur Abnahme des Geldes, Giro- bzw. Sparbücher sind mitzubringen.

Auswärtige Gläubiger wollen sich wegen Uebersendung des Geldes wenden an den Konkursverwalter P. Woldemar Möller, Mönckebergstraße 18 II.

Die Gewerbebank in Hamburg war eine antisemitische Gründung. Ihr Leiter war der Reichstagsabgeordnete Porzellanmaler Raab, der längst verstorben ist. Die Bank fallierte einige Tage nach Kriegsausbruch 1914.

23. Selbsterkenntnis.

Die „Deutsche Zeitung" bringt folgende Anzeige:

卐 Altdeutsch. Barbar (Freigelehrter und königl. preuß. Profess.) sucht geeign. Sommer-Stell. als Schäfer od. dgl. auf Landgut. Gefl. Zuschr. unt. Barbar H. 843 an die Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung.

24. Weltbürgertum der Deutschen.

Die Antisemiten benutzen seit längerer Zeit Kant und den Turnvater Jahn als Eideshelfer gegen die Juden. Nachstehende Zitate werden sie darüber belehren, daß die gleichen Urteile wie jetzt über das Weltbürgertum der Juden, früher auch über die Deutschen gefällt wurden, ein Beweis, wie wenig diese Eigenschaften mit der Rasse zusammenhängen und wie sie nur der Ausdruck einer bestimmten Zeitlage sind. Das Schlußzitat von Treitschke das seinem rühmenden Aufsatz über Lessing entnommen ist, dürfte auch für die Herren Antisemiten etwas überraschend sein.

„Welches Volkstum steht am höchsten, hat sich am meisten der Menschheit genähert? Kein anderes, als was den heiligen Begriff der Menschheit in sich aufgenommen hat, mit einer äußerlichen Allseitigkeit sie sinnbildlich im kleinen vorbildet, wie weiland volkstümlich die Griechen und noch bis jetzt weltbürgerlich die Deutschen, der Menschheit heilige Völker! (Jahn, Deutsches Volkstum, S. 38.)"

„Nirgends ist der Hochgedanke einer Völkerrechtlichkeit der Staaten, einer Weltbürgerlichkeit der Völker, mehr verwirklicht worden, als in Deutschland seit dem allgemeinen Landfrieden. Hier war ein Weltstaatsverein im Kleinen, ohne alles zermalmende Alleinherrschaft, wo jede kleinere Volkstümlichkeit geachtet wurde und jede eigene Selbstgesetzgebung und Selbstregierung. (Jahn, Deutsches Volkstum S. 225.)"

„Der Arier empfindet nicht die leidenschaftliche Liebe zu seinem Himmel, zu seinem Boden und zu seinem Geburtsort und so wechselt er ohne Bedenken Landschaft und Himmelsstrich. (Gobineau, Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen, Bd. IV., S. 88.)"

„Der Deutsche ist der Mann von allen Ländern und Klimaten, wandert leicht aus und ist an sein Vaterland nicht leidenschaftlich gefesselt . . . Er hat keinen Nationalstolz, hängt, gleich als Kosmopolit, auch nicht an seiner Heimat. (Kant, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht. Herausgeb. von J. v. Kirchmann S. 247.)"

„Erst wenn die Ideen des Nathan in unserer Gesetzgebung sich vollständig verkörpert haben, dann erst dürfen wir uns rühmen, in einer gesitteten Zeit zu leben. (Treitschke, Zur Geschichte des Deutschen Dramas.)"

25. Wider den Geist des Antisemitismus.

Die in Mannheim erscheinende „Volksstimme" veröffentlicht in ihrer Nummer 195 vom 23. Juli 1920 einen ausgezeichneten Artikel „Wider den Geist des Antisemitismus", der sich mit der Judenhetze im badischen Landtag beschäftigt. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen, die das Wort von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus Deutschlands ständig

im Munde führen, ihrer Jugend, die sich großen Gelehrten, wie Einstein, Rathenau, Caro Haber, Cohen, Spinoza usw. überlegen dünkt, den Rücken stärken. Diese Kinder revolutionieren gegen Gelehrte von Weltruf, weil sie Juden sind. Das in dieser Nummer abgedruckte Stenogramm der Judendebatte gibt unseren Freunden Gelegenheit, sich ein Urteil über die Meinung der deutschnationalen Herren im geistlichen Rock, die ihre Meinung so unverblümt ausgesprochen haben, zu bilden. Der Verfasser des Artikels weist schließlich noch darauf hin, daß derjenige Kulturstaat am angesehensten dasteht, der seine jüdischen Mitbürger gesellschaftlich und rein menschlich achtet. Auf der einen Seite der gebildeten Menschheit England und Amerika, wo niemand nach dem Taufschein fragt, wo jüdische Minister und Verwaltungsbeamte am Gedeihen ihres Landes freudig mitarbeiten — auf der anderen Seite das Preußen Ahlwardts und das Rußland der Knuten und Pogrome. Wahrhaft große Männer sind noch nie Antisemiten gewesen; denn Judenhaß hat immer eine gewisse Dosis Beschränktheit zur Voraussetzung.

26. **Eine neue antisemitische Zeitung.**

In Frankfurt a. M. erscheint seit einigen Monaten im Verlag der deutschen Buchhandlung G. m. b. H., Biebergasse 9 eine neue antisemitische Zeitung, die sich „Deutscher Bücherbote", Zeitschrift zur Stärkung des Deutschgedankens im Schrifttum" betitelt. Die Zeitschrift unterscheidet sich in ihrem Inhalte kaum von dem Inhalte der anderen antisemitischen Organe.

27. **Eine Verurteilung des Völkischen Beobachter.**

Der V. B. in München hatte am 6. d. Mts. ein Urteil gebracht, in der „von der jüdischen Hetzloge Bne Brith, welche zusammen in der Internationale, anglofranzösischen Weltloge, die bekanntlich in erster Linie den gegen Deutschland von langer Hand vorbereiteten Ausrottungskrieg auf dem schmutzigen Gewissen habe," die Rede war. Wegen dieses Ausfalls war vom Groß-Präsidenten der Großloge gegen den V. B. Beleidigungsklage erhoben worden, die mit der Verurteilung des Redakteurs zu einer Geldstrafe von 500 Mark endigte. Gegen dieses Urteil ist seitens des V. B. Berufung eingelegt worden

28. **Zersetzender und aufbauender Antisemitismus.**

Am 10. 7. 1920 fand in Recklinghausen eine vom Centralverein berufene zahlreich besuchte Versammlung statt, in der Herr Dr. Herzfeld sich mit Herrn Klein-Rhoden auseinandersetzte. Von den Anwesenden waren höchstens ein Zehntel Juden. In der Diskussion nahm der demokratische Seminar-Oberlehrer Dr. Paul Drees das Wort zu folgenden interessanten Ausführungen:

Er tadelte zunächst an den Antisemiten ihren Mangel an Wahrhaftigkeit, und daß in den judenfeindlichen Schriften und Versammlungen allzu oft neben unbestreitbar Richtigem willkürliche Zahlen, Verdrehungen und falsche Verallgemeinerungen vorgebracht werden. Ferner wies er darauf hin, daß die Durchschnitts-Antisemiten sich nicht an die edelsten Triebe des deutschen Volkes wenden, sondern ihre niedrigen Leidenschaften, Neid und Gewinnsucht, in Bewegung setzen. „Jeder weiß ja," sagt Dr. Drees, „daß auch zahlreiche nichtjüdische Wucherer mit großem Talent ihr schäbiges Handwerk üben." Eine große und mit Begeisterung erfüllende antisemitische Volksbewegung muß sich als Hauptziel setzen, alle in unserem Volke verschütteten guten Kräfte aufs höchste zu steigern. Damit erfolge ganz von selbst eine Ueberwindung des übergroßen jüdischen Einflusses. Man muß den Radau-Antisemiten den Vorwurf machen, daß sie wie hypnotisiert immer auf die Juden starren. Es ist sehr einfach und bequem, verwickelte historische Zusammenhänge aus einer Ursache zu erklären und einen einzigen Sündenbock herauszuschleppen, wenn man selbst mitschuldig ist. Nicht durch Gewalt und Ausnahmegesetze soll man die Juden bekämpfen, auch nicht bei Nacht und Nebel judenfeindliche Plakate ankleben, sondern den richtigen Weg kann unser Volk nur gehen, wenn es mit dem Willen zur Selbsterkenntnis den Willen zu ernster, rastloser Arbeit paare. Man darf nicht immer den Juden als verwerfliches Beispiel den anderen vorhalten, im Gegenteil soll man eindringlich auf seinen Fleiß, seine geistige Regsamkeit und größere Mäßigkeit hinweisen und diese zur Nacheiferung empfehlen, anstatt die jüdischen Erfolge grundsätzlich in unlauteren Mitteln zu suchen. Man soll sich bemühen, durch eigene gleichwertige Tätigkeit den Juden überflüssig zu machen. Ferner müssen die Nichtjuden jenes zielbewußte Zusammenhalten erstreben, das die Juden mit großem Vorteil untereinander pflegen. Ja selbst am Zionismus kann man sich ein Beispiel nehmen, weil dessen Anhänger mit aller Energie die Eigenart ihrer Rasse tragen. So soll auch der Deutsche den Nationalstolz und die Stammesliebe pflegen und sich nicht tolpatschig mit dem Auslande anzubiedern suchen. Am nachdrücklichsten muß der Kampf um Deutschlands Gesundung auf kulturellem Gebiet gepflegt werden. Wenn minderwertige Juden, deren Wirken auch von den anständigen Juden mißbilligt wird, durch Aufklärungsfilme und gemeine Theaterstücke das Volk vergiften, so liegt es doch hauptsächlich daran, daß sehr vielen Deutschen die genügende sittliche Widerstandskraft fehlt und sie an derlei Dingen ihre Freude finden. Diese Aufgaben sind ein Arbeitsgebiet, auf dem alle Parteien sich gemeinsam betätigen können. Tut jeder Deutsche so seine Pflicht, dann wird der Antisemitismus von selber verschwinden.

29. **Trauerfeier oder Karnevalszug.**

In dem Hauptblatt der „Volksstimme" vom 20. Juli 1920, Nummer 167, befindet sich folgende Notiz:

Trauerfeier oder Karnevalszug?

Aus Studentenkreisen wird uns berichtet: Die Universität Freiburg veranstaltete vor einiger Zeit eine Trauer- und Ehrungsfeier für die im Felde gefallenen Angehörigen der Universitätsdozenten und Studenten. Voran wurden die Fahnen mit Trauerflor getragen. Die einzelnen Korporationen marschierten nach festgesetzter Reihenfolge von dem Versammlungspunkt zum Bismarckturm, wo die Feier durch die Rede eines Professors eingeleitet wurde. Als vorletzte Korporation marschierte die jüdische Verbindung Gibellina, als die letzte die Markomannia. Zum Zeichen der Abneigung ließen die Markomannen 15 Meter Abstand zwischen ihrer Spitze

und dem Zuge der jüdischen Verbindung, „Feine Idee“ und „Bravo“ waren die Rufe der Vorbeigehenden.

Der Abstand zwischen der Markomannia und der Menschenwürde ist noch viel größer als 15 Meter!

30. Postsendungen mit antisemitischen Klebezetteln.

Auf eine Beschwerde an den Reichspostminister, daß wiederholt Postsendungen befördert wurden, die mit antisemitischen Aufschriften versehen waren (siehe Mitt. Nr. 5 vom 5. Mai 1920), ist uns folgender Bescheid des Ministers zugegangen:

(Min. I. O. 4090 a)

Berlin W 66, den 7. August 1920

Der Reichspostminister

Zum Schreiben vom 23. Juni. Kl. 7318640. Sch.

Der Brief, dessen Umschlag beiliegt, hätte wegen der aufgeklebten, Anstoß erregenden Zettel nach den bestehenden Postvorschriften von der Beförderung ausgeschlossen und dem Absender zurückgegeben werden müssen. Den Dienststellen und dem Personal sind nunmehr die einschlägigen Vorschriften durch eine allgemeine Verfügung in Erinnerung gebracht worden.

gez. Giesberts.

31. Gegen die jüdischen Mieter.

Wir erfahren, daß der „Deutschvölkische Bund“ in Königsberg Material dafür sammelt, daß jüdische Personen, welche infolge der Wohnungsnot gezwungen sind, als Untermieter zu wohnen, angeblich ihre nichtjüdischen Vermieter schikanieren und übervorteilen. Die Ortsgruppen seien auf diesen neuen Plan des Deutschvölkischen Bundes hingewiesen, sollten *sie von ähnlichen Machenschaften in ihren Orten erfahren, so ist Mitteilung an den Centralverein erwünscht.*

32. Bericht über die Göttinger Studententagung.

Am 22.—27. Juli fand in Göttingen der zweite ordentliche Studententag deutscher Hochschulen statt. Während an den ersten beiden Tagen die Diskussion auf einem hohen geistigen Niveau stand, sank sie an den folgenden Verhandlungstagen durch unerquickliche Zwischenfälle bei der Behandlung der Ausländer — insbesondere *der Judenfrage.* Hierbei taten sich besonders die *Vertreter Deutsch-Oesterreichs in hetzerisch-antisemitischer Weise hervor.*

Im Gegensatz zu der bisherigen durchaus ausländerfeindlichen Haltung der Studentenschaft beschloß man infolge der allgemeinen Mißbilligung dieser Politik, „aktive Auslandspolitik“ zu treiben und die Ausländer — wenn auch nicht alle in gleicher Weise — an der deutschen Kultur teilnehmen zu lassen. Völlig gleichgestellt in allen studentischen Angelegenheiten sind die Auslandsdeutschen; besonders freundlich zu behandeln sind die germanischen (auch flämischen, dänischen und französisch-schweizerischen) Ausländer; ebenso sonstige reinarische Völker (wie etwa die Georgier!). Die Ententevölker kann man ja nach dem Friedensvertrage nicht schlechter behandeln als andere. Demnach bleiben nur die Ostvölker, d. h. die Ostjuden, die möglichst auszuschließen oder einzuschränken sind. Immer wieder kam man auf die Ostjudenfrage zurück, besonders auf die Behandlung derer, die schon naturalisiert sind („Gesinnungsausländer“). Es wurde darauf hingewiesen, daß Ostjudenfrage und Judenfrage überhaupt eigentlich das Gleiche sei, da die Juden sich mit den Ostjuden identifizieren oder, selbst wenn sie es nicht täten, de facto identisch wären.

Man einigte sich auf eine nach Rasse-Gesichtspunkten abgestufte Reihenfolge in der Ausländerbehandlung. Besonders behandelt wurde auch die Frage der Auslandsdeutschen, als welche nach der einstimmigen Ansicht des Ausschusses nur „deutschstämmige“ zu betrachten seien.

Der Bericht des Ausländerausschusses wurde am 27. Juli ohne Störung und ohne besondere Betonung der Ostjudenfrage im Plenum besprochen. Eine ziemlich starke Minderheit stimmte bei der en bloc erfolgenden Abstimmung gegen die aufgestellten Leitsätze.

Bei der Behandlung der Verfassung und der Frage der Zulassung zur Studentenschaft wurde für Reichsdeutschland folgender Antrag angenommen: *Die Studentenschaften setzen sich aus den voll eingeschriebenen Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit und denen deutscher Abstammung und Muttersprache zusammen.* Ein Gegenantrag auf Ausschluß der nach dem 1. 8. 1914 naturalisierten Staatsangehörigen (Juden) wurde abgelehnt. Für Oesterreich wurden im Plenum folgende Anträge angenommen. 1. *Zulassung der österreichischen Nichtarier* (Juden, Judenstämmlinge, Juden-Knechte, Paritätler) *je nach dem Belieben der Deutscharier,* 2. *Zulassung von Juden nur zu Sonderausschüssen.*

Zu erwähnen ist noch, daß eine nicht unbedeutende Strömung dahin ging, die österreichische Frage durch Ausschluß Deutschösterreichs aus der Studentenschaft zu erledigen, ein Standpunkt, der fast von allen Minderheitsvertretern abgelehnt wurde, um nicht den Anschein zu erwecken, daß die großdeutsche Einheit an der Judenfrage scheitere. Es wurde aber folgender Antrag angenommen, der für die Zukunft wenigstens eine Besserung der österreichischen Verhältnisse verspricht: „Da die Berichte aus Deutsch-Oesterreich widersprechend lauten, ist eine Studienkommission dorthin zu senden, die 1921 auf dem Studententage Bericht zu erstatten hat“. Die Zuziehung eines jüdischen und völkischen Vertreters wurde abgelehnt.

Danach erreichten die Debatten über die Judenfrage ihr Ende. Es läßt sich mit Befriedigung feststellen, daß die Verhandlungen — abgesehen von der wüsten Hetze der österreichischen Vertreter — von dem bisherigen fanatischen Rassenantisemitismus frei war.

33. Dr. Alsberg.

In der Presse wird verschiedentlich die Frage aufgeworfen, ob Dr. Alsberg, der Rechtsanwalt, der Herrn Helfferich verteidigt hat, Jude ist. Unsere Nachforschungen haben ergeben, daß Dr. *Alsberg bis vor wenigen Jahren Jude war, dann aus dem Judentum ausgetreten und zur Zeit Dissident ist.*

34. Was leistet der Central-Verein?

Die Ortsgruppe Breslau des Central-Vereins versendet folgendes Rundschreiben:

Was leistet der Central-Verein?

1. Der C. V. sammelt alle stolzen, ehrliebenden, kampfesfrohen Juden zur Verteidigung ihrer Rechte als Staatsbürger.
2. Der C. V. berichtet in seiner Monatsschrift „Im Deutschen Reich" über alle antisemitischen Angriffe und ihre Abwehr. Die Monatsschrift geht allen Mitgliedern unentgeltlich zu.
3. Der C. V. verfolgt jeden Angriff auf die Ehre des Judentums mit Kraft und Ausdauer.
4. Bedeutende Schriftsteller werden veranlaßt, Angriffe feindlicher Autoritäten abzuwehren.
5. Verleger werden veranlaßt, in Neuauflagen antisemitische Stellen auszumerzen.
6. Antisemitische Vorgänge in den Schulen werden verfolgt und nötigenfalls zur Anzeige gebracht.
7. Antisemitische Ansichtskarten und Flugblätter werden zur Beschlagnahme gebracht.
8. Antisemitische öffentliche Reden werden durch Gegenredner widerlegt.
9. Antisemitische Plakate werden durch Gegen-Plakate entwertet.
10. Zur Aufklärung des deutschen Volkes über das so schmählich verleumdete Judentum werden öffentliche Versammlungen veranstaltet.
11. Aufklärende Flughefte und Flugblätter werden an Behörden, führende Geister der Nation und an die breite Masse des Volkes zu Tausenden versandt.
12. Jeder in seiner Ehre als Jude verletzte Deutsche findet, ob reich oder arm, im Central-Verein einen kostenlosen Anwalt.

Der C. V. hat sich die Achtung der Regierung erworben und wird als Vertreter der Staatsbürger jüdischen Glaubens angesehen und gehört.

Was verlangt der Central-Verein als Gegenleistung?

Nichts als:

„Zahlen Sie Ihren Jahresbeitrag und erhöhen Sie ihn nach besten Kräften!"

35. Arabischer Cherem.

Die „Jüdische Rundschau" vom 13. 7. bringt folgende Notiz:

Die Araber von Haifa haben folgende Proklamation erlassen: „Boykottiert die Zionisten und kauft nichts bei ihnen. Laßt nicht zu, daß die Juden durch Euch verdienen, weil sie für dieses Geld Waffen kaufen, um Euch zu morden und aus dem Lande zu treiben. Laßt keine Juden in Eure Dörfer, treibt sie vielmehr heraus und kommt mit ihnen nicht in Berührung. Hütet Euren Boden, verkauft keinen Zoll Boden und vertreibt alle Vermittler. Vereinigt Euch Mohammedaner und Christen gegen Eure Feinde, die verräterischen Juden. Kümmert Euch um die Erziehung Eurer Kinder, verlaßt Euch auf Gott und seid sicher, daß die Zukunft Euch gehört. Seid Araber und sterbt als Araber. Der Fluch Gottes, der Engel und Menschen auf die, die all dies nicht befolgen."

36. Blauweiß und Zionismus.

Man hört nicht selten, daß die Mitglieder der Jugendbewegung „Blauweiß", wenn es gilt, ganz junge Menschen für die Bewegung zu gewinnen, darauf hinweisen, daß sie keineswegs Zionisten seien. Wußte man schon immer, daß das eine Spiegelfechterei sei, so wird das Gegenteil dieser Erklärung wieder einmal bewiesen durch einen Leitartikel in der Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" vom 10. August, in dem die starke geistige Verbindung zwischen dem Blauweiß und der zionistischen Bewegung bewußt wird.

Wir veröffentlichen daraus folgendes:

„Was aber den Blauweiß sowohl von den deutschen wie von den anderen jüdischen Bewegungen unterscheidet, ist das verpflichtende Bekenntnis zur Volksgemeinschaft. In dem Bewußtsein, die eigene Erziehung in die Hand nehmen zu müssen, um sich für ein Leben im Dienste des jüdischen Volkes vorzubereiten, liegt ein entscheidendes Merkmal. In der Blauweißerziehung spielt die Selbstzucht eine größere Rolle als die „Emanzipation", und auch die radikalsten Wege, — vom Standpunkt der alten Erziehung gesehen, — werden nicht betreten mit dem Gedanken, durch sie zu einem autonomen „Jugendleben" zu kommen, das zu nichts verpflichtet, als zu „sich selbst", sondern mit dem unerschütterlichen Willen, durch sie den Notwendigkeiten der jüdischen Zukunft sich am vollkommensten unterzuordnen. Was man auch immer gegen die Blauweiß-Erziehung sagen mag, und wieviel Einzelheiten eine Kritik herausfordern mögen, das Eine steht fest: es gibt keine zionistische Jugend in der ganzen Welt, die bedingungsloser die Palästinabereitschaft als das ausschlaggebende Kriterium des jüdischen Menschen anerkennt und mit ihrer Palästinabereitschaft mehr Ernst gemacht hat, als der Blauweiß!

Der Blauweiß ist in jeder Hinsicht autonom, da, wo er Abhängigkeiten anerkennt, sind sie gewählt, nicht von außen erzwungen. Er hat sich bedingungslos dem zionistischen Gedanken verpflichtet nicht der zionistischen Organisation, zu der auch keine finanzielle Abhängigkeit besteht. Er geht seinen eigenen Weg, und der Wohlmeinende wird begreifen, daß es für ihn, wenn nicht Irrwege, so doch Umwege geben kann. Man kann ihn nicht „fördern", man kann ihn, als Ganzes, kaum wesentlich hemmen. Denn der beste Teil der zionistischen Jugend sieht in ihm die einzige Gemeinschaft, in der ihr das Leben sinnvoll und schön erscheint, voller Aufgaben und voller Befriedigung.

Die einzig rechte Stellung zum Blauweiß gewinnt man vom Standpunkt der palästinensischen Notwendig-

keiten aus. In den wenigen Jahren seiner Existenz hat er etwas bisher in Deutschland Ungekanntes geschaffen: die jüdische Jugendbewegung! Aber sie hat nur Sinn unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung für Erez Israel. Was in Erez Israel in den nächsten entscheidenden Jahren geschaffen werden wird, wird ganz und gar abhängen von den Menschen, die hinübergehen. Den Zionismus der einzelnen Länder wird man beurteilen nach der moralischen und praktischen Leistung, die ihre Jugend vollbringt, die am Aufbau mitschaft. Dem deutschen Zionismus braucht vor dieser Prüfung nicht zu bangen: er besitzt eine opferbereite und arbeitsfähige Jugend, nicht nur im Blauweiß. Aber der Blauweiß wird uns auch dann nicht enttäuschen, wenn wir von ihm erwarten, daß seine Chaluzim drüben einer der wichtigsten Aufgaben gerecht werden, die es für Menschen dieser Art zu erfüllen gibt: durch ihr Beispiel zu Führern im Volke zu werden, wie sie hier die Führer seiner Jugend waren."

37. Verbreitet die Veröffentlichungen des C. V.

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß es unbedingte Pflicht jedes Vertrauensmannes ist, die von uns herausgegebenen Veröffentlichungen, Mitteilungen des Syndikus, Flugblätter, Flugschriften, Klebezettel, allen Mitgliedern des C. V. am Orte zugänglich zu machen. Nur so können die Mitglieder einen Einblick in die Arbeit des C. V. erlangen.

38. Zur Nachahmung.

Einen ganz besonderen finanziellen Erfolg hat unsere Ortsgruppe in Iserlohn zu verzeichnen, in der, dank den Bemühungen des Herrn Prediger Hartmann, von den Mitgliedern die Zahlung eines Jahresbeitrages von durchschnittlich 103,— Mk. erreicht ist. Eine Ortsgruppe, die verdient, vorbildlich genannt zu werden!

39. Druckfehlerberichtigungen.

In Nr. 21 der Mitteilungen sind in Nr. 4 „Die Wahrheit über die jüdische Religion und Moral" infolge der undeutlichen Schrift des Manuskripts eine Reihe Druckfehler unterlaufen, die wir nachstehend berichtigen:

S. 232, Spalte 2, Zeile 9 v. u.: Kultisch in Parenthese.

S. 233, Spalte 1, Zeile 5 v. o.: Nach „Zelte" ist ein Punkt zu setzen.

Daselbst Spalte 2, Zeile 14 v. o.: Statt „Frauen" ist zu setzen: „Frommen".

Daselbst Spalte 2, Zeile 28 v. o.: Die Worte „für heute ohne Moral" sind zu streichen.

S. 233, Spalte 2, Zeile 6 v. u.: Statt „Außerdem und den hebräischen Schriftstellern" ist zu setzen: „Außer dem Talmud und anderen hebräischen Schriftstellern".

S. 234, Spalte 1, Zeile 31 v. o.: Statt „Goedche" ist zu setzen „Gödsche".

Daselbst Spalte 1, Zeile 5 v. u.: Statt „Deicin" ist zu setzen „Denin".

Daselbst Spalte 2, Zeile 1 v. o.: Statt „Scharkow" ist zu setzen: „Charkow".

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6